

# **TÜRKEI**

## **Informationen**

**Initiativaufruf  
"Solidarität mit den  
Demokraten der Türkei"**

**Militärdiktatur  
im Dienste des Pentagon**

**Zum ökonomischen  
Hintergrund des Putsches**

**OYAK:  
Konzernbosse in Uniform**

**MBSE: Abstellgleis für  
ausländische Jugendliche**

**MHP-Mörder in der  
BRD festgenommen**

**November  
'80**

# Initiativaufruf

Betriebsrat Peter Heinrich, Herten  
Pfarrer Michael Höhn,  
Gummersbach  
Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort,  
Bremen  
Betriebsratsvorsitzender  
Karl-Heinz Stommel  
Duisburg  
Mitglied des Bundestages  
Klaus Thüsing, Bonn

## „SOLIDARITÄT MIT DEN DEMOKRATEN DER TÜRKEI“

Mit der Errichtung einer offenen Militärdiktatur am 12. September 1980 hat sich die Verfolgung und Unterdrückung demokratischer Kräfte in der Türkei dramatisch verschärft.

Bereits in den Monaten zuvor waren Hunderte von Gewerkschaftern, Mitglieder demokratischer Organisationen und fortschrittliche Persönlichkeiten dem Terror faschistischer Banden zum Opfer gefallen. Streiks und Proteste gegen die Demirel-Regierung, gegen ihre Politik der Massenbelastung und Einschränkung von Volksrechten waren vom Militär gewaltsam aufgelöst und unterdrückt worden.

Die Führung der Streitkräfte rechtfertigt ihren Staatsstreich mit dem anhaltenden Terror im Lande. Das heißt, die Wahrheit auf den Kopf stellen! Wahr ist vielmehr, daß der auch von Militärkreisen systematisch geschürte Terror der Vorbereitung eines raktionären Umsturzes diene. Denn die neuen Machthaber verfolgen nur das eine Ziel: die volksfeindliche Politik der von ihnen gestürzten Regierung mit noch brutaleren Mitteln gegen eine wachsende demokratische Volksbewegung durchzusetzen.

Ihr bisheriges Vorgehen liefert dafür den Beweis:

- Die Junta gibt vor, den Terror „von links und rechts“ zu bekämpfen - doch den Hauptstoß richtet sie gegen die organisierte Arbeiterschaft, gegen die Gewerkschaften und demokratischen Organisationen.
- Die Junta gibt vor, das Land zur Demokratie zurückzuführen - doch sie beseitigt alle parlamentarischen Institutionen, setzt verfassungsmäßige Rechte außer Kraft und öffnet der Willkür der Militärbefehlshaber Tür und Tor.
- Die Junta gibt vor, die wirtschaftlichen Probleme des Landes im Interesse des Volkes zu lösen - doch gleichzeitig schickt sie sich an, die gesamte Last der anhaltenden Krise gewaltsam auf die arbeitenden Menschen abzuwälzen, indem sie das „Hungerprogramm“ Demirels konsequent fortsetzt.
- Die Junta gibt vor, das Land vor einem Bürgerkrieg zu bewahren und die Unabhängigkeit der Nation zu sichern - doch gleichzeitig führt sie einen brutalen Feldzug gegen das kurdische Volk und alle demokratischen Kräfte, ordnet sie die Interessen des Landes dem friedensgefährdeten Konfrontationskurs unter.

(Fortsetzung auf der nächsten Umschlagseite)



# TÜRKEI Informationen

November '80

## Standpunkt

## Türkei

## Interview

## Bundesrepublik

## Kunst & Kultur

v. i. S. d. P. : C. Demirok

HERAUSGEBER:  
**FIDEF**

Föderation der Arbeitervereine der Türkei  
in der BRD e.V.

Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1  
Telefon: 0211/ 66 42 84

## In diesem Heft

- |  |          |
|--|----------|
| <input type="checkbox"/> Leserbrief  | 2        |
| <input type="checkbox"/> Militärdiktatur im Dienste des Pentagon                         | 3        |
| <input type="checkbox"/> Stoppt die Folterungen  | 4        |
| <input type="checkbox"/> Ecevit: Rücktritt vom Parteivorsitz                             | 5        |
| <input type="checkbox"/> Nun auch die älteste Zeitung der Türkei verboten:<br>Cumhuriyet | 5        |
| <input type="checkbox"/> Junta – eine Gefahr für den Frieden                             | 6        |
| <input type="checkbox"/> Willkürliche Hinrichtungen                                      | 9        |
| <input type="checkbox"/> Juristische Floskeln zur Tarnung der Diktatur                   | 10       |
| <input type="checkbox"/> OYAK: Konzernbosse in Uniform                                   | 11       |
| <input type="checkbox"/> Zum ökonomischen Hintergrund des Putsches                       | 14       |
| <input type="checkbox"/> Klaus Thüsing: „Ereignisse bestätigen unsere<br>Befürchtungen“  | 18       |
| <input type="checkbox"/> Initiativaufruf: Solidarität mit den Demokraten<br>der Türkei   | 19       |
| <input type="checkbox"/> DGB-Gewerkschaften fordern Freilassung aller<br>Demokraten      | 21       |
| <input type="checkbox"/> Europarat fordert: „Rückkehr zur Demokratie“                    | 22       |
| <input type="checkbox"/> 7. Delegiertenversammlung der FIDEF                             | 23       |
| <input type="checkbox"/> Frankfurt: Internationale Solidaritätsveranstaltung             | 24       |
| <input type="checkbox"/> Im Spiegel der rechten Presse: Der Militärputsch                | 26       |
| <input type="checkbox"/> Visumszwang für unsere Familien                                 | 28       |
| <input type="checkbox"/> Rechtsextremisten überfallen Asylantenunterkunft                | 29       |
| <input type="checkbox"/> Zum Tode des Schülers Kemal Celik                               | 30       |
| <input type="checkbox"/> FIDEF-Bundesvorstand: Solidarisch mit Hoesch-Arbeitern          | 30       |
| <input type="checkbox"/> Hinter den Kulissen von Tercüman                                | 31       |
| <input type="checkbox"/> MHP-Mörder in der BRD festgenommen                              | 33       |
| <input type="checkbox"/> MBSE: Abstellgleis für ausländische Jugendliche                 | 34       |
| <input type="checkbox"/> Rückschlag für Ausländerkinder                                  | 36       |
| <input type="checkbox"/> „... doch ich hörte nicht auf“: Ruhi Su<br>Ausstellung in Essen | 37<br>38 |



# Leserbriefe

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Redaktion der „Türkei-Informationen“, ein kleines Kollektiv von „Amateuren“, legt nicht nur großen Wert auf Leserzuschriften; sie ist auch darauf angewiesen, damit wir die Zeitschrift besser machen können.

Für das anfänglich ermutigende Leserecho sind wir sehr dankbar – doch es reicht noch nicht aus, meinen wir, eine umfassende kritische Auswertung unserer bisherigen Arbeit vorzunehmen. Was „stört“, was nützt, was gefällt in „Türkei-Informationen“ am meisten? Machen die noch unvermeidlichen Satz- und Druckfehler das Lesen in der Tat manchmal fast unmöglich? Was fehlt und was ist zuviel?

Worauf es uns noch ankommt: Wir bitten die Leser der „Türkei-Informationen“ um Zusendung von Berichten und Informationen aus ihrer Arbeit und aus ihrer Umgebung, die Sie mitteilenswert finden. Denn Türkei-Informationen sollen alle Kollegen vor allem im gewerkschaftlichen Bereich informieren und in ihrer Arbeit unterstützen. Nicht zu vergessen, daß für viele Kollegen aus der Türkei und ihre Organisationen die Türkei-Informationen als eine Brücke zu der demokratischen Öffentlichkeit in der Türkei gelten. Noch einmal aufrichtigen Dank für die bereits erwiesene Solidarität, die sich in den steigenden Abonnements- und Leserbriefzahlen niederschlägt – sie sind ein konkreter Beitrag zur Stärkung der demokratischen Bewegung unserer türkischen und kurdischen Kollegen in der Bundesrepublik. Mit solidarischen Grüßen,

Die Redaktion

Seit ein paar Jahren bin ich in der Ausländerarbeit tätig. Tagtäglich werde ich mit den vielschichtigen Problemen der Ausländer in allen Lebensbereichen konfrontiert. Besonders aufgrund der ständig größer werdenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme in der BRD hat die Welle der Vorurteile gegenüber Ausländern in letzter Zeit zugenommen. Auf der anderen Seite sehe ich, wie Ausländer dem begegnen wollen; oftmals führt dies zu totaler Anpassung oder Resignation, aber auch zu verstärkter Aggressivität gepaart mit sehr vielen Vorurteilen gegenüber der deutschen Bevölkerung. Beide Reaktionen sind verständlich, aber keine Lösung.

Hier kann sich nur etwas ändern, wenn einerseits die Ausländer den Deutschen rechtlich gleichgestellt werden und damit eine Basis für eine wirksamere Integrationspolitik geschaffen wäre, andererseits müssen Vorurteile abgebaut werden, um ein gemeinsames Miteinander zu ermöglichen.

Vorurteile abbauen heißt für mich in diesem Zusammenhang, sich über die Lebensweisen und das Heimatland des anderen zu informieren. Da dies jahrelang in den bundesrepublikanischen Massenmedien vernachlässigt wurde, ist eine Zeitschrift wie die Türkei-Information, die genau dies versuchen will, sehr zu begrüßen.

Und es liegt auch an den deutschen Kollegen, die diese Zeitschrift kennen und daraus ebenfalls ihre Informationen schöpfen, sie verstärkt unter der deutschen Bevölkerung zu verbreiten. Ich würde es außerdem sehr begrüßen, wenn gerade im Sinne des oben Er-

wähnten detaillierter z.B. über bestimmte Lebensweisen, über die Rolle der Frau oder über die Familienstruktur in türkischen Familien berichtet würde.

Mit solidarischem Gruß

Angelika Seidler-Kamp,  
Frankfurt

Dann noch ein Anliegen: als Student des Zusatzstudiums „Lehrer für Kinder fremder Muttersprachen“ in Germersheim/Landau war ich mit Kommilitonen, im Sommer in der Türkei, wo wir einige fruchtbare Kontakte zu DISK-Gewerkschaften, Ärzteorganisationen, Frauengruppen, Studenten usw. bekommen haben. Um unsere Informationen auch anderen zugänglich zu machen, werden wir demnächst in Volkshochschulen über die politische Situation in der Türkei berichten. Habt Ihr noch Informationen, Sonderdrucke o.ä., die wir noch verarbeiten können?

Falls noch vorhanden, würden mich auch die bisher erschienenen Hefte von 1980 interessieren.

Susanne Döbler,  
Landau

## FIDEF Konto:

Bank für Gemeinwirtschaft  
Düsseldorf  
Kto.-Nr. 1 555 823 400  
Postcheckamt Essen  
Kto.-Nr. 1764 62-437

Der ai-Bezirk Stuttgart bereitet zur Zeit eine Ausstellung zu dem Thema *Gewerkschaft und Menschenrechte (Arbeitsthema)* vor, in der auch über die Verfolgung von Gewerkschaftern in der Türkei berichtet werden soll. In den beiden Ausgaben der *Türkei-Informationen* habe ich einiges über die Verfolgung von Gewerkschaftern gelesen, auch liegen mir Informationen über die Situation vor dem Putsch vor, doch fehlen mir Informationen über das Schicksal der Gewerkschaften nach dem Putsch, der doch in der bundesdeutschen Presse so arg gut wegkommt.

Liegen Ihnen Informationen über Verfolgung und Unterdrückung von Gewerkschaften und Arbeitern in der Türkei seit dem Putsch vor, die Sie uns zukommen lassen könnten? In der Ausstellung soll auf zwei bis drei Tafeln über die Lage der Gewerkschaften in der Türkei berichtet werden. Uns fehlen vor allem Bilder. Ich möchte Sie daher auch darum bitten, uns die Verwendung von in den oben genannten Heften der *Türkei-Information* abgedruckten Bildern für die Ausstellung zu gestatten.

Helmut Fidler,  
Stuttgart

Liebe Freunde, liebe Kollegen,

ich freue mich, Euch im Namen des Hanns-Eisler-Chores Berlin (West) eine Spende ankündigen zu dürfen, die ich heute bei der Bank für Gemeinwirtschaft für Euch eingezahlt habe: DM 1.572,00 als Ergebnis eines Spendenaufrufes zum Schluß zweier Konzerte, die wir am 1. und am 5. Oktober 1980 im Rahmen der Berliner Festwochen gegeben haben.

Wir wünschen Euch für Euren mühsamen und opferreichen Kampf viel Stärke, langen Atem und Solidarität auf breiter Ebene. Wachsamkeit und Humor, Mut und Selbstvertrauen wünschen wir Euch.

Wendet Euch unentwegt an die Öffentlichkeit, bittet die fortschrittliche Presse um Gelegenheit, Eure Informationen abzudrucken, richtet Konten ein (oder Eure Konten wöchentlich in der Deutschen Volkszeitung abdrucken lassen), versucht über Klaus Thüsing, Walter Fabian, Hellmut Gollwitzer an eine breite demokratische Öffentlichkeit zu kommen. Bitte sendet Informationsmaterial – ich will es verteilen. Zahlkarten, falls Ihr habt, bitte dazu.

Für die furchtbaren Schuldenlasten einen schnellen Helfer und sehr herzliche und solidarische Grüße von

(Iris Wewer)  
Hanns-Eisler-Chor Berlin



## Militärdiktatur im Dienste des Pentagon

Der Staatsstreich in einem Land, dessen Regierung noch vor knapp drei Monaten mit Milliarden-Beträgen unterstützt wurde, zwingt zu einer Stellungnahme. Zumal diese „Hilfe“ angeblich zur „Stärkung der Demokratie“ dienen sollte.

Auf die Stellungnahme brauchten wir nicht lange zu warten. Kanzler Schmidt sagte sofort weitere Hilfe zu. Auch Kohl, Genscher, Matthöfer und Kiep meldeten sich zu Wort. Ihre Äußerungen brachte die Frankfurter Allgemeine auf einen gemeinsamen Nenner: „Die Generäle werden gemahnt, die Führer der demokratischen Parteien in der Türkei mit Kritik bedacht.“ (80) Es fällt auf, dass diese Aussagen von der Presse nur teilweise wiedergegeben wurden. Die liberalen Blätter stellten mit Rücksicht auf die eigene Leserschaft die „Ermahnungen“ in den Vordergrund und versuchten mit Hinweisen auf den Terrorismus und die „Unfähigkeit der Politiker“ die Militärdiktatur als „notwendiges Übel“ hinzustellen. Die rechte Presse hingegen, die solche Feinheiten nicht zu beachten braucht, nahm buchstäblich kein Blatt vor den Mund (siehe unsere kurze Dokumentation in diesem Heft).

Besonders aufschlussreich war folgende Meldung in der Frankfurter Allgemeinen vom 13.9.80:

„Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD) hat nach dem Bekanntwerden des Militärputsches in der Türkei gesagt, er hoffe nun auf einen heilsamen Schock, aus dem ein Arrangement hervorgehe, an dem sowohl die demokratischen Kräfte als auch die Armee beteiligt seien. Diese Einstellung, die als die eigentliche Haltung hinter der offiziellen Zurückhaltung der Bundesregierung zu stehen scheint, ist für die Türkei besonders wichtig, denn die Bundesrepublik ist für sie ein wirtschaftlich und militärisch bedeutender Partner.“

Wie die wohlinformierte FAZ ihren Lesern auf unverfängliche Weise andeutet, umreisst Matthöfer mit wenigen Worten das politische Programm der Generäle. Seine Ausführungen sind es wert, dass wir uns etwas eingehender mit ihnen befassen.

Matthöfer spricht von einem „heilsamen Schock“ und meint den Staatsstreich. Dies ist ein bemerkenswertes

Eingeständnis seiner Auffassungen über Demokratie, insbesondere für einen ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär und jetzigen sozialdemokratischen Minister. Man fragt sich unwillkürlich, ob und unter welchen Umständen sich Herr Matthöfer einen ebenso „heilsamen Schock“ für die Bundesrepublik vorstellen kann. Das ist eine Frage, die die aufrechten Demokraten in diesem Land dem Herrn Bundesfinanzminister unbedingt stellen sollten.

Nicht minder interessant ist das Ergebnis, das sich Herr Matthöfer wünscht: „Ein Arrangement, an dem sowohl die demokratischen Kräfte als auch die Armee beteiligt sind.“, heisst die Devise! Was bezweckt der Bundesfinanzminister, wenn er offen eine bleibende Beteiligung der Armee an der Macht propagiert? Was hat das mit Demokratie zu tun? Offensichtlich ist gerade das die Art von „Stärkung“, die er am 19. Juni dieses Jahres vor dem Bundestag für die Demokratie in der Türkei anzustreben erklärte.

### BRD-Regierung lobt „die Leistung“ der Junta

Im Zusammenhang mit diesen Äußerungen erscheint die Zusicherung von weiterer Hilfe durch den Kanzler in einem neuen Licht. „Die Wirtschaftswoche“ schreibt dazu am 19.9.80:

„Und Schmidt ist, trotz Haushaltssorgen im eigenen Lande, bereit, Leistung der neuen, uniformierten Machthaber im nächsten Jahr durch höhere Zahlungen zu honorieren. Ein Kanzlerberater: Wenn die das ordentlich machen können die Türken mehr bekommen als vorher.“

Man erklärt ungeniert, dass die neuen Machthaber „für ihre Leistung honoriert“ werden sollen. Was haben sie geleistet? Sie haben einen gut geplanten und „offensichtlich mit der NATO abgestimmten“ Putsch durchgeführt. Sie haben das Parlament, das sich der in Pentagon und Brüssel festgelegten Linie nicht mehr bedingungslos unterwerfen wollte, auseinandergejagt. Sie haben die Verfassung, auf die sie vereidigt gewesen sind, zu einem Fetzen Papier erklärt, nach eigenen Angaben zehntausende von Menschen verhaftet, rund 400 „Terroristen“ umgebracht, alle Parteien und Vereinigungen sowie

die fortschrittlichen Gewerkschaften verboten und eine unumschränkte Militärdiktatur errichtet. Sind das die Leistungen, für die der sozialdemokratische Bundeskanzler die neuen Machthaber „honorieren“ will?

Die unverhüllte Unterstützung der Militärdiktatur durch die Bundesregierung hängt mit den strategischen Interessen der NATO-Südflanke zusammen. So heisst es z.B. in einer der einschlägigen Zeitschriften nach dem Putsch: „Die NATO-Treue des türkischen Offizierkorps gilt in Brüssel als ‚beispielhaft‘, auch die westlichen Basen sind dort nun sicher. . .“ (Wehrtechnik, Oktober 1980, S. 12). Es ist auch bekannt, dass die tonangebenden Kreise in Washington, Bonn und Brüssel seit einiger Zeit die Bedeutung der türkischen Streitkräfte als „innenpolitische Ordnungsmacht“ betonen. So schrieb Walter Schilling in der August-Nummer der „Europäischen Wehrkunde“:

„. . . das türkische Militärpotenzial (darf) nicht ausser acht gelassen werden. Dies gilt für dessen Funktion zur Sicherung gegen Angriffe von aussen und zugleich für die Rolle des Militärs als innenpolitische Ordnungsmacht.“ Kann man sich angesichts dieser Offenherzigkeit, eine deutlichere Sprache wünschen?

Die einhellige Verurteilung des Putsches durch die DGB-Gewerkschaften hat wieder einmal gezeigt, dass die Gewerkschaftsbewegung eine der wichtigsten Stützen der Demokratie bildet. Erste Solidaritätsveranstaltungen auf regionaler Ebene sowie die vor wenigen Tagen bekanntgewordene Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ (siehe unsere ausführlichen Berichte) beweist, dass wir nicht allein sind. Wir erleben täglich die aktive Anteilnahme unserer deutschen und ausländischen Kollegen und Freunde.

Wir sind zuversichtlich. Gemeinsam können wir verhindern, dass die US-hörigen Diktatoren in Ankara die für sie „lebensnotwendigen“ Milliarden erhalten. Wir werden erreichen, daß die Milliarden, die wir erarbeiten, nicht für die Erdrosselung der Demokratie in der Türkei eingesetzt werden.



## Folter ist ein Verbrechen gegen die Menschenrechte

### Stoppt die Folterungen!

Trotz der strengen Pressezensur und der drastischen Strafen, die wegen „Beunruhigung der Öffentlichkeit“ gegen mündliche Weitergabe von Nachrichten verhängt werden, erreichen uns ständig Nachrichten über die systematische Folterung von politischen Gefangenen.

Ein weiterer Hinweis auf die Ausweitung der Folterpraxis ist die Tatsache, daß die Junta innerhalb eines Monats die Frist für die Festsetzung ohne Richterspruch zweimal verlängerte.

Noch im September mußten Personen, die von den „Sicherheitskräften“ ohne Haftbefehl festgenommen wurden, spätestens nach zwei Wochen einem Richter vorgeführt werden. (Diese Frist betrug bis 1972 24 Stunden, wurde jedoch durch eine ebenfalls von den Militärs erzwungene Verfassungsänderung verlängert.)

Die Frist von vierzehn Tagen soll angeblich zur Sicherstellung des Beweismaterials und zur Vernehmung der Beschuldigten benützt werden. Tatsächlich dient sie jedoch zur Erpressung von falschen Aussagen durch Folter, denn in dieser Phase hat der Gefangene keinerlei Kontakt zur Außenwelt und ist völlig den „Vernehmungsspezialisten“ der Polizei ausgeliefert.

Wenige Tage nach dem Putsch wurde diese Frist von der Junta verdoppelt, d.h. auf 30 Tage heraufgesetzt. Damit erhielten die „Sicherheitskräfte“ die Möglichkeit, jeden willkürlich festzunehmen und nach 30 Tagen langen Folterungen wieder laufen zu lassen. Solange die Frist von 30 Tagen nicht überschritten wird, braucht die Polizei niemandem über eine solche Festnahme Rechenschaft abzulegen, sei die Festnahme auch noch so unbegründet.

Doch haben offenbar diese Methoden bisher nicht den erhofften Erfolg gezeitigt. So sah sich die Junta gezwungen, am 10. November die besagte Frist auf 90 Tage auszuweiten. „Falls erforderlich“ soll es sogar zulässig sein, daß Verdächtige bis zu sechs Monaten ohne Haftbefehl eingekerkert werden.

Es liegt auf der Hand, daß mit diesem Schritt die letzten Schranken der Polizeiwillkür und -brutalität beseitigt worden sind. Wohin das führen wird, kann man sich am besten vorstellen, wenn man die bisher bekannt gewordenen

4 Beispiele der Folterpraxis kennt:

#### Bursa:

Am 4. Oktober wurde bekannt, daß der renommierte Rechtsanwalt Ahmet Feyzioglu um 6.00 Uhr in der Frühe durch einen Sturz aus dem 5. Stockwerk des Polizeipräsidiums in Bursa ums Leben gekommen ist.

Er befand sich seit einer Woche in der Hand der Polizei und wurde in dieser Zeit ständigen Folterungen ausgesetzt.

Der 32jährige Feyzioglu war Sohn eines Offiziers und einer Volksschullehrerin. Er hatte vor dem Putsch als Rechtsberater des Progressiven Gewerkschaftsdachverbands DISK und der Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is gearbeitet. Darüber hinaus war A. Feyzioglu der Vertreter des Friedenskomitees der Türkei für Bursa.

Der Polizeipräsident von Bursa, Alpaslan Bilginer, behauptete in einer Stellungnahme, daß Ahmet Feyzioglu Selbstmord begonnen habe. Dies ist die Formel, mit der die Polizei solche Vorfälle gewöhnlich „erklärt“.

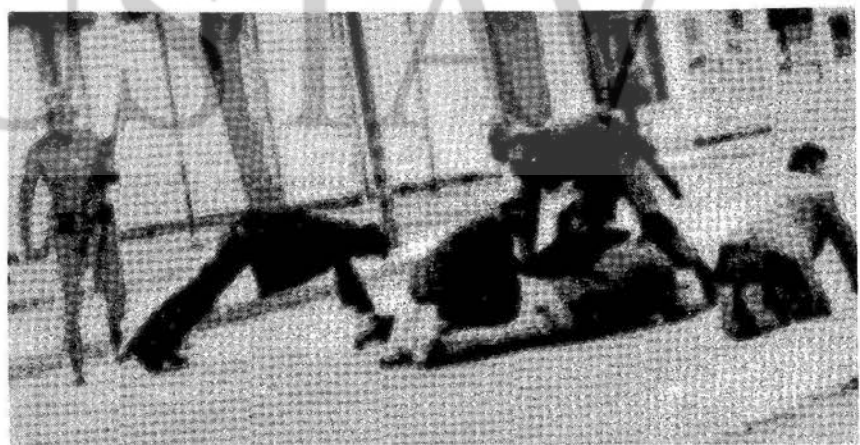
In diesem Zusammenhang müssen wir darauf hinweisen, daß innerhalb weniger Wochen zwei weitere Gefangene aus dem gleichen Stockwerk des Polizeipräsidiums von Bursa stürzten. Einer von ihnen, Ergun Sen, liegt noch schwerverletzt und bewußtlos im Krankenhaus. Vor ihm starb Rafet Demir ebenfalls durch einen Sturz aus dem 5. Stockwerk. Als man ihn aus dem Fenster warf, waren seine Hände mit Handschellen gefesselt.

Ferner haben wir erfahren, daß folgende Personen gegenwärtig in dem Polizeipräsidium von Bursa gefoltert werden:

- Fevzi Kavuk, der bekannte Vorsitzende des Bauernvereins der Region Marmara (Marmara Köy-Der). Aufgrund der schweren Folterungen schwebt er in Lebensgefahr;
- Frau Aysun Dercin, Vorstandsmitglied des Vereins der fortschrittlichen Frauen (IKD) in Bursa, und ihr Mann, Rechtsanwalt Münir Dercin;
- Sabri Biber, der Vorsitzende des örtlichen Lehrerverbandes in Bursa (TÖB-DER);
- Die leitenden Funktionäre der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) aus Bursa;
- Özcan Peksen, der Vorsitzende des 13. Bezirks der Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is;
- Günay Önayman, der Bezirksvorsitzende der Textilarbeitergewerkschaft Tekstil-Is.

#### Diyarbakir

- Der bekannte fortschrittliche Rechtsanwalt Yahya Mehmetoglu verlor aufgrund der schweren Folterungen den Verstand. Y. Mehmetoglu hatte 1977 als unabhängiger Kandidat an den Bürgermeisterwahlen teilgenommen und mehr Stim-



Alltägliches Bild auf den Straßen: Bürger müssen sich in den Dreck legen und durchsuchen lassen



men auf sich vereinigt als die Kandidaten der Gerechtigkeitspartei (AP) und der republikanischen Volkspartei (CHP);

- Der Bezirksvorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Dr. Tarik Ziya Ekici wurde festgenommen und wird gefoltert;

#### Mardin

- Die Leiche des Vorsitzenden des Lehrerverbandes in Mardin (TÖB-DER), Mehmet Cizreli, wurde auf offenem Felde von Hirten gefunden und der Gendarmerie übergeben. Der Tote wies Spuren von schweren Folterungen auf. Der ermordete M. Cizreli leistete seinen Militärdienst ab.

#### Ankara:

- Am 8.10. meldet „Milliyet“, daß Zeynel Abidin Ceylan bereits am 26.9. während des Verhöres in der Politischen Abteilung des Polizeipräsidioms von Ankara gestorben sei. Ein medizinischer Bericht führt aus, daß er schwer mißhandelt und einer Elektrofolter ausgesetzt wurde. Ein Polizist wird beschuldigt, den Häftling getötet zu haben.
- Am 8.10. meldet die Tageszeitung „Cumhuriyet“, daß auch der politische Häftling Hasan Asker Özmen am 6.10. in der Politischen Abteilung des Polizeipräsidioms von Ankara zu Tode gekommen sei. Abermals wird ein Polizist des Mordes beschuldigt.
- Am 11.10. wurde bekannt, daß der renommierte fortschrittliche Verleger İhan Erdost wenige Tage nach

(Fortsetzung auf S. 39)

## Ecevit: Rücktritt vom Parteivorsitz



Am 24. Juli 1980 kondoliert Ecevit anlässlich der Ermordung von Kemal Türkler, dem Maden-Is-Vorstand.

Nur 18 Tage nach seiner Freilassung aus der „Schutzhaft“, am 30. Okt., gab der CHP-Vorsitzende Bülent Ecevit seinen Rücktritt vom Vorsitz der Republikanischen Volkspartei bekannt. In einer Erklärung begründete er diesen Schritt damit, daß er sich aufgrund der Unterbindung jeglicher Aktivität seiner Partei nicht mehr in der Lage sehe, den Verpflichtungen seines Amtes nachzukommen: „Ab heute bin ich von meinem Amt als Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei zurückgetreten. Ich habe es für sinnvoller gehalten, diesen Schritt, der unvermeidbar zu werden scheint, schon jetzt zu vollziehen.“

Kurz nachdem die Erklärung Ecevits bei einigen Redaktionen eingegangen war, verbot der Nationale Sicherheitsrat ihre Veröffentlichung und Verbreitung mit der Begründung, daß sie den Rahmen einer persönlichen Rücktrittserklärung überschreite und als eine unzulässige politische Deklaration einzu-

stufen sei, die sich gegen das Wohlbefinden der Nation richte.

Dem Rücktritt Ecevits vorausgegangen war eine „Richtigstellung“ der Militärjunta am 29.10.1980, in der der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates Saltik erklärte, daß seine anlässlich eines Pressgesprächs am Vortag getroffenen Äußerungen mißverständlich interpretiert worden seien: Er habe keineswegs erwähnt, daß die beiden Parteiführer Ecevit und Demirel nach einer gewissen Zeitspanne wieder in die Politik zurückkehren könnten.

Wenige Stunden nach dieser knappen Erläuterung zog Ecevit daraus die Konsequenz und gab seinen Rücktritt bekannt. Aber selbst diese äußerst verhaltene Form des Protestes stimmte die Generäle zornig: Denn nach Berichten der westeuropäischen Presse enthielt die verbotene Rücktrittserklärung von Ecevit eine Passage, in der er seine Absicht, den Kampf für Demokratie weiter zu führen, bekräftigte.

## Nun auch die älteste Zeitung der Türkei verboten

Am 11. November verfügte der Kriegsverbotkommandant von Istanbul das unbefristete Verbot der ältesten Zeitung der Republik Türkei. „Cumhuriyet“ („Die Republik“) hatte bereits 1923, noch während des nationalen Befreiungskampfes, mit ersten Ausgaben ihre Arbeit begonnen – damals noch unter dem Namen „Yeni Gün“ („Neuer Tag“). Nach Gründung der Republik Türkei wurde der Name von Kemal Atatürk persönlich in „Cumhuriyet“ geändert. Der Gründer, Yunus Nadi, gehörte zu den engsten Freunden und Bewunderern von Kemal Atatürk. Nach dessen Tod übernahm sein Sohn Nadir Nadi die Zeitung, der sich insbesondere unter den sehr veränderten Verhältnissen der sechziger und siebziger Jahre um eine Tradition der kemalistischen Tradition bemühte.

Die „Cumhuriyet“ hatte unter den

Tageszeitungen der Türkei eine anerkannte Sonderstellung. Sie überstand alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die krisenhafte Entwicklung in der Türkei mit sich brachte, ebenso wie die Schikanen und die Boykottaufrufe von reaktionärer Seite. Dabei stützte sie sich auf einen Leserkreis, der sich hauptsächlich aus der Beamtenschaft und aus den Reihen der Intelligenz rekrutierte. Nicht nur deswegen, sondern auch aufgrund ihres hohen Niveaus im Bereich journalistischer Arbeit, gehörten der „Cumhuriyet“ hochangesehene und profilierte Kommentatoren an.

Nach „Politika“ und „Demokrat“ ist jetzt die dritte große Tageszeitung der Türkei verboten worden. Diese Maßnahme muß als ein deutliches Zeichen für die wachsende Isolierung der Junta auch von den bürgerlich-liberalen Kreisen gewertet werden.





## Junta — eine Gefahr für den Frieden



Ende September fand in Sofia das „Weltparlament der Völker für den Frieden“ statt. Es war vorgesehen, daß die türkische Friedensbewegung mit einer großen Delegation am Parlament teilnehmen sollte. Doch die Putschisten verhängten ein Verbot über das Friedenskomitee der Türkei und untersagten die Ausreise der Delegation. Viele ihrer Mitglieder wurden verhaftet. Trotz dieses Verbots konnte die Friedensbewegung unseres Landes auf dem Weltparlament vertreten werden. Der Vorsitzende des Friedenskomitees der Türkei, Botschafter a.D. Mahmut Dikerdem, wurde in Abwesenheit in das Präsidium des Weltfriedensrates gewählt.

**Der Aufruf, den wir im Folgenden abdrucken, wurde im Namen des Friedenskomitees der Türkei auf dem Weltparlament in Sofia verteilt.**

Seit dem 12. September regiert eine Militärjunta unser Land. Die Junta, die durch einen Putsch an die Macht kam, ist pro-NATO. Sie ist gegen Demokratie und jede Art von Menschenrechten gerichtet.

Die Junta setzte die Verfassung und das Parlament außer Kraft, verbot die Aktivitäten der politischen Parteien, schloß die fortschrittlichen Gewerkschaften und alle Arten von Massenorganisationen. Die Führer der politischen Parteien und einige 100 Parlamentarier sind verhaftet. Vom ersten Tag an verhaftete die Junta tausende von Arbeitern, Intellektuellen und Studenten. Niemand kann etwas über das Schicksal der verhafteten Menschen erfahren.

### Ist die Junta für Verständigung und Zusammenarbeit?

Die Junta sagt, sie sei für Verständigung in den internationalen Beziehungen, daß sie gute Beziehungen zu ihren Nachbarn unterhalten will. Aber diese Erklärung steht im Gegensatz zur wirklichen Situation. Nach dem Putsch in der Türkei hat die Bedrohung für Sicherheit und Frieden in unserer Region zugenommen. Diese Tatsache ergibt sich aus den Beziehungen der Junta mit dem US-Imperialismus und der NATO, die die wirkliche und einzige Quelle der Spannungen und der Kriegsgefahr im mittleren Osten darstellt. Es gibt Indizien, die dies belegen:

Die Junta kam an die Macht, als auf dem Gebiet der Türkei NATO-Militärmanöver durchgeführt wurden. So wurden die Truppenverschiebungen, die für den Putsch notwendig waren, durch diese NATO-Manöver vertuscht. Alle Welt erfuhr von dem Putsch in der Türkei aufgrund einer Erklärung des US-Außenministeriums. Dieses sagte später auch, daß die Generäle die USA, und zwar vorher, über den Putsch informiert haben. Es bedarf keiner Erklärung, daß ein Putsch, der in einem NATO-Mitgliedsstaat von hohen Militärs durchgeführt wird, in Übereinstimmung mit den Interessen der NATO steht. Der Putsch in der Türkei steht in engem Zusammenhang mit der neuen politisch-militärischen Strategie des US-Imperialismus. In dieser Strategie der weltweiten Konfrontation mit dem Sozialistischen System spielt die Türkei eine sehr wichtige Rolle. Besonders nach den letzten Entwicklungen in

Iran und Afghanistan wurde es eine entscheidende Frage für den Imperialismus, in der Türkei eine Regierung zu haben, die „stabil“ ist und die bereit ist strategische Interessen der NATO zu erfüllen. In den Tagen, die dem Putsch in der Türkei vorausgingen, konnte man in den westlichen Zeitungen viele Artikel finden, die dieses Argument unterstützen.

Eine Woche vor dem Putsch stimmte die Mehrheit des Parlaments gegen den pro-amerikanischen Außenminister der Minderheitsregierung von Demirel. Er mußte zurücktreten. Dies war ein Zeichen für den US-Imperialismus, die notwendigen „Maßnahmen“ zu ergreifen. Alle Generäle der Junta sind pro-amerikanisch. Der Kommandant der Luftwaffe kam einen Tag vor dem Putsch von einem „Besuch“ in den USA zurück. Die Junta erklärte bereits am ersten Tag, daß es die Beziehungen mit der NATO fortsetzen und an den zweiseitigen Militärverträgen mit der USA festhalten will. Der Außenminister der USA, die NATO, die Europäische Gemeinschaft und die Regierung der BRD erklärten, daß sie die Junta unterstützen und ihre „Hilfen“ für die Türkei fortsetzen wollen.

Die westlichen Massenmedien tun ihr Bestes, um zu beweisen, daß die Junta nicht wie die Juntas in Lateinamerika ist.

Diejenigen, die für „freie Gewerkschaften“, für Streikrecht und für „Menschenrechte in Polen“ waren, vergaßen dies alles, als die Junta in der Türkei die fortschrittlichen Gewerkschaften schließen ließ, tausende von Betriebsräten und Vertrauensleuten verhafteten und sämtliche Streiks verbot.



Nach dem Putsch war in vielen westlichen Zeitungen zu lesen, daß der Putsch in der Türkei eine Antwort des Westens auf die Entwicklung im Iran ist. Die Verschärfung des Konflikts zwischen Iran und Irak, die letzten Konfrontationen zwischen diesen Ländern – all dies kam nach dem Putsch in der Türkei. Dies ist kein bloßer Zufall. Nur der US-Imperialismus profitiert von diesen Entwicklungen. Israel erklärte, daß die Möglichkeiten besserer Beziehungen mit der Türkei nach dem Putsch zugenommen habe. Die USA teilte Griechenland mit, daß die Türkei nun den Wiedereintritt Griechenlands in die NATO erlauben wird, wenn Griechenland einen bilateralen Militärvertrag mit den USA abschließt, der den USA gestattet, Militärbasen auf griechischem Gebiet zu errichten.

All diese Tatsachen zeigen, daß die Entwicklungen in der Türkei die Gefahr neuer Spannungen im mittleren Osten erhöht haben, wo die aggressivsten Teile des imperialistischen Militär-Industrie-Komplexes ihre Abenteuer zu verwirklichen suchen.

Erwähnenswert ist hier auch, daß die Möglichkeit neuer Änderungen in der Zusammensetzung der Militärjunta bestehen. Es gibt eine relativ mächtige faschistische Gruppe in der Armee, die nun einen Kompromiß mit der dominierenden Gruppe zu schließen scheint. Aber unter der Bedingung tiefer ökonomischer Krisen und wachsender Repressionen der Junta werden sich beide Teile der Armee notwendigerweise annähern. Die Faschisten können auch einen neuen Putsch organisieren. Die jetzige Junta hat alle notwendigen Vorkehrungen für solch einen Putsch getroffen. Es ist klar, daß die Gefahr für den Frieden in solch einem Fall ansteigen wird.

## Ist die Junta gegen Terrorismus?

Die Junta behauptet, sie sei an die Macht gekommen, um dem Terrorismus, der unser Land in den letzten Jahren in eine Hölle verwandelt hat, ein Ende zu setzen. Der Terrorismus in der Türkei, dem allein in den letzten zwei Jahren über 5000 Bürger zum Opfer gefallen sind, wurde von Anfang an vom CIA und dem türkischen Geheimdienst MIT organisiert und von Faschisten und ultra-„linken“ Gruppen ausgeführt. Ziel war es, die Demokratie zu vernichten. Nun will die Junta die psychische Atmosphäre mißbrauchen, die vom Terrorismus verursacht wurde. Indem sie gegen Terrorismus redet und einige Faschisten und „Linke“ verhaftet, will die Junta die Sympatien der Mittelklasse gewinnen. Sie ist aber denselben Kreisen verbunden, die den faschistischen Terror im Lande organisierten, namentlich mit dem CIA. Andererseits hat der Terrorismus bereits sein Ziel erreicht und seine Funktion erfüllt: Die Demokratie wurde von der Junta abgeschafft. Nun macht die Junta selbst Terror. Die Kriegsrechtsbehörden erhielten das uneingeschränkte Recht, auf Menschenmengen und auf „Verdächtige“ zu schießen. Übrigens nehmen die Generäle schon seit Jahren an der Macht im Lande teil. Durch den Nationalen Sicherheitsrat beeinflussten sie die gesamte Politik der früheren Regierungen. Seit zwei Jahren besteht das Kriegsrecht in zwanzig Provinzen des Landes. Die unmittelbare Macht in diesen Provinzen lag in den Händen der Militärs. Warum haben sie den Terrorismus nicht schon in diesen Zeiten verhindert? Waren sie dazu nicht fähig? Andererseits wurden viele faschisti-

sche Mörder, die sich in Haft befanden, von Militärs aus Militärgefängnissen entführt; viele faschistische Kriminelle wurden von Militärgerichten freigesprochen. Die faschistische Partei konnte ihre Terrorakte ungehindert fortsetzen. Der Terrorismus war gegen die fortschrittlichen Kreise gerichtet, den demokratischen Rechten und Freiheiten sollte ein Ende gesetzt werden. Auch die Junta ist gegen jegliches fortschrittliches Denken und Tun. Obwohl sie vorgibt, gleichermaßen gegen rechts und links vorzugehen, zielt ihre Offensive zuallererst gegen fortschrittliche Kräfte, gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Die Ziele der Terroristen und der Junta sind identisch. Viele Generäle mit engen Verbindungen zur faschistischen Partei sind in der Junta. Die faschistische Partei wurde, wie alle anderen Parteien, geschlossen. Nach dem Putsch blieb der Führer der faschistischen Partei, Türkeş, zwei Tage lang in einer Militärbasis versteckt, bevor er „aufgab“. Mit der Behauptung, gegen den Terrorismus zu kämpfen, hat die Junta die Demokratie außer Kraft gesetzt.

## Ist die Junta für die „Wiederherstellung“ der Demokratie?

Die Junta sagt, daß sie nach einer gewissen Zeit die parlamentarische Demokratie wieder herstellen wird. Sie tut dies, um internationale und nationale Unterstützung zu gewinnen. Aber dies ist bloße Demagogie. Die Junta hat zunächst alles zerstört in diesem Lande, was demokratisch ist und behauptet dann, sie werde die Demokratie wieder errichten. Sie verteidigt eine „Demokratie“, in der die Gewaltenteilung, die Freiheit der Universitäts-





ten, der Presse, der Gewerkschaften nicht existiert, wo kein Platz ist für sozialistische und kommunistische Ideen und Parteien. Niemand weiß, wann sie ein solches Regime erlauben werden oder ob sie dies überhaupt je tun. Es gibt keinen Grund, irgendeiner Versprechung der Junta zu glauben.

Nach all diesen Tatsachen ist die Junta gegen jeden gerichtet, der in der Vergangenheit demokratische Rechte und Freiheiten verteidigt hat. Jeder, der ein wirklicher Demokrat und gegen den US-Imperialismus in diesem Lande ist, ist nun in Gefahr. Die Junta hat im ganzen Land das Kriegsrecht erklärt. Die Kriegsrechtsbehörden erhielten unbeschränkte Rechte. Sogar die Bürgermeister wurden durch Generäle ersetzt. Es läuft eine große Kampagne zur Verhaftung fortschrittlicher Menschen. Wenn die Person nicht aufzufinden ist, die gesucht wird, werden seine Frau und Kinder als Geiseln genommen. Es gibt keine Informationen über die Verhafteten. Die Presse steht unter strenger Zensur. Ungefähr 134 Fahndungen nach Parlamentariern sind noch im Gange. Die meisten davon sind Mitglieder der Republikanischen Volkspartei und der Nationalen Heilspartei, die im Parlament gegen den bilateralen Vertrag mit den USA und gegen die antidemokratischen Gesetze opponierten. Die Repressionen gegen die Kurden in Ost-Anatolien sind besonders brutal. Eine große Kampagne gegen religiöse Kreise ist organisiert worden, nachdem in letzter Zeit antiimperialistische und antizionistische Tendenzen in diesen Teilen zugenommen haben. Die Junta beschuldigt Erbakan, den Präsidenten der Nationalen Heilspartei, reaktionär zu sein, da er begann, anti-amerikanische Politik zu betreiben. Aber dieselben Generäle überfielen Zypern 1974, als Erbakan Vize-Premierminister war und keine Opposition gegen sich hatte. Leute, die entsprechend existierender Gesetze Organisationen gründeten und politisch oder sozial aktiv waren oder ins Parlament gewählt wurden, werden verhaftet. All dies zeigt, daß in der heutigen Türkei keine Menschenrechte existieren und daß die Demokratie mit all ihren Fundamenten durch Gewalt außer Kraft gesetzt wurde. Die neue von der Junta gebildete Regierung besteht aus Generälen, Top-Bürokraten und Managern der privaten Monopole. Der Ex-Commandeur der Marine wurde zum Premierminister ernannt. Einige Minister des Kabinetts waren bereits Minister während des halb-militärischen Regimes von 1971-74.

### **Verteidigt die Junta die Interessen der Nation?**

Die Generäle sagen, daß sie die Interessen der Nation verteidigen, daß sie die Nation repräsentieren. Sie hätten recht, wenn die Nation nur aus der Monopolbourgeoisie bestünde. Am er-

sten Tag des Putsches erklärte die Junta, daß sie die Wirtschaftspolitik der früheren Regierung fortsetzt, und ernannte den Chefberater des früheren Premierministers, Özal, zum Vize-Premierminister, der die Wirtschaftspolitik bestimmt. Diese rigide Politik, wird der Türkei von der IMF diktiert, eine Politik, die auch von den herrschenden Kreisen und allen Unternehmerorganisationen mit vollem Herzen unterstützt wird.

Die Junta verbietet den Streik von 53.000 Arbeitern und erlaubt ihnen Lohnerhöhungen von nur 70%, während die Inflationsrate in der entsprechenden Periode bei ungefähr 200% lag. Alle wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Junta ergreift, sind Forderungen der Spitzenmonopolgruppen in den letzten Jahren. Die Junta verbietet den Streik der Metallarbeiter und ernannte den Präsidenten des Glasmonopols zum Industrieminister. Die Fakten sprechen für sich.

Das von der IMF diktierte ökonomische Programm entspricht den Interessen der Monopole und steht im Gegensatz zu denen der gesamten Nation. Solch ein Programm braucht, wie in Brasilien, notwendigerweise ein autoritäres Regime, diese Aufgabe soll die derzeitige Junta in der Türkei erfüllen.

### **Ist die Junta loyal gegenüber den Ideen Atatürks?**

Die Junta behauptet, daß sie die Ideen von Atatürk verfolge, den Gründer unserer Republik. Tatsächlich aber handelt sie selbst gegen die Ideen von Atatürk. Die zwei Hauptelemente, die das Fundament von Atatürks Ideen bilden, sind das Prinzip der nationalen Unabhängigkeit und das Prinzip der unabhängigen Entwicklung. Atatürk war ein Kämpfer gegen den Imperialismus, während die Generäle mit dem Imperialismus verbunden sind. Sie erfüllen ausschließlich die Interessen des Imperialismus. Sie verteidigen die Interessen der NATO, gehorchen den Diktaten der IMF. Andererseits stecken sie die wahren Verteidiger der Ideen von Atatürk, wie Ahmet Yildiz, Mitglied des Senats und einer der Führer des fortschrittlichen Putsches von 1960 ins Gefängnis. Yildiz ist auch Vize-Präsident unseres Komitees.

### **Die Junta ist gegen die Friedenskräfte**

Die Junta hat auch unsere Organisation, das Friedenskomitee der Türkei, verboten. Sie hat unserer Delegation, die aus 50 Personen besteht, verboten am Weltparlament der Völker für den Frieden teilzunehmen. Alle Massenorganisationen mit Vertretern, aus denen sich unser Komitee gebil-

det hat, wie Jugend- und Frauenorganisationen, Gewerkschaften etc. sind ebenfalls verboten. Orhan Apaydin, Präsident der Rechtsanwaltskammer, Präsident des Weltfriedensrates, Gründer und Vize-Präsident unseres Komitees, Erdal Atabek, Präsident der Ärztekammer, Mitglied des Weltfriedensrates, Gründer und Vize-Präsident unseres Komitees, Erol Saracoglu, Mitglied des Parlaments und Mitglied des Weltfriedensrates, I. Hakkı Öztoran, Mitglied des Parlamentes und Mitglied des Allgemeinen Komitees unserer Organisation – all diese prominenten Persönlichkeiten sind nun von der Junta verhaftet. 25 der Parlamentarier der Republikanischen Volkspartei in Haft sind Mitglieder des Friedenskomitees der Türkei. Unser Ehrenpräsident Kemal Türkler, Mitglied des Weltfriedensrates und Präsident der Metallarbeitergewerkschaft der Türkei, wurde von faschistischen Banden zwei Monate vor dem Putsch ermordet.

Die Friedensbewegung der Türkei wird nicht aufgeben. Sie wird ihren Kampf für Frieden und Abrüstung, für Sicherheit und Zusammenarbeit in unserer Region, für eine unabhängige und demokratische Türkei fortsetzen. Die Friedenskämpfer der Türkei sind sich ihrer Aufgaben bewußt. Deshalb konnte die Friedensbewegung der Türkei in diesem Forum vertreten werden, trotz aller Repressionen der Junta. Wir werden unseren Kampf fortsetzen.

### **Weltweite Solidarität — Aufgabe des Tages**

Trotz aller Versuche der Junta, die Weltöffentlichkeit zu betrügen, gibt es Proteste und Solidaritätsakte gegen die antidemokratische Junta.

In Westeuropa erklärten Gewerkschaftsverbände und andere Massenorganisationen, daß sie gegen die Demontage der demokratischen Rechte in der Türkei sind. In vielen großen Städten wurden Demonstrationen organisiert. Alle friedliebenden Kräfte in der Welt sind sich der Gefahr bewußt, die die Junta in der Türkei für den Frieden bringen kann. Der einzige Weg, dieser Gefahr zu begegnen, ist es, eine weltweite Protest- und Solidaritätskampagne zu organisieren.

Friedliebende Kräfte der Welt:

Fordert eure Regierungen auf, der Junta in der Türkei nicht zu helfen!  
Fragt die Junta nach dem Schicksal der politischen Gefangenen!  
Fordert ihre Freiheit!  
Protestiert gegen das antidemokratische Regime in der Türkei und gegen die Folter in der Türkei!  
Fordert die Rückgabe der politischen und der gewerkschaftlichen Rechte in der Türkei!  
Unterstützt den Kampf der Kräfte für Frieden und Demokratie in der Türkei!



## Willkürliche Hinrichtungen werden fortgesetzt

### Keine Hilfe für die Henker!

Am 8. Oktober wurde die Hinrichtung von zwei Personen in dem Militärgefängnis von Mamak bei Ankara bekannt gegeben. Mustafa Pehlivanoglu, ein MHP-Anhänger, hatte 1978 bei einem Terrorüberfall auf ein Cafe fünf Menschen erschossen. Der „links“ radikale Necdet Adali hatte ebenfalls ein Cafe überfallen und dabei zwei Menschen erschossen. Beide waren von Militärgerichten zum Tode verurteilt worden.

Am 26. Oktober wurde in Adana Serdar Soyergin hingerichtet, der wenige Tage zuvor von dem Militärgericht innerhalb von drei Stunden zum Tode verurteilt worden war. Der „links“-radikale S. Soyergin hatte das Mitglied des fortschrittlichen Jugendverbandes (IGD), Erdal Polat, erschossen.

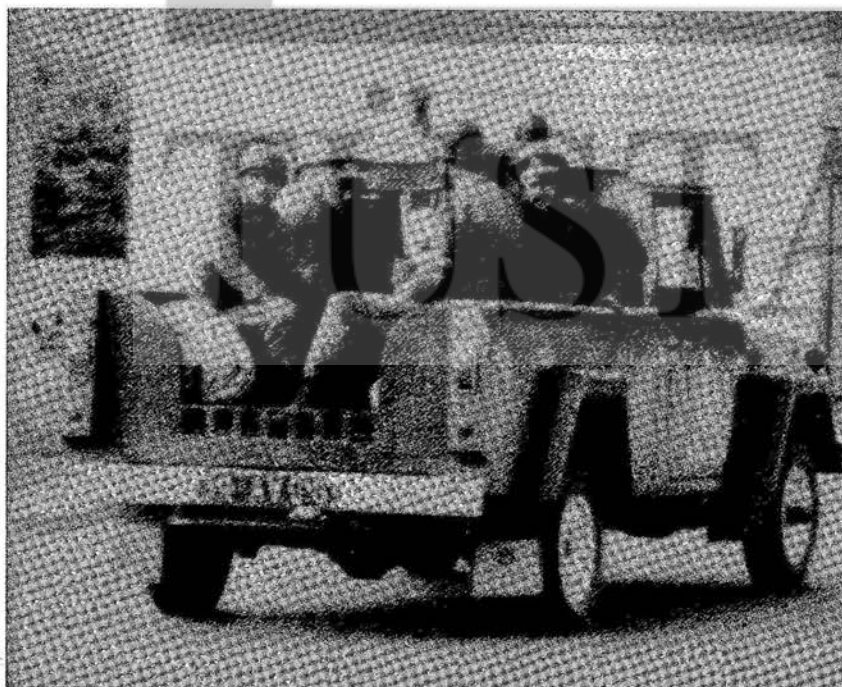
Wir verurteilen diese Hinrichtungen aufs Schärfste und unterstreichen: Die „links“ radikalen Terrororganisationen in der Türkei sind als Reaktion auf den faschistischen Terror entstanden.

Unter dem Eindruck der planmäßig gesteigerten Mordüberfälle der Faschisten ließen sich zahlreiche, ehrliche junge Menschen, die subjektiv für die Sache der arbeitenden Menschen eintreten, in die Sackgasse des Terrorismus treiben. Ihr Idealismus hat sie

nicht davor bewahrt, durch ihre abenteuerlichen Aktionen in die Hände der Reaktion zu arbeiten. Diese Tatsache wird im Falle von S. Soyergin besonders deutlich.

Die bezahlten faschistischen Mörder, die ihre Opfer oft bestialisch gefoltert haben, stehen auf einer ganz anderen Stufe. Ihre Hinrichtung zusammen mit „Links“ radikalen soll die Zusammenarbeit der Putschisten mit den faschistischen Kräften innerhalb und außerhalb der Armee vertuschen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem massiven Terror der Junta ablenken. Die eigentlich Verantwortlichen des Terrors werden nicht angetastet, ihre oft auswechselbaren Instrumente, fanatische und irreführende Jugendliche werden gehängt. Gleichzeitig beseitigen die Putschgeneräle auf diese Weise potentielle Zeugen, die die geheimen Verbindungen der Faschisten aufdecken könnten.

Presseberichten zu Folge stehen zur Zeit 26 rechtskräftige Todesurteile zur „Bestätigung“ durch die Junta an. Angesichts dieser Tatsache müssen wir unsere Stimme erheben, um diese Hinrichtungen, die nichts als kaltblütige Morde sind, zu verhindern.



An jeder Ecke Kommando-Einheiten der Armees

### „Provisorische Verfassung“ der Junta

Die am 27. Oktober vom Nationalen Sicherheitsrat proklamierte vorläufige Verfassung besteht aus sieben Paragraphen:

§1 Das Grundgesetz der Republik Türkei vom 9. Juli 1961 bleibt bis zur Verabschiedung und dem Inkrafttreten eines neuen Grundgesetzes gültig bis auf die in den folgenden Paragraphen angegebenen Ausnahmen.

§2 Aufgaben und Vollmachten, die laut Grundgesetz im Zuständigkeitsbereich der Großen Nationalversammlung, des Parlaments und des Senats liegen, werden ab 12. Sept. 1980 vorläufig vom Nationalen Sicherheitsrat und die Aufgaben und Vollmachten, die im Zuständigkeitsbereich des Staatspräsidenten liegen, vom Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates und dem Staatsvorsitzenden wahrgenommen und ausgeführt.

§3 Gegen die vom Nationalen Sicherheitsrat angenommenen und veröffentlichten Erklärungen und Beschlüsse sowie die veröffentlichten Gesetze kann nicht Verfassungswidrigkeit geltend gemacht werden.

§4 Aufhebung oder Annullierung von Bestimmungen, die in den Erklärungen und Beschlüssen des Nationalen Sicherheitsrates und in den Erlassen des Kabinetts und den „Dreier-Erlassen“ enthalten sind und nach dem 12.9.80 bekanntgegeben wurden, kann nicht beantragt werden.

§5 Aufhebung oder Annullierung von Entscheidungen und Verfügungen bezüglich des Personals im Öffentlichen Dienst, die nach dem 12.9.1980 von den Ministern bzw. von den von ihnen beauftragten Personen getroffen werden, kann nicht beantragt werden.

§6 Diejenigen Bestimmungen, die in den Erklärungen und Beschlüssen des Nationalen Sicherheitsrates sowie in den von ihm veröffentlichten und zu veröffentlichenden Gesetzen enthalten sind und von den Bestimmungen des Grundgesetzes vom 9. Juli 1961 (Gesetzes-Nr.334) abweichen, treten als Verfassungsänderungen, und diejenigen Bestimmungen, die von den geltenden Gesetzen abweichen, als Gesetzesänderungen am Tage ihrer Veröffentlichung und an den in ihren Texten angegebenen Tagen in Kraft.

§7 Dieses Gesetz tritt nach Veröffentlichung im Amtlichen Gesetzblatt, ab 12. September 1980 in Kraft.



# Juristische Floskeln zur Tarnung der unumschränkten Diktatur

## Junta als Alleinherrscherin

Das charakteristische Merkmal der gegenwärtigen Junta in der Türkei ist die *Kombination* brutalster Methoden zur Unterdrückung der demokratischen Opposition mit Maßnahmen, die zumindest einen letzten Schimmer der Rechtsstaatlichkeit bewahren sollen. Diese Bestrebung kommt schon in der offiziellen Sprachregelung zum Ausdruck, wonach der Putsch kein Putsch sei, sondern „eine Operation im Rahmen der Dienstvorschriften der Streitkräfte“, die ihre Pflicht zum Schutze des Staates vor äußeren und inneren Feinden wahrgenommen hätten.

Während eine von langer Hand vorbereitete Verhaftungswelle das ganze Land überzieht, Kriegsgerichte innerhalb von 3 (drei) Stunden Todesurteile fällen (so z.B. in Adana – dieses „Urteil“ wurde bereits vollstreckt!) und brutale Folterungen zum integralen Bestandteil der Vernehmungen geworden sind, wiederholt die Junta immer wieder ihr „Bekenntnis zur Demokratie“ und ihre „Achtung vor den Menschenrechten“. Ein gutes Beispiel für diese Taktik bietet die Bildung der neuen Regierung und die Proklamierung der sogenannten „provisorischen Verfassung“.

Am 21. September setzte der „nationale Sicherheitsrat“ (dies ist die offizielle Bezeichnung der Junta) mit dem erst einige Tage vor dem Putsch pensionierten Admiral Bülent Ulusu an der Spitze eine sogenannte „Zivilregierung“

ein. Fünf der Minister sind ebenfalls pensionierte Generäle, die von den einschlägigen Blättern als „glänzende Offiziere mit besten Verbindungen zur NATO“ gepriesen werden. Als Verteidigungsminister fungiert ein Zivilist, der bis vor kurzem den Posten eines ständigen Vertreters der Türkei in Brüssel (Hauptquartier der NATO) inne hatte. Die für die Wirtschaft relevanten Ministerien wurden mit Spitzenfunktionären der Unternehmerverbände besetzt. Dieses Bild wird „abgerundet“ durch den Minister für soziale Sicherheit, Sadik Side, dem Generalsekretär des rechten Gewerkschaftsdachverbandes Türk-Is.

Eine Woche nach der Bekanntgabe der Kabinettsliste erfolgte eine „Vertrauensabstimmung“ für die neue Regierung. Die fünfköpfige Junta, die als selbsternanntes „Parlament“ figuriert, gab in einer „öffentlichen Sitzung“ per Handzeichen ihre Zustimmung für die insgesamt 21 Personen umfassende Regierung! Diese Sitzung und die anschließende Zeremonie wurde, genauso wie die bereits vorher erfolgte „Verteidigung der Junta“, von den gleichgeschalteten Massenmedien mit großem Aufwand verbreitet.

Damit wurde auch dem letzten Zweifler klar gemacht, daß die Putschisten die Rechte des auseinander gejagten Parlaments „Kraft der Macht der Bajonette“ an sich gerissen haben. Trotzdem kann man nicht behaupten, daß

diese Posse aus der Sicht der Junta völlig nutzlos gewesen sei. Sie wurde von manchen westlichen Zeitungen bereitwillig als „Vertrauensabstimmung für die neue Regierung“ genommen und verbreitet.

Einen weiteren Versuch zu ihrer nachträglichen „Legalisierung“ unternahm die Militärjunta durch eine am 27.10. proklamierte „provisorische Verfassung“. Demnach sei die Verfassung von 1961 *nicht* aufgehoben (!), doch die Junta habe das Recht, durch „Dekrete“ und „Gesetze“ diese Verfassung beliebig zu verändern.

Im Gegensatz zum Parlament dürfen z.B. das Verfassungsgericht und das Oberste Verwaltungsgericht vorerst weiter „existieren“, jedoch nur auf der Basis der von der Junta erlassenen „Gesetze“. Eine Anfechtung der Entscheidungen der Junta durch diese (oder irgendwelche andere) Gerichte ist ausdrücklich ausgeschlossen. Mit anderen Worten, sie existieren nur noch dem Namen nach und sollen für die Putschisten als Feigenblatt dienen.

Die Zielsetzung der Militärjunta ist offenkundig: Trotz der Abschaffung des Parlaments und der von ihm eingesetzten Regierung soll der letzte Anschein der „Rechtsstaatlichkeit“ nach Möglichkeit gewahrt und ihre brutale Willkürherrschaft im Dienste des Großkapitals und des Pentagons hinter juristischen Floskeln versteckt werden.

## Auf einem Blick

Die „Leistungen“ der Militärjunta seit dem Putsch:

- Unmittelbar nach dem Putsch werden alle Parteien, Vereine und Verbände, alle DISK-Gewerkschaften und einige Mitgliedergewerkschaften von Türk-Is verboten.
- 134 Abgeordnete, in der Mehrheit dem linken Flügel der CHP-Fraktion zuzurechnende Parlamentarier, und die Vorsitzenden der vier im Parlament vertretenen Parteien, Ecevit, Demirel, Erbakan und Türkeş, in „Schutzhaft“.
- Die Zahl derer, die von Militärs festgenommen werden, vor allem in kurdischen Provinzen, geht in die Zehntausende.
- Vertrauensleute, Betriebsräte und Funktionäre der Gewerkschaften, insbesondere von DISK, aufgefordert, sich zu „stellen“.
- Großangelegte Razzien in den Arbeitervierteln der wichtigsten Städte.
- Ca. 60000 streikende Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit gezwungen. (Metallarbeiter setzten noch bis zum 15.9. ihren Streik fort.)
- Die Lohnerhöhungen von 70 % – versprochen von den Generälen – wurden den Arbeitern bis heute nicht ausbezahlt (Allein im letzten Jahr Preissteigerungen von 146 %
- Alle Stadtversammlungen und Bürgermeister abgesetzt.
- 6 ehemalige Generäle werden an der „zivilen“ Regierung der Junta beteiligt, die am 20.9. installiert wurde.
- Im Staats- und Sicherheitsapparat werden umfassende Umbesetzungen vorgenommen.
- Die Junta gibt sich uneingeschränkte Machtbefugnis durch eine provisorische Verfassung am 27.10.80
- 2 Hinrichtungen – seit 8 Jahren die ersten – werden am 8.10.80 vollstreckt.
- Erste Todesfälle aufgrund von Folter seit Bestehen der Junta werden Anfang Oktober bekannt.



# OYAK: Konzernbosse in Uniform



Die allmächtige Junta: Fünf eidbrüchige Generäle

Die Junta-Generäle sind bemüht, den Eindruck zu erwecken, als wäre es ihnen bei ihrem Eingriff am 12. September um die Erhaltung des kemalistischen Erbes gegangen; und sie wären die „wahren Hüter der nationalen Unabhaengigkeit.“

Doch nicht nur dass die NATO-Generäle in der Türkei durch den Ausbau des Landes zum Vorposten des Militärbündnisses die nationale Souveränität völlig preisgegeben haben: Die ranghohen Offiziere sind als Nutzniesser einer der wichtigsten Privatunternehmen in der Türkei mit den in- und auslaendischen Grosskapitalisten aufs engste verbunden. Der folgende Überblick über die Gründungsphase und die Aktivitäten der OYAK soll diese „handfesten“ Interessen der türkischen Generalität transparenter machen und zeigen, warum der von den reaktionären Demirel-Regierung eingeschlagene wirtschaftspolitische Weg mit äusserster Brutalität fortgesetzt wird.

Zahlen über OYAK werden in der Türkei geheimgehalten. Die letzten Angaben, die einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, sind in einer Jubiläumsschrift von 1976 zu finden. Die von uns aufgezeigte Entwicklung von OYAK, die sehr deutliche Parallelen zu rechtsextremistischen bis faschistoiden Tendenzen in höheren Offiziersrängen aufweist, wurde aus wenigen verfügbaren Materialien und aus zahlreichen Zeitungsberichten ab 1961 zusammengestellt. Denn OYAK (Gesellschaft zur gegenseitigen Unterstützung der Streitkräfte), per Sondergesetz den öffentlichen Stiftungen

gleichgestellt, und damit von allen Steuerlasten befreit, unterliegt auch nicht der Veröffentlichungspflicht.

## „Militär-industrieller-Komplex“ nach US-Muster

Bis zum Staatsstreich am 27. Mai 1960 zählte das Einkommen der Armeeoffiziere in der Türkei mit zu den niedrigen Gehältern des Staates und gestattete nur einen bescheidenen Lebensstandard. Der Offizierskorps rekrutierte seine Mitglieder gewöhnlich aus der Landbevölkerung und aus den unteren Schichten des Mittelstandes.

Die Lehren des Putsches am 27. Mai 1960 berücksichtigend, — damals spielten die fortschrittlichen Offiziere eine, wenn auch untergeordnete Rolle, hielt man es für angebracht, durch eine grundlegende Aenderung des Besoldungssystems und eine enge Verflechtung der höheren Offiziersränge mit dem Grosskapital die Militärs stärker in das System zu integrieren.

Die herbeigeholten US-Berater tüftelten nach monatelangen Untersuchungen der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Armeeinghörigen einen Entwurf aus. Am 1. April 1961, knapp elf Monate nach dem Putsch am 27. Mai 1960, der die Herrschaftsstrukturen übrigens nicht im Geringsten angetastet hatte, wurde die OYAK gegründet. Das relativ bescheidene Grundkapital in Höhe von 43.900.000,— Türkische Liras wurde durch erstmalige Erhebung der vorgesehenen „Zwangsabgabe“ vom Monatssold der Offiziere zusammengetragen, die bei den Berufs-

offizieren 10 % und bei den Reserveoffizieren 5% betrug.

In der bereits erwähnten Jubiläumsschrift, die anlässlich des 15. Gründungstages der OYAK 1976 herausgegeben wurde, wird diese ganz besondere „Interessengemeinschaft“ folgendermassen gerechtfertigt:

„... Die soziale Sicherheit der Nationen zählt heute zu den verfassungsmässig verbrieften Garantien. Auch im Grundgesetz der Republik Türkei wird die soziale Sicherheit der Nationen mit der Feststellung verankert: „Jeder hat ein Recht auf soziale Sicherheit.“ Um dieses Recht zu verwirklichen, ist der Staat beauftragt, Sozialversicherung und soziale Hilfsinstitutionen zu gründen und ihre Gründung zu veranlassen... Es versteht sich von selbst, dass auch Institutionen mit der Aufgabe gegründet werden, zusätzliche soziale Sicherheit zu schaffen, wenn durch die vorhandenen Institutionen der Sozialen Sicherheit diese nicht gewährleistet worden ist.“ (OYAK, 15. Yil, Ankara, 1976, S. 3)

## Grosskonzern als „Stiftung“

Die aussergewöhnliche Investitions- und Expansionsfreudigkeit der OYAK, die sie innerhalb von einem Jahrzehnt zur zweitgrössten Holdinggesellschaft der Türkei machte, versuchten die Generäle in der Jubiläumsschrift auch mit ihrer „selbstlosen fürsorglichen“ Haltung zu erklären: „Mit anderen Worten bildet diese Gesellschaft OYAK eine Institution der zusätzlichen Sozialen Sicherheit. Die Mitgliedschaft ist den Armeeinghörigen gesetzlich vor-



geschrieben. Um die oben erwähnten sozialen Leistungen und Dienste zu erbringen, ist OYAK gezwungen, einen Teil ihrer internen Fonds für Industrie- und Handelsinvestitionen aufzuwenden. Denn schliesslich ist OYAK verpflichtet, die laut Gesetz übertragenen Verpflichtungen allein durch eigene Mittel zu erfüllen.“ (Ebenda)

Daß OYAK hier einen Sonderstatus als „Institution der Sozialen Sicherheit“ einnimmt, wird deutlich, wenn man die harten Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit berücksichtigt, als der eigentlichen, allgemeinen Sozialversicherungsanstalt des Landes nicht einmal das Recht eingeräumt wurde, Arzneimittel für den eigenen Bedarf zu produzieren: dies ist nach wie vor in- und ausländischen Konzernen vorbehalten.

Kaum verwunderlich ist denn auch, dass bereits in den ersten Jahren nach der Gründung Inhaber und Mitgesellschafter der grössten Konzerne in die Aufsichtsgremien von OYAK gewählt wurden. Diese breiten zu Beginn unübersichtbare Verflechtung der OYAK mit Grosskonzernen – nur notdürftig begründet mit dem Gerede über „gegenseitige Hilfe“ und „zusätzliche soziale Sicherheit“ –

führte zunächst bei den jüngeren Offizieren zu einer ablehnenden Haltung. Doch ihr eher verhaltener Protest verstummte schnell, als die Unbequemeren unter Ihnen mit einer geschickten Personalpolitik „reibunglos“ aus der Armee entfernt wurden und die Einbeziehung der Offiziersräte in die OYAK-Vergünstigungen in rasantem Tempo vorangetrieben wurde.

Der Spiegel vom 13. Oktober 1980: „zählten die meisten führenden Militärs noch bis in die 50'er Jahre zur intellektuellen, reformfreudigen Elite des Landes, so sind sie heute eine hoch-

privilegierte Kaste, neben Grossgrundbesitzern und Industriellen ein Stützpfeiler der Grossbourgeoisie. . .

Die auf Empfehlung amerikanischer Berater gegründete Institution (OYAK) sollte die wirtschaftliche Lage der Offiziere verbessern, ihnen wohl aber auch den revolutionären Schneid abkaufen.“

## „Militarisierung“ der Wirtschaft

Das Gründungsjahr von OYAK, 1961 markierte eine wichtige Etappe im Wirtschaftsleben des Landes. Mit einer Änderung des „Gesetzes über Steuerabgaben“ wurde die Phase der „Holdinggesellschaften“ eingeleitet. Die Änderungen im Steuergesetz eröffneten den grossen Konzernen neue, immense zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten: Die Steuerpflicht wurde bei entsprechender Umformung der Konzerne auf die Muttergesellschaft beschränkt, während die an die Tochter- oder Beteiligungsgesellschaften abgeführten Beträge solange steuerfrei blieben, bis sie als Gewinne an die Muttergesellschaft zurückfliessen. Damit können die steuerlichen Belastungen jahrelang hinausgezögert werden. Für die Holdinggesellschaften hat dies den Vorteil, dass sie laufend „mit billigem Geld“ ihre Transaktionen finanzieren können. Dieses einfache Schema führte zu einem „Holdingboom“, in dem OYAK dank der weitaus günstigeren Ausgangsbedingungen – allem voran ihr Status als gemeinnützige Stiftung – innerhalb einer Rekordzeit zu einer der grössten Holdinggesellschaften des Landes heranwuchs.

Bereits 1969 konnte OYAK gegenüber Investitionen in Höhe von 223 Mio. TL einen Gewinn von 126 Mio. TL aufweisen. Von den Beteiligungsantei-

len, die insgesamt 2.543.261.000,- TL ausmachen, sind mehr als die Hälfte, nämlich 1.618.917.000,- TL in „Gemeinschaftsunternehmen“, mit Beteiligung der internationalen Konzerne angelegt.

Die finanziell verfügbare Masse von OYAK wird heute mit 20 Milliarden TL angegeben. Hatte OYAK 1961 nur 58 hauptamtlich Beschäftigte, lag die Zahl der Angestellten 1976 schon bei 1.000 und die Zahl der Lohnabhängigen in den Beteiligungsgesellschaften von OYAK bereits bei 17000

Die von OYAK als erste in Angriff genommene „Armeemärkte“, in denen nur Armeeingehörige bzw. OYAK-Mitglieder verbilligt einkaufen können, steigerten ihren Umsatz von 14600000,- TL 1963 auf 289600000,- 1975. Nach eigenen Angaben werden den in diesen Märkten über 14.000 verschiedene Artikel vertrieben.

Aus einer Analyse der Zahlen- und Umsatzentwicklung dieser Märkte geht auch hervor, dass die Zuwachsraten immer in den Jahren besonders hoch waren, in denen in mehreren Provinzen des Landes Kriegsrecht verhängt wurde! Bezeichnend auch, dass die ersten Filialen von Gesellschaften aus der Türkei, die nach der Zypern-Invasion auf dem besetzten Teil der Insel ihre Tätigkeit aufnahmen, Filialen der OYAK-Gesellschaften waren.

## „Vom Armeebasar“ zum Mischkonzern

Heute verfügt OYAK über zahlreiche Beteiligungsgesellschaften, vor allem in den Industriebereichen wie Kraftfahrzeug- und petrochemische Industrie. Die wichtigsten Schwerpunkte der OYAK-Beteiligungen sind (mit OYAK Anteil in v.H.):



Außerordentliche Versammlung der OYAK im August 1978: Heutiger Premierminister B. Ulusu (1. Reihe, Mitte) und der berühmte Folter-General a.D. Ali Elverdi (letzte Reihe, Mitte, voller Begeisterung)



Zementherstellung	30-49%
Nahrungsmittelindustrie	58,6%
Petrochemische Industrie	3-10%
Kraftfahrzeug-Industrie	77,26%
Agrarpharma-Industrie	44,8%
Versicherungswesen	66%

OYAK-Anteile in den wichtigsten Firmen der Kraftfahrzeug-Industrie betragen nach eigenen Angaben:

OYAK-Renault (Bursa)	42 %
MAIS-Regie Renault (Istanbul)	99,9%
TOE mit IHC (Istanbul)	86,9%
MAT mit IHC (Istanbul)	77,26%
Goodyear TAS	23%

Allein diese Verflechtungen der OYAK in der auch für andere Bereiche beispielhaften Kraftfahrzeug-Industrie, zeigen, dass die Kalkulation der internationalen Grosskonzerne in der Gründungsphase von OYAK mittlerweile voll aufgegangen sind: Einbeziehung von hohen Armeeeoffizieren in die Errichtung einer äusserst lukrativen „Montage-Industrie“, wobei die wesentlichen Produktionsanlagen und -Einrichtungen von ihnen oder von ihren Tochtergesellschaften importiert wurden. Durch Beteiligung an diesen Firmen sicherten sich diese Konzerne darüber hinaus ihre Superprofite ab, mit der sie in kürzester Zeit ihre Investitionen als Transfer-Zahlungen zurückerhalten konnten.

OYAK baut durch den immensen Markt, den die Armee und der Offi-

zierskorps bieten, die Vormachtsstellung ständig aus. Denn die von ihr angebotenen Produkte werden auf diesen bereits erschlossenen Markt geworfen, in dem die Kaufentscheidung durch ausgetüftelte Methoden „erleichtert“ wird. Einerseits sind die Offiziere „Teilhaber“ von OYAK, andererseits werden ihnen von der Finanzierungsgesellschaft der OYAK-Holding relativ günstigere Kredite angeboten, damit sie ein von OYAK angebotenes Produkt (neuerdings auch ein Haus) kaufen können.

## NATO-Generäle als Konzernbosse

In den letzten Jahren wurde das Investitionsvolumen in die „Nationale Kriegsindustrie“ immer weiter erhöht. Genaue Zahlen über diesen Bereich wurden bis heute nicht veröffentlicht. Auch die über die mit OYAK weitgehend durch Personalunion eng verbundenen „Förderstiftungen“ für Landes-, Marine- und Luftstreitkräfte mit Milliardenetats wird Stillschweigen bewahrt.

Diese Verflechtung der NATO-Generäle mit dem macht die peinlichen Loblieder auf die Militärjunta in der Türkei verständlicher, wie sie in den letzten Wochen in eigenen Massenmedien immer wieder zu finden sind. So

schreibt Georg v. Huebner im Handelsblatt vom 24.9.1980:

„Man kann ohne Übertreibung davon ausgehen, dass in der Türkei die hohen Militäre pflichtbewusste Staatsdiener des türkischen Volkes im Sinne der Vorstellungen des Staatsbegründers Kemal Atatürk geblieben sind.“

Doch auch grösste Verfälschungen, die im Auftrag des Grosskapitals in die Welt gesetzt werden, können nicht die Tatsache verschleiern, dass OYAK ein schlagender Beweis geworden ist – für eine vom Imperialismus angewandte Methode, in abhängigen Ländern die Streitkräfte zu korrumpieren.

Die Beteiligung der höheren Offiziere an der monopolistischen Ausbeutung war somit durch die eingeleitete Verzahnung der OYAK mit den Vertretern des in- und ausländischen Grosskapitals vollzogen. Mit diesem von den „US-Beratern“ entworfene Modell sollte auch die ökonomische Grundlage für die militärisch-politisch-ideologische Erziehung der Armeegehörigen zur Loyalität gegenüber den herrschenden Klassen geschaffen werden.

## Im nächsten Heft: OYAK-Bosse stellen die Hälfte der Junta-Minister!

### In der Führungsetage: Generäle und Bankiers Arm in Arm

Laut Satzung, die in einem Sondergesetz zur Gründung von OYAK festgelegt wurde, hat OYAK eine Vertreterversammlung – zusammengesetzt aus Armeegehörigen, die von dem Verteidigungsminister sowie den Oberbefehlshabern der Streitkräfte ernannt werden. 20 Mitglieder der 38-köpfigen Generalversammlung werden wieder von dieser Vertreterversammlung gewählt! Zu weiteren Mitgliedern gehören u.a.: „Verteidigungsminister, Finanzminister, Generalstabschef, Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, der Marine und der Luftwaffe; Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer, der Bankenvereinigung und der Börsenvereinigung sowie drei weitere Persönlichkeiten aus dem Privatsektor, die von dem Verteidigungsminister zu ernennen sind.

(Sondergesetz zur Gründung von OYAK vom 1. März 1961, Gesetz Nr. 205, Paragraph 4, Absatz B, im folgenden: Sondergesetz)

Im nächsten Absatz wird die Zusammensetzung des Vorstandes beschrieben, der aus sieben Personen besteht. Drei von ihnen sind Offiziere; sie werden von einem „Wahlausschuss“ aus einem Kreis von Kandidaten gewählt, die ihrerseits vom Verteidigungsminister vorgeschlagen werden. Vier restliche, „zivile“ Vorstandsmitglieder werden aus „Experten in den Bereichen Finanz, Justiz, Banken- und Versicherungswesen“, und wiederum von dem bereits erwähnten Wahlausschuss eingesetzt. Die Zusammensetzung des Wahlausschusses, der fast in jeder Hinsicht das Sagen hat und auch z.B. den Vorstandsvorsitzenden wählt; „Verteidigungsminister, Finanzminister, Vorsitzender des Rechnungshofes, Vorsitzender des Revisionsausschusses, sowie Vorsitzende der Industriekammer- und Handelskammerverbände und der Börsen- und Bankenvereinigungen.“ (Sondergesetz, Paragraph 4, Absatz C)

Über den Aufsichtsrat heisst es im folgenden Absatz: „Der Aufsichtsrat besteht aus drei Personen. Eine von ihnen wird von der General-

versammlung aus der Mitte der vom Verteidigungsminister vorzuschlagenden fünf Kandidaten gewählt. Die dritte Person wählt der Vorstandsvorsitzende der Bankenvereinigung der Türkei“ (Sondergesetz, Paragraph 4, Absatz D).

Allein anhand dieser Aufzählung der Zusammensetzung der Verwaltungsorgane von OYAK, die die Verflechtung mit den Industrie- und Finanzbossen gleich mehrfach absichert, dürften auch letzte Zweifel über die absolute Loyalität der herrschenden Junta-Generäle zum Grosskapital ausgeräumt sein.

Hinzuzufügen bleibt, daß für alle Armeegehörigen die Mitgliedschaft in dieser finanziell und rechtlich autonomen, besonderen Rechtsformen unterworfenen OYAK“ kraft des Sondergesetzes Pflicht ist. Selbst die Reserveoffiziere, die von keinen der zusätzlichen Vergünstigungen und zusätzlichen Sicherheitsleistungen“ der OYAK profitieren können, sind per Gesetz gezwungen, 5% ihres Soldes an OYAK zu spenden, während diese „Spendenquote“ für Berufsoffiziere mit 10 % festgesetzt wurde



Im „Sanierungsprogramm“ des OECD  
die Militärdiktatur mit einkalkuliert

## Zum ökonomischen Hintergrund des Putsches

Im März dieses Jahres, knapp 6 Wochen nach dem Bekanntwerden des „Sanierungsprogramms“ der Demirel-Regierung, schrieben wir in „Türkei-Informationen“:

„Die Maßnahmen der Demirel-Regierung haben nicht nur die Arbeiter und die Angestellten, sondern auch Millionen der Mittelschichten unter das Existenzminimum gedrückt. Kleine und mittlere Unternehmer werden in den Ruin getrieben. Die soziale Basis des Monopolkapitals und seiner Verbündeten bröckelt ab. . . Die Gefahr einer offenen militär-faschistischen Diktatur ist äußerst akut.“

Leider haben die Ereignisse diese Voraussage bestätigt. Der folgende Beitrag versucht, die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten 8 Monaten zu skizzieren und somit einige der Faktoren zu beleuchten, die zu der gegenwärtigen reaktionären Militärdiktatur geführt haben.

Die Tatsache, daß das sogenannte „Sanierungsprogramm“ unserem Land unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgezwungen wurde, ist bekannt. IWF und OECD nutzten die faktische Zahlungsunfähigkeit der Türkei aus, um folgende Bedingungen zu diktieren:

1. Drastische Abwertung und Beseitigung jeglicher Kontrollen über das ausländische Kapital;
2. Beschränkung der staatlichen Investitionen, Einfrieren der Pläne zum Aufbau einer eigenen Schwerindustrie;
3. Einfrieren der Masseneinkommen, insbesondere der Löhne;
4. Starke Preiserhöhungen für Güter des Massenbedarfs sowie für wichtige Grundstoffe der Industrie;
5. Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR.

Nachdem bereits die Ecevit-Regierung im Juni 1979 dem Druck des IWF nachgegeben und eine Abwertung sowie weitreichende Preissteigerungen beschlossen und aufgrund dieser Politik die Wahlen im Oktober 1979 verloren hatte, leitete die Demirel-Regierung am 25. Januar 1980 ihr „Programm zur Sanierung der Wirtschaft“ mit einer neuerlichen Abwertung um 33% ein. Gleichzeitig wurden mit einem Schlag die Preise für praktisch alle Güter und Dienstleistungen verdoppelt. Dieser Schritt reduzierte die Reallöhne, die seit 1977 mindestens um ein Drittel gesunken waren, noch einmal auf die Hälfte. Im selben Atemzug wurde angekündigt, daß sämtliche



Die Armee: Das letzte Mittel gegen die Volksbewegung

das ausländische Kapital aufgehoben worden sind. Demirel und die Großbourgeoisie, die hinter ihm stand, setzten alles auf eine Karte: Um die eigenen Machtpositionen zu erhalten, sollte die Türkei zum unbeschränkten Tummelplatz der internationalen Monopole werden.

### OECD und IWF — Instrumente der Militaristen

Das Vorgehen des IWF gegenüber der Türkei ist ein Paradebeispiel dafür, wie die Interessen der internationalen Monopole unter dem Vorwand der „Entwicklungshilfe“ (hier: „Türkei-Hilfe“) durchgesetzt werden. Offiziell

treten solche Organisationen wie IWF und OECD mit dem Anspruch auf, „unabhängig“ zu sein und bei ihren Entscheidungen sich „allein an den wirtschaftlichen Sachzwängen zu orientieren“. Doch tatsächlich sind sie Zwischenglieder einer Kette, die das Ausscheren der rückständigen Länder aus dem Herrschaftsbereich der internationalen Konzerne verhindern. Diese eigentliche Funktion von IWF und OECD kommt z.B. in den folgenden Worten des bundesdeutschen NATO-Botschafters Dr. Rolf Friedemann Pauls zum Ausdruck:

„Für diese gemeinsame Politik“ (gemeint ist die Politik der NATO) müssen wir im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich die Instrumente, die uns zur Verfügung stehen — OECD,



EWG, IWF – sinnvoll verwenden.“ (Rede bei der XVII. Internationalen Wehrkunde-Begegnung in München. In: Europäische Wehrkunde, Nr. 4, 1980, S. 172)

Damit gibt der Herr Botschafter unumwunden zu, daß OECD, IWF und EWG Instrumente der NATO-Politik sind.

Betrachten wir nun, wie diese Instrumente in der Türkei eingesetzt wurden und was die Konsequenzen dieses Einsatzes war.

Am 1. Juli wurden im Rahmen des vom IWF diktierten „Sanierungsprogramms“ die Zinssätze für Bankkredite und Guthaben, „freigelassen“. Die Freigabe dieser Zinssätze, die in der Türkei seit über 50 Jahren staatlich kontrolliert wurden, hat dazu geführt, daß sie sich innerhalb weniger Tage mehr als verdoppelten und einen effektiven Zinssatz von nahezu 50% erreichten. Diese Maßnahme der Regierung wurde ausdrücklich mit den Forderungen des IWF begründet.

Die plötzliche Zinssteigerung hat die Unternehmer, die auf Bankkredite angewiesen sind, in eine äußerst schwere Lage gebracht. Lediglich die großen Monopolgruppen, die über eigene Banken verfügen, begrüßten diesen Schritt als einen Beweis für die „ausgeprägte marktwirtschaftliche Orientierung der Regierung“.

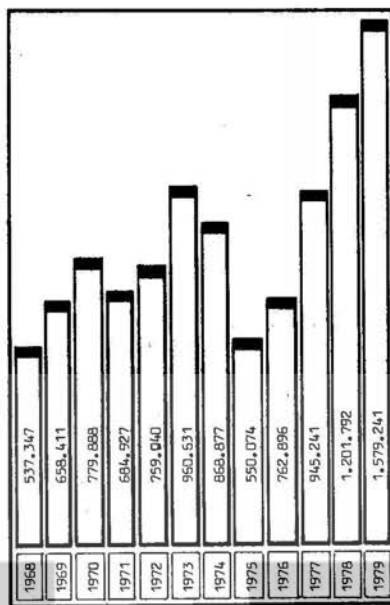
Bereits innerhalb weniger Wochen begannen die nicht-monopolistischen Unternehmer ihren zunächst hinter verschlossenen Türen vorgetragenen Unmut öffentlich zu bekunden. In den Unternehmerverbänden, die bis dahin die Demirel-Regierung einstimmig unterstützt hatten, kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen.

## „Die Kleinen werden vernichtet“

Am 22.8.80 wurde auf einer Sitzung der Vollversammlung der Industriekammer von Istanbul, an der auch Turgut Özal teilnahm, das „Sanierungsprogramm“ des IWF und der Demirel-Regierung heftig kritisiert. Ein Unternehmer sagte unter anderem:

„Die letzten Maßnahmen führen dazu, daß die Großunternehmer noch größer werden und die Kleinen vernichtet werden. Die Inlandsnachfrage geht zurück und die Produktion nimmt ab . . . Parallel zur Drosselung in der Wirtschaft tendieren auch die Betriebe zu Entlassungen . . . Fabriken werden stillgelegt und es zeichnet sich eine Hinwendung zu Handwerksbetrieben ab“.

Ein anderer Unternehmer kritisierte die Geld- und Zinspolitik: „Die Kartellbildung der Banken wurde toleriert. Die Tatsache, daß viele Banken von jeweils einer einzigen Familie kontrolliert werden, wird absichtlich igno-



Zahl der protestierten Wechsel in den Jahren 1968-79. Die starke Zunahme seit 1976 spiegelt den Ruin der kleinen und mittleren Unternehmer unter dem Druck des Monopolkapitals wider (Quelle: İktisadi Rapor 1979, Türkiye Odalar Birliği).

riert. Die privaten Banken dürfen die Kreditmöglichkeiten der Zentralbank unbeschränkt in Anspruch nehmen. Es werden keine neuen Banken zugelassen. Auf diese Weise sahen die bereits bestehenden Banken ab. Die Wertpapierhändler werden gesetzlich abgesichert. Zusammen mit den letzten Maßnahmen bedeutet dieses System den Tod der mittleren und kleineren Unternehmer.“ (Milliyet, 23.8.80)

Diese Äußerungen einzelner Unternehmer auf der Vollversammlung der Industriekammer von Istanbul bestätigen unsere Einschätzung des sogenannten „Sanierungsprogramms“: Unter der Losung „Es lebe die freie Marktwirtschaft!“ werden die staatlichen Eingriffe beseitigt, die bisher die mittleren und kleineren Unternehmer vor der Übermacht der in- und ausländischen Monopole geschützt haben. Auf diese Weise wird, wie der Wirtschaftskommentator der rechtsliberalen „Milliyet“ Tuncay Artun am 3.7.80 schrieb, im Endergebnis die staatliche Kontrolle durch die Kontrolle von 3-5 Großbanken ersetzt. Die Abschaffung des Systems der staatlichen Regulierung führt nicht etwa zu einem System der „freien Konkurrenz“, wie uns die Bilderbuch-Ökonomen von Handelsblatt und Capital weismachen wollen, sondern unmittelbar zur Herrschaft einiger großer Monopolgruppen, die alle eng mit internationalen Konzernen liiert sind.

## Abwertungen erhöhen den Schuldenberg

Die Istanbul-Industriellen waren nicht die einzigen, deren Existenz durch die von IWF angeordneten und der Demirel-Regierung durchgeführten

Roßkur bedroht wurde. Auch die mittelständischen Industriebetriebe in Anatolien, die insbesondere in den letzten zehn Jahren entstanden sind, stehen nach eigenen Angaben wegen der ständigen Abwertungen der türkischen Währung unmittelbar vor dem Bankrott.

Bekanntlich sind die fortlaufenden Abwertungen, die der IWF als eine der wichtigsten Bedingungen für neue Kredite bezeichnet, ein wesentliches Element des „Sanierungsprogramms“. Begründet werden sie mit der Behauptung, daß die Abwertung angeblich die beste Medizin gegen die chronischen Importüberschüsse (d.h. Handelsbilanzdefizite) sei. Die Tatsache, daß die Importüberschüsse seit Jahrzehnten trotz drastischer Abwertungen ständig zugenommen haben, kümmert die Sprachrohre des IWF wenig. Denn das eigentliche Ziel der Verfechter dieser Politik ist die weitere Öffnung der türkischen Wirtschaft für das ausländische Kapital. Die Abwertung der Landeswährung soll den Ausverkauf an die multinationalen Konzerne vorantreiben und den ohnehin schweren Stand des nationalen Kapitals gegenüber den in- und ausländischen Monopolen endgültig unterminieren. Wie dies erfolgt, möchten wir kurz schildern, wobei wir uns auf die Angaben der Industriekammer von Exkisehir (ein wichtiges mittelanatolisches Industriezentrum) stützen.

## Entwicklungshilfe als Instrument der Militaristen

Da in der Türkei die Produktion von Maschinen und Anlagen noch in Kinderschuhen steckt, erfordern alle größeren Investitionen (insbesondere in der Industrie) beträchtliche Devisensummen. Die großen Monopole sind durch ihre internationalen Verbindungen in der Lage, die benötigten Devisenkredite auf eigene Faust und zu günstigen Bedingungen zu beschaffen. Die mittleren und kleineren Firmen jedoch können die notwendigen Devisenkredite nur über eine Spezialbank in Istanbul erhalten. Diese Bank (die Bank für Industrie und Entwicklung) wird von den in- und ausländischen Großbanken kontrolliert, arbeitet eng mit AID (die US-amerikanische „Agency for International Development“, deren Beziehungen zum CIA seit Jahren bekannt sind) zusammen und fungiert als zentrale Verteilungsstelle aller Devisenkredite, die unter der Bezeichnung „westliche Entwicklungshilfe“ in die Türkei fließen.

Doch in den Kreditverträgen gibt es eine Klausel, wonach die Höhe der Schulden nach dem jeweils geltenden Devisenkurs berechnet wird. Das heißt, die Schulden (gemessen in türkischer Währung) nehmen bei jeder Abwertung proportional zum steigenden De-



visenpreis zu! Aufgrund dieser Regelung haben sich die Verbindlichkeiten vieler Firmen gegenüber dieser Bank 3-4fach erhöht, obwohl sie seit Jahren die fälligen Tilgungen und Zinsen bezahlt haben! Insbesondere die drastische Abwertung am 25.1.80 hat 200 anatolische Unternehmen praktisch zahlungsunfähig gemacht. Denn das Äquivalent ihrer Schulden in türkischer Währung hat sich mit einem Schlag mehrfach erhöht, so daß eine Tilgung nicht mehr möglich ist.

So hat man mit Hilfe sogenannter Entwicklungshilfe und den anschließend erzwungenen Abwertungen diese Unternehmer vor die Wahl gestellt: Entweder müssen sie pleite machen, oder aber müssen sie sich ihren Gläubigern (d.h. dem ausländischen Kapital, vertreten durch die genannte Spezialbank) bedingungslos unterwerfen.

Die politischen Konsequenzen dieser Situation liegen auf der Hand: Die Demirel-Regierung geriet weiter in die Isolation und anti-monopolistische Tendenzen fanden eine weitere Verbreitung. Diese Tatsache stellt selbst die Frankfurter Allgemeine fest. Bei einem Versuch, „die wirtschaftliche Misere in der Türkei“ im Sinne des Großkapitals zu deuten, berichtet sie von dem „unverhohlenen Haß auf ausländische Investoren und Bestrebungen selbst der Behörden, sie auf alle erdenkliche Weise zu schröpfen...“ (FAZ vom 13.9.1980).

Natürlich macht die FAZ keine Anstalten, die Ursachen dieses Hasses zu untersuchen oder gar zu erklären. Sie faselt von der „tiefsitzenden Abneigung Asiens gegenüber der europä-

ischen Überfremdung“ (R. Held am 13.9.80) und beklagt – man höre und staune – den „Konservatismus“ der anatolischen Bevölkerung. Ausgerechnet die FAZ! Offenbar sind diese Herren so sehr auf die Interessen des Großkapitals fixiert, daß sie die verheerenden Folgen des Eindringens von ausländischem Kapital für die Masse der Bevölkerung in der Türkei überhaupt nicht mehr wahrnehmen können. Auf jeden Fall soll den Lesern weisgemacht werden, daß der Widerstand gegen den Ausverkauf der nationalen Monopole nur das Ergebnis „kommunistischer Hetze“ oder „irrationaler asiatischer Emotionen“ sein kann.

Verheerende Folgen hatte und hat das „Sanierungsprogramm“ für die Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten sowie aller anderen Schichten mit niedrigem Einkommen, wie z.B. die städtischen Kleinproduzenten und die Intelligenz. Nicht ohne Grund wurde und wird es vom Volk als „Hungerprogramm“ bezeichnet.

## Verheerende Folgen für die Werktätigen

Wir erwähnten bereits den Effekt der Preiserhöhungen am 25. Januar dieses Jahres. Doch diese Preiserhöhungen bildeten nur den Anfang. Die gleichzeitig beschlossene Abwertung um 33% heizte die Inflationsrate, die ohnehin schon jährlich 100% erreicht hatte, weiter an. Denn fast alle Erzeugnisse (einschließlich der landwirtschaftlichen) sind in der Türkei auf die eine

oder andere Weise von importierten Vorprodukten abhängig, die mit jeder Abwertung teurer werden.

Das Ergebnis: Im Oktober (also nach dem Putsch) stellte der rechts-stehende Gewerkschaftsdachverband TÜRK-İS, dessen fortschrittliche Mitglieds-gewerkschaften verboten worden sind, in einer Untersuchung fest, daß die Verbraucherpreise zwischen März 1979 und Juni 1980 in den elf wichtigsten Städten um 174,8% gestiegen sind (Cumhuriyet, 24.10.80).

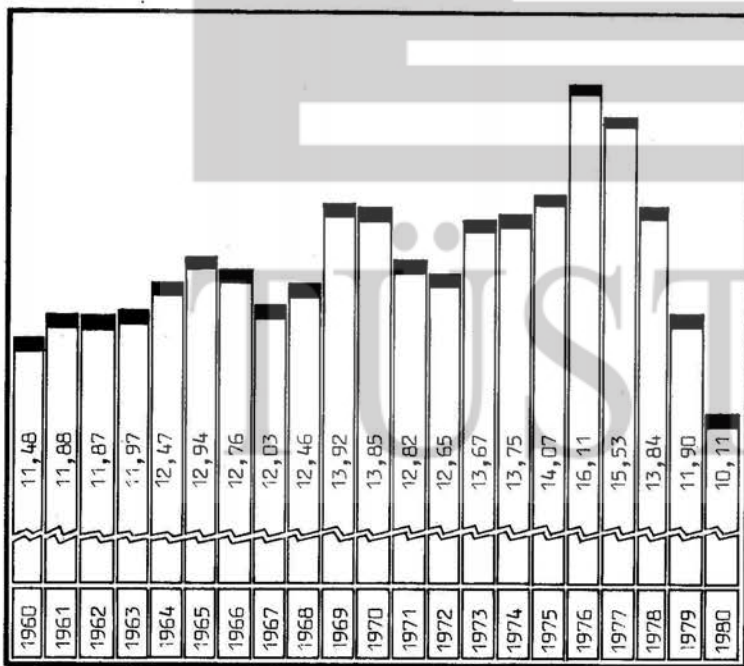
Was das für die Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger bedeutet, wollen wir mit einigen Zahlen verdeutlichen. Der gesetzliche Mindestlohn beträgt heute in der Türkei 5400 türkische Lira (TL) brutto. Nach Abzug der Steuern erhält ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern monatlich netto 3200 türkische Lira. Demgegenüber kostet ein kg Fleisch 400-500, ein kg Margarine 110, ein kg Reis 110-120 und die Miete für eine armselige „Mietwohnung“ mindestens 3000 türkische Lira.

Oder, anders ausgedrückt: Die 3200 türkische Lira pro Monat reichen nicht einmal dazu, 30 kg Reis zu kaufen. Das heißt, wenn der Arbeiter seine Familie nur mit Reis ernähren wollte und sonst *keinerlei* Ausgaben hätte, selbst dann würde dieses Einkommen nicht reichen. Es sei betont, daß Millionen von Beschäftigten insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft, in der Textilindustrie, in der Bekleidungsindustrie lediglich diesen Mindestlohn erhalten.

Ein Metallarbeiter in einem Großbetrieb, der in der kämpferischen Metallarbeitergewerkschaft Maden-İs organisiert ist, verdiente im Februar 1980 9026 türkische Lira netto. Stellt man in Rechnung, daß in der Türkei Arbeiterfamilien im Durchschnitt 3-4 Kinder haben, sieht man sofort, daß mit diesem Einkommen nicht einmal die notwendigsten Ausgaben bestritten werden können.

## Widerstand gegen das „Hungerprogramm“

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß parallel mit der Verwirklichung dieses „Hungerprogramms“ die Opposition gegen die Demirel-Regierung trotz Terror und Kriegsrecht von Tag zu Tag stärker wurde. Diese Tatsache manifestierte sich z.B. Ende Juli in dem landesweiten Generalstreik als „Ausdruck des Protests gegen die Ermordung des angesehenen Gewerkschaftsführers Kemal Türkler (siehe Türkei-Informationen von September/Oktober 1980), an dem über eine Million Arbeiter und Angestellte teilnahmen. Auch das Mißtrauensvotum, mit dem der Außenminister der Demirel-Regierung gestürzt wurde, muß im Zusammenhang



Die Entwicklung der Reallohne im privaten Sektor in den letzten 20 Jahren (die Angaben für 1980 sind lediglich eine grobe Schätzung), berechnet nach offiziellen Statistiken (veröffentlicht von SSK und DIE). Diese offiziellen Statistiken spiegeln die Inflationsrate nur sehr ungenügend wider: z.B. sind die

enormen Mietsteigerungen im Verbraucherindex nicht berücksichtigt. Trotzdem kann man erkennen, daß die Reallohne seit 1976 weit unterhalb des Niveaus von 1960 gefallen sind. Deutlich sichtbar ist auch die Abnahme der Reallohne nach der Intervention der Armee im Jahre 1971.



mit der wachsenden Isolierung der Demirel-Regierung selbst von den eigenen Wählern gesehen werden.

## Diktatur im Dienste der Monopole

Der Putsch der reaktionären Generäle erfolgte als Antwort auf diese Situation, wo der wachsende Widerstand der Bevölkerung die Fortsetzung der Herrschaft von in- und ausländischen Monopolen mit parlamentarischen Mitteln nicht mehr erlaubte. Das heißt, der Putsch richtete sich nicht so sehr gegen die Demirel-Regierung, sondern gegen die Opposition. Diese Tatsache wird auch von den Befürwortern des Putsches in der Bundesrepublik zugegeben. So schrieb „die Welt“ unter der irreführenden Überschrift „Diktatoren wider Willen“ am 13.9.80:

„Es ist kein Zufall, daß die ranghöchsten Offiziere ausgerechnet jetzt eingegriffen haben. Die Ereignisse der letzten Tage haben das Faß zum Überlaufen gebracht. Fanatische Politiker brachten den Außenminister Erkmén zum Sturz und stellten hiermit die prowestliche Politik der Minderheitsregierung Demirel in Frage. Der nächste Schritt wäre der Sturz Demirels gewesen – das hatten der Sozialdemokrat Ecevit und der Islamist Erbakan bereits angekündigt.“

Die Fortsetzung der Politik der gestürzten Regierung unter Ausschaltung jeglicher Opposition kommt auch in der Ernennung von Turgut Özal zum stellvertretenden Ministerpräsidenten zum Ausdruck. Wie der britische „Guardian“ am 22.9.80 berichtet, verfügt er über „unbeschränkte Kontrolle bezüglich der Wirtschaftspolitik“. Die gleiche Zeitung weist darauf hin, daß alle anderen Mitglieder der Junta-Regierung sich verpflichten mußten, keinerlei Einwände gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen von Turgut Özal geltend zu machen.

## Auch das Sanierungsprogramm bietet keinen Ausweg

Das Handelsblatt schreibt dazu am 29.9.80: „Der stellvertretende Ministerpräsident in dem zivilen (!) Kabinett der Militärregierung, Turgut Özal, bekräftigte indessen auf dem Weg zum Jahrestreffen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in New York, daß der wirtschaftspolitische Kurs des gestürzten Regierungschefs Süleyman Demirel fortgesetzt werden solle. Özal, bis zum Putsch am 12. September Staatssekretär, gilt als ‚Architekt‘ der von Demirel eingeleiteten wirtschaftlichen Gesundheitspolitik (!).“

Wie sind die Erfolgsaussichten dieser Politik? Kann man erwarten, daß dieses „Hungerprogramm“ zu einer Lösung der wirtschaftlichen Probleme

führt, wenn auch zu einer solchen im Interesse der Monopole? Können die IWF Strategen und die Putschisten damit rechnen, daß nach einer Durststrecke von 2-3 Jahren die gegenwärtige wirtschaftliche Krise überwunden wird und die „Stabilisierung der Türkei als die wichtigste Bastion der NATO im Nahen Osten“ gelingt? Die Antwort lautet klipp und klar: Nein.

Eine eingehende Begründung dieser Prognose wollen wir in unseren nächsten Heften versuchen. Bis dahin müssen wir uns mit einigen wenigen Hinweisen begnügen.

## Trotz Milliarden-„Hilfe“ keine Perspektive

Schauen wir uns die offiziellen Statistiken an. Die wichtigste einzelne Maßnahme des um den Preis eines Militärputsches eingeleiteten Sanierungsprogramms war die drastische Abwertung im Januar 1980, die angeblich zur Beseitigung der Importüberschüsse dienen sollte. Die kürzlich publizierten Daten über die Entwicklung des Außenhandels in den ersten 8 Monaten von 1980 beweisen, daß genau das Gegenteil eingetreten ist: Die Importüberschüsse haben nicht abgenommen, sie sind, im Vergleich mit der gleichen Periode des Vorjahres um mehr als 35% gestiegen! (Is Bülténi, 1980 Temmuz-Agustos, S. 30) Mit anderen Worten: Die Putschisten werden auch in den nächsten Jahren mehrere Milliarden Dollar „Hilfe“ benötigen, um das Notwendigste einführen zu können.

Die Produktion fast aller Industrieprodukte ist 1980 erheblich zurückgegangen. Nach einer im Oktober vorgenommenen Schätzung des Staatlichen Instituts für Statistik in Ankara wird das Bruttosozialprodukt der Türkei in diesem Jahr (zum ersten Mal seit 1954) abnehmen, und zwar um 2,2%. Wenn man noch das jährliche Bevölkerungswachstum von 2,5% in Rechnung stellt, kann man erkennen, daß die Prokopfeinkommen spürbar fallen werden.

Es gibt Anzeichen dafür, daß im engen Kreis auch die Putschisten ihre trostlose Lage zugeben. So erklärte der oberste Wirtschaftsboss der Junta, Turgut Özal, in einer Ansprache vor der Staatlichen Planungsorganisation in Ankara anläßlich des 20. Gründungstags dieser Organisation, daß „mindestens 4 bis 5 Jahre vergehen müssen, bis die Auswirkungen seiner Maßnahmen sichtbar werden.“ (Middle East Economic Digest, 26.9.80, S. 43)

Entsprechend schlecht sind die Chancen für die Lösung der immensen sozialen Probleme und für eine politische Stabilisierung des Regimes.

## Mandel übersetzt 7½ Jahre Zuchthaus

Sadi Ozansu, der 1977 ein Buch von Ernest Mandel („Einführung in den Marxismus“) ins Türkische übersetzt hatte, wurde jetzt von dem Militärgericht in Istanbul wegen dieser Übersetzung zu 7,5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß S. Ozansu mit diesem Buch „kommunistische Propaganda“ (§ 142 des türkischen Strafgesetzbuches) betrieben hat. (Milliyet, 16.10.80)

## Kinder und Frauen als Geisel

Bereits wenige Stunden nach dem Staatsstreich forderten die Putschisten tausende von Gewerkschaftsfunktionären und Vertrauensleuten auf, sich den „Sicherheitskräften“ zu stellen. Es setzte eine breite Verhaftungswelle ein. Bei ihren Razzien nehmen die Polizisten anstelle derjenigen, die sie nicht finden können, oft deren Familienangehörige als Geisel mit.

– In Istanbul wurde an Stelle eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes der Glasfabrik von Pasabahce dessen zwei Monate altes Kind verschleppt, das dann im Gefängnis erkrankte und starb.

– Nach mündlichen Berichten aus Istanbul hat die Polizei an Stelle des Vorsitzenden von Maden-Is, Mehmet Karaca, den sie nicht finden konnte, dessen Frau festgenommen.

## Pershing II

Der WDR meldete am 14.10.1980: Militärexperten in London sprachen von der Notwendigkeit, die türkischen Streitkräfte mit nuklearen Waffen auszurüsten. Erwogen wird die Stationierung von Pershing II-Mittelstreckenraketen; außerdem ist eine Ausrüstung der Türkei mit britischen U-Boot-Raketen mit atomaren Sprengköpfen im Gespräch.



## Klaus Thüsing: Ereignisse bestätigen unsere Befürchtungen

**TÜRKEI-INFORMATIONEN** – Herr Thüsing, zunächst herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wiederwahl; haben sich die Arbeitsbedingungen des fortschrittlichen Flügels der SPD-Bundestagsfraktion mit der Wahl verbessert?

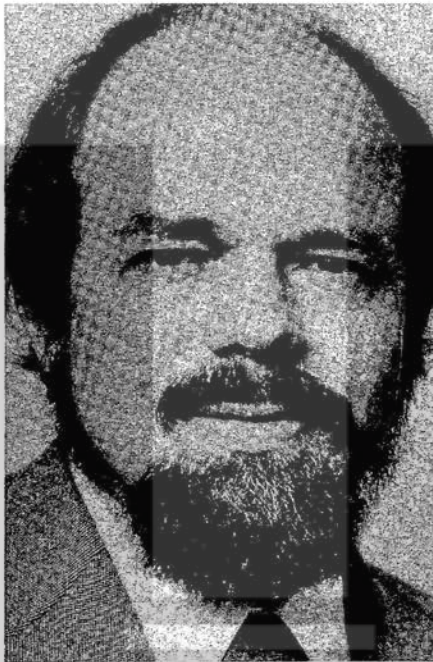
Klaus Thüsing – Die Bedingungen und Arbeitsbedingungen des linken Flügels der SPD-Bundestagsfraktion haben sich insofern verbessert, als wir erstens Konsequenzen aus den Erfahrungen der letzten Jahre gezogen haben und unsere Arbeit besser organisieren werden, auch durch eine neue Struktur unserer Mitarbeiter; zum zweiten gibt es einige neue linke Abgeordnete, auf die wir Hoffnungen setzen.

**TÜRKEI-INFORMATIONEN** – Sie gehören zu denjenigen, die vor den Folgen der „Türkei-Hilfe“ auch im Parlament gewarnt haben. Wie beurteilen Sie nun diese „Hilfe“ rückblickend?

Klaus Thüsing – Unsere grundsätzliche Skepsis gegenüber der sogenannten Türkei-Hilfe der Bundesrepublik hat sich durch den Militärputsch nachdrücklich bestätigt. Faktisch gibt jetzt die Türkei-Hilfe den Militärs die wirtschaftliche und auch militärisch-machtpolitische Basis, um regieren zu können. So hat sich die Absicht der Türkei-Hilfe, wie sie offiziell proklamiert wurde, nämlich als Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie in der Türkei, in ihr genaues Gegenteil verwandelt.

**TÜRKEI-INFORMATIONEN** – Es liegt auf der Hand, daß die Junta auch den Druck auf die Demokraten im Ausland zu verstärken versuchen wird. Sehen Sie da konkrete Solidarisierungsmöglichkeiten?

Klaus Thüsing – Den neuen Machthabern in der Türkei wird die politische Betätigung der türkischen Kollegen in der Bundesrepublik nicht gleichgültig sein. Demokratische Türken werden stärkeren Repressionen und Diskriminierungen ausgesetzt sein. Hier gilt es, deutlich zu machen, daß wir an der Seite der demokratischen türkischen Kollegen stehen, ihnen bei ihren vielfältigen praktischen Problemen – vor allem sozialer Art – helfen und ihnen deutlich machen, daß sie solange sie es wollen hier in der Bundesrepublik leben und arbeiten können, also keine Furcht vor den neuen Machthabern zu haben brauchen.



**KLAUS THÜSING**, SPD-Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Paderborn, ist in den letzten Jahren vor allem durch sein Engagement in der Friedensbewegung, gegen die Berufsverbote und neofaschistischen Tendenzen („Graue Wölfe“) sowie als Vorstandsmitglied der Freundesgesellschaft BRD-Kuba als engagierter Demokrat hervorgetreten. 1940 in Balve (Sauerland) geboren, studierte er nach Ableistung seines Wehrdienstes zunächst Pädagogik an der PH Erlangen; danach Sozialwissenschaften und Geschichte an den Universitäten Erlangen, Konstanz und Jerusalem. Nach seinem Diplomexamen arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der PH Duisburg und Paderborn. Mitglied der CDU bis 1969, ist er 1971 in die SPD eingetreten und wurde Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik der SPD-NRW sowie Mitglied in der Kommission für Bildungspolitik beim SPD-Parteivorstand. Mitglied der GEW, der Arbeiterwohlfahrt.

Seit dem 9.5.1977 im Bundestag, wurde er über die Landesliste NRW erneut in den Bundestag gewählt. Das Gespräch wurde Ende Oktober in Bonn geführt.

**TÜRKEI-INFORMATIONEN** – Dies hätte zur Folge, daß die Ausländerpolitik, auch gegenüber Kollegen aus der Türkei, andere Formen und Inhalte annehmen müßte.

Klaus Thüsing – Die bisherigen gesetzlichen Grundlagen und auch die finanziellen Mittel für soziale Integration der türkischen Arbeitnehmer, ihrer Kinder und ihrer Familien in der Bundesrepublik reichen nicht aus. Insbesondere muß, um das Leben der türkischen Mitbürger in der Bundesrepublik langfristig zu sichern, das schulische und Berufsbildungsangebot für türkische Jugendliche entscheidend verbessert werden und die unerträgliche Wohnsituation vieler Türken in der Bundesrepublik beseitigt werden.

**TÜRKEI-INFORMATIONEN** – Welche Möglichkeiten hat die Bundesrepublik auf die Militärdiktatur zu reagieren, zumal die Junta auf die Unterstützung durch die Bundesrepublik besonders angewiesen ist?

Klaus Thüsing – Die Reaktion der Bundesrepublik müßte in dem bestehen, was auch schon bei der Verabschiedung der sogenannten Türkei-Hilfe gefordert wurde: Hilfen, also wirtschaftliche Hilfen, sollten nur für konkreten demokratischen Fortschritt gewährt werden. Es ist unerträglich, daß wir den türkischen Militärs durch pauschale Zahlungen dabei helfen, ihren Haushalt zu sanieren.

**TÜRKEI-INFORMATIONEN** – Sie haben bei verschiedenen Anlässen Forderungen nach Freilassung politischer Gefangenen in der Türkei, freier gewerkschaftlicher Betätigung und Beendigung der Folterungen gestellt. Was sagen Sie angesichts der systematischen Unterdrückung des kurdischen Volkes?

Klaus Thüsing – Eine der erwähnten Forderungen müßte auch sein, daß die Repressionen gegenüber dem kurdischen Volk beendet werden. Die kurdische Frage sollte auch vor den europäischen Gremien und vor den UNO-Gremien behandelt werden, um die langwährende Unterdrückung des kurdischen Volkes in Türkei-Kurdistan zu beenden.

**TÜRKEI-INFORMATIONEN** – Die Kollegen aus der Türkei sind in beson-



derem Maße beunruhigt über die Umtriebe der „Grauen Wölfe“. Gibt es – aufgrund der letzten konkreten Beweise über die Anwesenheit von MHP-Mördern in der Bundesrepublik – eine Wende in der bisherigen Duldungspolitik gegenüber türkischen Faschisten?

Klaus Thüsing – Bisher gibt es keine konkreten Hinweise darauf, daß die Duldungspolitik gegenüber türkischen Faschisten in der Bundesrepublik beendet würde. Im Gegenteil hat es bedenkliche Persilscheine, beispielsweise vom niedersächsischen Verfassungsschutz, für die „Grauen Wölfe“ gegeben. Die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik und auch die Linke innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion werden aber nicht ruhen, bis diese Duldungspolitik beendet wird und ein Verbot der „Grauen Wölfe“, ihrer Tarnorganisationen und Tarninstitutionen ausgesprochen wird.

**TÜRKEI-INFORMATIONEN** – Vor allem die letzte Bundestagswahl hat den rechtsradikalen, neofaschistischen Kräften einen Auftrieb gegeben. Was war, Ihrer Meinung nach, die Ursache für diese Entwicklung?

Klaus Thüsing – Es ist eine geschichtlich bekannte Tatsache, daß gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Sündenböcke für Schwierigkeiten und Probleme gesucht werden. Eine unterdrückte und diskriminierte Gruppe wie die türkischen Bürger in der Bundesrepublik eignet sich besonders gut als Sündenbock und angebliche Ursache allen Übels. Während die wahren Ursachen für wirtschaftliche Schwierigkeiten bewußt verschwiegen werden, nutzen rechte Kräfte vorhandene Ressentiments, Vorurteile, und auch Unaufgeklärtheit in der Bevölkerung, um Ausländerhaß zu schüren und ihre politischen Ziele durch Gewinnung einer Massenbasis voranzubringen.

**TÜRKEI-INFORMATIONEN** – Und wie könnte dieser offensichtlich nicht mehr latenten Ausländerfeindlichkeit begegnet werden?

Klaus Thüsing – Nur eine bessere Ausländerpolitik in der Bundesrepublik kann den rechten Kräften die Basis für ihre ausländerfeindliche Agitation entziehen. Ich erinnere noch einmal an die Verbesserung der sozialen und schulischen Situation der Türken und anderer Ausländergruppen in der Bundesrepublik. Zu fordern ist auch politische Teilhabe der ausländischen Mitbürger – mindestens im Rahmen eines kommunalen Wahlrechts sowie erweiterte Möglichkeiten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Daneben ist die Bemühung um unablässige Aufklärung und Information der Bevölkerung unerlässlich.

**TÜRKEI-INFORMATIONEN** – Herr Thüsing, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

## „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“



Pressekonzferenz in Bonn: M. Höhn, K.-H. Stommel, K. Thüsing (v.l.n.r.)

Eine bundesweite Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“, in der Betriebsrat Peter Heinrich, Pfarrer Michael Höhn, Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkort, Betriebsratsvorsitzender Karl-Heinz Stommel und Bundestagsabgeordneter Klaus Thüsing zusammenarbeiten, hat auf einer Pressekonferenz am 12. November 1980 in Bonn einen Aufruf vorgelegt, indem Sorgen über die Entwicklung in der Türkei, aber auch „aus Sorge über die Lage unserer Mitbürger aus diesem Land“ an alle demokratischen Organisationen und Persönlichkeiten in der Bundesrepublik appelliert wird, „selbst für die Solidarität mit den Demokraten aus der Türkei aktiv zu werden.“

In dem Aufruf, dessen Wortlaut wir in diesem Heft veröffentlichen, wird darauf hingewiesen, daß die Verfolgung der Demokraten in der Türkei seit dem Militärputsch dramatisch verschärft worden ist.

Auf der Pressekonferenz teilten die Initiatoren mit, daß als weitere Aktivitäten erwogen werde, eine Delegation in die Türkei zu schicken; Mitte Dezember soll eine Solidaritätskonferenz

durchgeführt werden; für Ende Januar sei ein zentrale Demonstration vorgesehen.

Die Initiatoren setzten sich ausdrücklich für die sofortige Aufhebung aller antidemokratischen Maßnahmen in der Türkei ein und appellierten an die Bundesregierung, jegliche wirtschaftliche und militärische Leistung an die Junta sofort einzustellen. Auf der Pressekonferenz gefordert wurde u.a. sofortige Aufklärung über die in der Bundesrepublik untergetauchten „Grauen Wölfe“ – unter ihnen mehrere bereits rechtskräftig verurteilte und steckbrieflich gesuchten Mörder –, deren Aufenthaltsorte in den letzten Tagen auch in der türkischsprachigen Presse bekanntgegeben wurden.

Die Initiative, der sich in der Zwischenzeit eine Reihe weiterer Persönlichkeiten aus der demokratischen Öffentlichkeit angeschlossen haben, ist auch an alle demokratischen Organisationen der Arbeiter aus der Türkei in der Bundesrepublik herangetreten, um mit ihnen die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zu erörtern.

Zu den Erstunterzeichnern gehören u.a.:

Die Bundestagsabgeordneten E. Meinicke und W.-M. Catenhusen;

die Betriebsräte H. Lukrawka, H. Özen und Y. Ayna;

die Wissenschaftler Prof. D. F. Deppe, Prof. Dr. W. Fabian, Prof. Dr. G. Kade, Prof. Dr. R. Kühnl, Prof. Dr. G. Stuby, Dr. J. Meyer-Ingwersen, Dr. R. Neumann;

die Pfarrer S.-P. Gerlach, D. Lüderwaldt;

die Gewerkschaftssekretäre H. Driesen, R. Labonte, L. Rademacher, L. Lochstompfer, H. Schwarz, H. Wurstius;

Die Journalisten L. Knorr, A. Meumeyer, J. Roth,

sowie G. Weber (Bundesvorstand CVJM) und Josef Weber (DFU)





## Internationale Proteste gegen die Junta

Der Generalsekretär des Internationalen Bundes der Freien Gewerkschaften (IBFG) protestierte mit einem Brief an General Evren. Er forderte die Freilassung der festgenommenen Gewerkschafter und die Respektierung der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten.

In Athen, Pireus und Saloniki protestierten zehntausende von Menschen mit Demonstrationen gegen

den reaktionären Militärputsch in der Türkei und bekräftigten ihre Solidarität mit den Demokraten in der Türkei.

Der schwedische Außenminister Ola Ulsten wandte sich gegen die antidemokratischen Maßnahmen der Junta in der Türkei und forderte die Freilassung inhaftierter Politiker.

Der bekannte griechische Sänger und Komponist Mikis Theodorakis erklärte auf dem Pressefest der Humanite seine Solidarität mit den

demokratischen Kräften der Türkei.

Im Iran haben die Islamischen Arbeiter ihre Solidarität mit den Arbeitern in der Türkei bekräftigt und die Junta verurteilt.

In Italien haben die drei großen Gewerkschaftsverbände CGIL, UIL und CISL mit einer gemeinsamen Erklärung die italienische Regierung aufgefordert, die italienische Einheiten von den NATO-Manövern in der Türkei zurückzurufen.

Am 24. September protestierten mehrere hundert Arbeiter aus der Türkei, die in der Bundesrepublik, in den Niederlanden, Belgien und Frankreich leben, vor dem Europarat gegen die Militärdiktatur in der Türkei. Gegen 12 Uhr versammelten sich die Arbeiterdelegationen im Orangerie-Park gegenüber dem Europarat. Sie trugen Sandwichs wie „Mein Sohn ist verhaftet“, „Unsere Wohnung wurde drei Mal von der Polizei überfallen“, „Unser Dorf wurde von der Gendarmerie umzingelt“ und „Meine Mutter ist Arbeiterin und ist verschwunden“. Während die Protestaktionen von den Angestellten des Europarats aufmerksam verfolgt wurden, griff die Polizei ein.

Mit einem Knüppelinsatz versuchte sie die Versammlung aufzulösen und zerriss die Sandwichs. Die Arbeiter aus der Türkei ließen sich nicht provozieren und gerieten nicht in Panik. Später gab die Polizei ihre Absicht auf, eine solche friedliche Protestkundgebung aufzulösen. Die Versammelten bildeten aus ihrer Mitte eine vierköpfige Delegation, die mit dem Präsidenten des Europarates ein Gespräch aufnehmen sollten. Der Delegation gelang es, **20** ein vierzigminütiges Gespräch mit dem

## Protest vor Europarat



Vor dem Europarat: Arbeiter aus der Türkei protestieren gegen die Militärdiktatur

Vizepräsidenten des Europarates, Eric Leyon, zu führen. Bei dieser Unterhaltung unterstrichen die Arbeiter aus der Türkei die Mißachtung der Menschenrechte durch die Junta, drückten ihre Besorgnis aus und forderten den Europarat auf, tiefgreifende Maßnahmen einzuleiten.

Der Vizepräsident Leyon berichtete über die Erklärung des Präsidenten des Europarats am 12. September und sagte weiter: „Wir untersuchen die Situation. Erst nach diesen Untersuchungen können wir zu einem Beschluß kommen. Einige Minuten vor Ihrem Ein- (Fortsetzung auf S. 36)



Heinrich, Peter, Betriebsrat, Hertzen  
Höhn, Michael, Pfarrer, Gummersbach  
Liebe-Harkort, Klaus, Prof. Dr., Bremen  
Stommel, Karl-Heinz, Betriebsratsvorsitzender, Duisburg  
Thüsing, Klaus, MdB, Bonn

November 1980

Wir meinen, daß es Zeit ist, mehr als bisher Solidarität zu üben, daß es notwendig ist, unsere Bevölkerung über die Wirklichkeit in der Türkei und über die Probleme unserer Mitbürger aus diesem Land aufzuklären.

Unsere Absicht ist es, im Rahmen unserer Möglichkeiten und mit Hilfe unserer Freunde aus der Türkei, die Medien und demokratischen Organisationen unseres Landes mit Informationen aus erster Hand über die Entwicklung in der Türkei zu versorgen.

Wir wollen praktische Solidarität mit den Opfern der Militärdiktatur und des faschistischen Terrors üben. In öffentlichen Aktionen wollen wir auf die Lage in der Türkei

kei aufmerksam machen und uns gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in unserem Land wenden, gegen die eingeschränkte Handhabung des politischen Asylrechts und die Umtriebe der faschistischen „Grauen Wölfe“.

Als eine erste öffentliche Aktion planen wir gemeinsam mit demokratischen, türkischen und kurdischen Organisationen in der Bundesrepublik die Durchführung einer Konferenz, auf der Augenzeugen der jüngsten Entwicklung in der Türkei berichtet werden. Darüber hinaus soll die Konferenz der Erörterung praktischer Solidaritätsmaßnahmen dienen.

Für jede Anregung, die der Förderung unserer gemeinsamen Arbeit dient, wären wir Ihnen außerordentlich dankbar. In Erwartung Ihrer Unterstützung und Zustimmung zu beiliegendem Aufruf verbleiben wir

gez. Karl-Heinz Stommel  
Betriebsratsvorsitzender

# TÜRKEI Informationen

AB JETZT  
MONATLICH

- erscheinen jetzt monatlich und berichten regelmäßig
- über die demokratische Bewegung in der Türkei
- über die Lage der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik
- über die Bildungssituation ausländischer Kinder und Jugendlicher
- über die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ und anderer türkischer Rechtsextremisten in der Bundesrepublik.

- Ich bestelle die bereits erschienenen Hefte 1, 2, 3, 4/5, 6 (zutreffendes ankreuzen).
- Ich abonniere „Türkei-Informationen“ für mindestens ein Jahr ab...../...../.....

Einzelpreis ( ca. 32 Seiten ) 3,-DM zuzüglich Porto;  
Jahresabonnement 36,-DM incl. Porto.

Name/Institution/Firma: \_\_\_\_\_  
 Straße/Platz und Haus Nr. \_\_\_\_\_  
 PLZ-Ort \_\_\_\_\_  
 Datum-Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte ausfüllen und einsenden an: „Türkei-Informationen“  
Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Ja, ich unterstütze den Aufruf der Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden.

Ich kann den Aufruf nicht unterstützen, bin aber an weiteren Informationen interessiert.

Vor- und Zuname, Anschrift: .....

Beruf, Organisation, Funktion: .....

Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“, c/o Karl-Heinz Stommel,

Postfach 100 682,  
4100 Duisburg

Bitte  
mit 50 Pfg  
freimachen

Bitte  
mit 50 Pfg  
freimachen

**TÜRKEI Informationen**

FIDEF  
Angebot

**„ASYLRECHT/ VISUMSZWANZ“**  
Appell  
der Anwaltskammer Istanbul:  
**„FOLTER-STRIKISTERROR“**

MLKARACA  
„Metall-Gewerkschaft im DISK“:  
„Trotz Kriegsrecht  
60.000 im Streik“

„Graue Wölfe“  
dankem F. Strauß

„VERFASSUNGSSCHUTZ 1979“:  
Manipulation durch Verdrehung  
türkischer Lehrpläne  
unter Druck

„Türkei-Informationen“  
Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Türkei-Informationen  
Lichtstr. 31  
4000 Düsseldorf 1



## DGB verurteilt Junta **Nein** zur Diktatur der Generäle

Die DGB-Gewerkschaften hatten in ihren bisherigen Stellungnahmen eine deutliche Abfuhr an alle diejenigen erteilt, die den Putsch in der Türkei als ein sozusagen „notwendiges Übel“ darzustellen versuchen. Die Errichtung der Militärdiktatur und insbesondere die Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung wurde einhellig verurteilt. Diese eindeutige Haltung bietet eine stabile Grundlage, auf der sich eine breite Solidaritätsbewegung mit den demokratischen Kräften der Türkei entwickeln kann. Der Initiativaufruf, der am 12. November in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und der bereits von über Tausend Persönlichkeiten, darunter von hunderten Gewerkschaftern unterschrieben worden ist, ist sicherlich eines der ersten Ergebnisse dieser Haltung.

An der Frage des Verhältnisses zur Militärdiktatur können wir wiedereinander die zentrale Rolle erkennen, die den Einheitsgewerkschaften in dem Kampf um Demokratie und sozialen Fortschritt zukommt.



13. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG-Metall: Einhellig gegen die Militärdiktatur

### IG Metall

Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall verurteilen die Machtübernahme durch das Militär in der Türkei als einen Schlag gegen die Grundsätze der Demokratie und der freien Gewerkschaften. Sie ist das Ergebnis einer ungeduldsamen Polarisierung und Konfrontation der politischen Auseinandersetzung, die von Extremisten und insbesondere Faschisten geschürt wurde.

Nach allen historischen Erfahrungen sind Generäle weder Retter des gesellschaftlichen Wohls noch der Demokratie. Sie verbinden eigene Machtansprüche mit den Interessen privilegierter Schichten.

Die Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall fordern die sofortige Freilassung aller inhaftierten demokratischer Politiker und Gewerkschafter, die Beseitigung aller Behinderungen der gewerkschaftlichen Arbeit sowie die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse.

Die Delegierten des 13. ord. Gewerkschaftstages der IG Metall erwarten auch von der Bundesregierung einen konsequenten Einsatz für die Demokratie in der Türkei. Demokratische Freiheitsrechte dürfen nicht hinter bündnispolitischen Erwägungen zurückstehen.

### IG Druck und Papier

Der 12. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier protestiert schärfstens gegen den Militärputsch in der Türkei. Den türkischen Gewerkschaftern und Demokraten versichern wir unsere Solidarität. Insbesondere

fordern wir:

- Sofortige Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter
- Herstellung der Menschenrechte und gewerkschaftlichen Freiheiten

An die Bundesregierung richten wir den Appell:

- jegliche militärische und wirtschaftliche Hilfe für die Militär-Junta einzustellen;
- auf allen Ebenen ihren Einfluß geltend zu machen, damit die Türkei wieder zu demokratischen Verhältnissen zurückkehrt;
- allen türkischen Gewerkschaftern und Demokraten, die in die Bundesrepublik kommen, Asyl zu gewähren.

*Begründung:*

Seit dem Putsch der türkischen Generäle am 12. September '80 herrscht in der Türkei das Kriegsrecht. Gewerkschaften und demokratische Parteien

und Organisationen wurden verboten. Zahlreiche ihrer Funktionäre und Mitglieder sind verhaftet. Ihr Schicksal ist ungewiß. Es besteht die Gefahr, daß in der Türkei Zustände einkehren wie in Chile und in Bolivien. Aus diesen Gründen verlangt es das gewerkschaftliche Prinzip der internationalen Solidarität auch von uns, dafür einzutreten, daß eine demokratisch gewählte Regierung auch in der Türkei die Geschichte des Landes bestimmt und die Gewerkschaften sich frei und unbehindert bewegen können.

**Verbot der „Graue Wölfe“**

Der Zwölfte Ordentliche Gewerkschaftstag fordert das Verbot aller rechtsextremistischen türkischen Organisationen, insbesondere der „Graue Wölfe“, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Die Mitglieder dieser Organisation sind aus der Bundesrepublik auszuweisen.

*Begründung:* Spätestens seit dem Mord an dem IGM-Kollegen Cellalettin Kesim in Berlin im Januar 1980 wird der Terror dieser Organisationen unerträglich. Die Bestrebungen dieser Rechtsextremisten richten sich gegen die Demokratie und besonders gegen die Gewerkschaften (siehe „Metall“ Nr. 21



2/1980). Nur mit einem Verbot und mit der Ausweisung ihrer Mitglieder kann dem Treiben dieser Terrororganisationen Einhalt geboten werden.

## Deutsche Postgewerkschaft

Die Delegierten des 13. Gewerkschaftskongresses der DPG sehen mit Besorgnis auf die Machtübernahme durch das Militär in der Türkei. Die Machtübernahme ist das Ergebnis einer Polarisierung und Konfrontation der politischen Auseinandersetzung, die von Extremisten und insbesondere von Faschisten geschürt wurde.

Nach unseren historischen Erfahrungen sind Generäle weder Retter des gesellschaftlichen Wohls, noch der Demokratie. Sie verbinden eigene Machtansprüche mit den Interessen privilegierter Schichten.

Die Delegierten des 13. Gewerkschaftskongresses der DPG fordern die sofortige Freilassung aller inhaftierten, demokratischen Politiker und Gewerkschafter, die Beseitigung aller Behinderungen der gewerkschaftlichen Arbeit sowie die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse.

Die Delegierten erwarten von der Bundesregierung eine konsequente Haltung, die dazu beitragen soll, in der Türkei demokratische Verhältnisse wiederherzustellen.

## Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen

In der Nacht vom 11. auf den 12. September 1980 putschte in der Türkei das Militär. Eine Militärjunta übernahm die Macht. Die Gewerkschaften wurden verboten. Die Parteiführer wurden verhaftet.

Das Ziel der Putschgenerale ist offensichtlich. Sie wollen die Arbeiterbewegung in der Türkei mit ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zerschlagen. Das Ergebnis soll eine hilf- und wehrlose Arbeitnehmerschaft sein. Das bedeutet weitere Senkung des Lebensstandards für die arbeitenden Menschen in der Türkei.

Nur das Kapital und die Unternehmer profitieren von diesem Putsch. Ohne Rücksicht auf die demokratischen Grund- und Menschenrechte soll die Wirtschaft des „kranken Mannes am Bosphorus“ saniert werden.

Wir erklären unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter zur Wiederherstellung aller ihrer Rechte und protestieren mit aller Schärfe gegen die Errichtung der Militärdiktatur.

Wir fordern:

- Vollständige Wiederherstellung der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte in der Türkei
  - Sofortige Freilassung aller Verhafteten
  - Sofortige Aufhebung des Kriegsrechts
  - Sofortiger Stopp jeglicher Form militärischer Unterstützung für das Putschregime seitens der Bundesregierung
  - Uneingeschränktes Asyl und Recht auf Arbeit für alle Flüchtlinge
- Verbot der „Grauen Wölfe“ in der Bundesrepublik.

## IG Metall

Eine längere Machtausdehnung der türkischen Militärjunta führe zum Schaden der Demokratie und richte sich gegen die Arbeitnehmer, die ihre Interessen nur durch aktive gewerkschaftliche Arbeit vertreten könnten. Dies haben die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall am Montag in Frankfurt zur Machtübernahme des Militärs in der Türkei erklärt. Die IG Metall fordere die unverzügliche Freilassung der inhaftierten demokratischen Politiker, Parlamentarier und Gewerkschafter, sowie eine konsequente Bekämpfung der türkischen Faschisten, die vor allem die gesellschaftliche Konfrontation zu verantworten hätten.

Die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall hätten mit tiefer Sorge die Aufhebung der Demokratie in der Türkei zur Kenntnis genommen, heißt es weiter in der Erklärung. Extremistische Kräfte hätten das Klima der Konfrontation und der Gewalt geschaffen, ein Klima, das Militärs immer wieder zum Vorwand nähmen, wenn sie irgendwo auf der Welt die Demokratie außer Kraft setzten, um sich selbst zum Retter der Nation zu erklären.

In der Erklärung fordern die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall die Bundesregierung auf, mit allen Mitteln auf die Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei hinzuwirken. Die Grundsätze der Demokratie dürften auch in der Türkei nicht geopolitischen Opportunitätsüberlegungen nachgeordnet werden.

Einstimmig haben die Delegierten des IG-Metall-Gewerkschaftstages die Machtübernahme durch das Militär in der Türkei verurteilt. Nach allen historischen Erfahrungen seien Generäle weder Retter des gesellschaftlichen Wohls noch der Demokratie. Sie verbänden eigene Machtansprüche mit den Interessen privilegierter Schichten, stellten die Delegierten in einem Initiativantrag fest.

## Europarat fordert „Rückkehr zur Demokratie“

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat auf ihrer Versammlung am 29.9.80 eine Stellungnahme zur Situation in der Türkei nach dem Putsch verabschiedet. Darin wird die türkische Regierung aufgefordert

- die Europäischen Menschenrechtskonventionen einzuhalten
- alle gewählten Politiker freizulassen, sofern sie nicht gegen Gesetze verstoßen haben, die vor dem 12.9.80 in Kraft waren
- sofortige Schritte zu unternehmen, um zu demokratischen Verhältnissen zurückzukehren; insbesondere sind politische Parteien, Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen wieder zuzulassen und die Meinungsfreiheit allgemein zu gewährleisten.

Ihren Ministerrat fordert die Versammlung auf, die türkische Regierung daran zu erinnern, daß bei Nichterfüllung dieser Forderungen die Türkei entsprechend dem Artikel 8 seiner Satzung aus dem Europarat ausgeschlossen werden muß.

Im Memorandum wird dazu noch erläutert, daß über die Entwicklung in der Türkei diesbezüglich im Januar 1981, auf der nächsten Sitzung der Parlamentarischen Versammlung, berichtet werden soll und sobald die Kenntnisse über die komplexe Situation in der Türkei es erlauben, die Frage nach weiterer Mitgliedschaft der Türkei im Europarat entschieden werden muß.

(Drucksache 66.277)

Gleichzeitig hat der Gewerkschaftstag „die sofortige Freilassung aller inhaftierten demokratischen Politiker und Gewerkschafter, die Beseitigung aller Behinderungen der gewerkschaftlichen Arbeit sowie die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse“ gefordert.

Die Bundesregierung sei aufgefordert – heißt es weiter in dem Initiativantrag – einen konsequenten Einsatz für die Demokratie in der Türkei zu führen. Demokratische Freiheitsrechte dürfen nach Ansicht der Delegierten nicht hinter büdnispolitischen Erwägungen zurückstehen.



Am 1. und 2. November 1980 führte die Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD (FIDEF) ihre 7. Delegiertenversammlung in München durch. 300 Delegierte berieten über die Probleme der Arbeiter aus der Türkei und über Entwicklungen in der Türkei nach dem Militärputsch und besuchten die Mahn- und Gedenkstätte Dachau, wo sie für die Opfer des Nazi-Regimes einen Kranz niederlegten, wobei sie auch die Gelegenheit nutzten und sich von ehemaligen KZ-Häftlingen über die Verbrechen des Hitler-Faschismus informieren ließen.

## Antifaschisten aus der Türkei in der Gedenkstätte Dachau

Im Mittelpunkt der 7. Delegiertenversammlung standen die eklatanten Menschenrechtsverletzungen der Militärjunta in der Türkei und die brutale Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung. Die Delegierten verurteilten diese Praktiken einhellig und aufschärfste und forderten die sofortige Öffnung der Gefängnisse und die Freilassung der Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte und Vertrauensleute.

Ein weiterer Schwerpunkt waren die Information und die Verurteilung der brutalen Vorgehensweisen der Armee in Türkei-Kurdistan. Die Mitgliedsorganisationen und die demokratische Öffentlichkeit wurden aufgerufen, ihre Solidarität mit den Demokraten aktiv zu verstärken.

Die Delegierten kritisierten die Beschlüsse hinsichtlich der Asylfrage von der Bundesregierung und den Ländern, die eine restriktive Handhabung der Asylbestimmungen zur Folge haben. „Im offensichtlichen Einvernehmen mit den Machthabern in der Türkei soll den politischen Flüchtlingen das verfassungsmäßig verbrieftete Recht auf Asyl verwehrt werden“, hieß es in einem diesbezüglich verabschiedeten Beschluß. Der Visumzwang für die Bürger der Republik Türkei wurde

## 7. Delegiertenversammlung der FIDEF:



7. Delegiertenversammlung der FIDEF:  
Gemeinsam mit allen Demokraten gegen die Junta

als eine „massive Störung der zwischenmenschlichen Beziehungen“ gewertet. Die Delegierten forderten die Bundesregierung auf, die Visumbestimmungen unverzüglich aufzuheben.

### Sofortige Aufhebung des Visumzwanges!

In einem weiteren, ebenfalls einstimmig verabschiedeten Beschluß werden alle Kollegen aus der Türkei in der Bundesrepublik dazu aufgerufen, ihr gewerkschaftliches Engagement im Hinblick auf die Betriebsratswahlen Anfang 1981 zu erhöhen und mit ihnen in den DGB-Gewerkschaften organisierten einheimischen und anderen ausländischen Kollegen den Gegnern der Einheitsgewerkschaften entschieden entgegenzutreten.

Einen Höhepunkt der Delegiertenversammlung bildete auch die Annahme der Mitgliedschaft eines neuen FIDEF-Vereins aus Emmerich, in dem überwiegend kurdische Kollegen organisiert sind. Dieser Beitritt wurde als ein erneutes Zeichen des gemeinsamen Kampfes der kurdischen und türkischen Demokraten gewertet.

Eingehend befaßte sich die Delegiertenversammlung auch mit der Situation der ausländischen Schüler und Jugendlichen im Schul- und Ausbildungsbereich und forderte die neue Bundesregierung und alle verantwortlichen Stellen auf, sofortige, einschneidende Maßnahmen zur gleichberechtigten Beschulung der ausländischen Kinder einzuleiten. Nur dann könne verhindert werden, daß das Menschenrecht auf Bildung und Ausbildung Hunderttausenden von ausländischen Kindern und Jugendlichen weiterhin verwehrt bleibe.



Delegierte in Dachau: Kranzniederlegung für die Opfer des Naziregimes



Nach der Übernahme der Macht durch die reaktionären Generäle am 12. September 1980 erhoben die Demokraten auch in der Bundesrepublik und in den anderen europäischen Ländern ihre Stimme. Insbesondere in der Bundesrepublik wurden regionale Komitees gegründet, die sich zur Aufgabe machten, die Öffentlichkeit über die Entwicklungen in der Türkei zu informieren. Mit Flugblättern, Dokumentationen und Informationsveranstaltungen versuchen sie, das Schweigen der Massenmedien zu brechen und das wahre Gesicht der Junta darzustellen.

Ein solches Solidaritätskomitee kam auch in Frankfurt zustande. Nachdem sich das Komitee über eine Arbeitsplattform einigte, informierte es die Bevölkerung mit Flugblättern in deutscher, türkischer, kurdischer und griechischer Sprache. Das Komitee beschloß eine Veranstaltung zum Thema Militärputsch in der Türkei durchzuführen.

Zu dieser, im DGB-Haus am 25. Oktober stattgefundenen Veranstaltung, riefen folgende Organisationen und Personen auf: Yilmaz Karahasan (UBV SPD), Detlef Lüderwaldt (Initiativausschuß Ausländische Mitbürger in Hessen), Manfred Gottier (Personalrat), Emil Carlebach (Vizepräsident des Internationalen Buchenwaldkomitees), Herbert Bayer (Gewerkschaftssekretär), Rudi Mauer (Kreisvorsitzender der DKP), Rosemarie Almanasreh (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen IaF), Stadtjugendring, Jungdemokraten, Jungsozialisten, Kurdisches Volkshaus (Mala Gele Kurd), Türkisches Volkshaus (FIDEF), Verein Türkischer Jugendlicher, AStA-Fachhochschule, MSB Spartakus, SHB, VVN-Bund der Antifaschisten, Griechische Gemeinde, Circulo Cultural, DFU-Deutsche Friedensunion.

## Internationale Solidaritätsveranstaltung in Frankfurt:

# Stoppt die Hilfe für die Putschisten

Die Veranstaltung mit dem Motto „Solidarität mit den demokratischen Kräften der Türkei“ wurde eröffnet mit Grußansprachen in deutscher, türkischer und kurdischer Sprache. Yilmaz Karahasan, Sekretär beim Hauptvorstand der IG Metall war für diesen Abend als Hauptredner angekündigt worden. Vor etwa 500 Zuhörern erläuterte er in einer guten halben Stunde einige Hintergründe des Putsches, wobei er besonders betonte, daß der Putsch sich hauptsächlich gegen die Arbeiterklasse richte.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurden Kurzbeiträge von Vertretern des Kurdischen Volkshauses und des Türkischen Volkshauses gehalten, beide in türkischer Sprache, für die deutschen Anwesenden lagen deutsche Übersetzungen schriftlich vor. Der kurdische Beitrag betonte die Notwendigkeit des gemeinsamen Widerstandes der türkischen und kurdischen Völker gegen die Junta und verurteilte das Vorgehen in Türkei-Kurdistan. Unterstrichen wurde auch die Verbundenheit der fortschrittlichen Kurden mit der Arbeiterbewegung der Türkei.

Diese Redebeiträge wurden unterbrochen durch kulturelle Darbietungen: Es sangen der kurdische Liedermacher Diyardin, eine chilenische Songgruppe, die Songgruppe des Türkischen Volks-

hauses. Die Volkstanzgruppe des Griechischen Elternvereins „Zorbas“ führte griechische Tänze vor.

Die anschließende Podiumsdiskussion, an der Jürgen Roth, Yilmaz Karahasan, Wolfgang Schrank vom Stadtjugendring und Vertreter vom Kurdischen und vom Türkischen Volkshaus sowie von der Griechischen Gemeinde teilnahmen, wurde eingeleitet mit einem Beitrag des griechischen Vertreters, der Parallelen zur damaligen Junta in Griechenland zog und die Solidarität der demokratischen Kräfte Griechenlands im Kampf gegen die türkische Junta betonte.

Vertreter der Gewerkschaften IG Druck und Papier und der GEW betonten in ihren Ansprachen ihre Solidarität mit dieser Veranstaltung. Sie berichteten über Beschlüsse ihrer Gewerkschaften hinsichtlich der Verurteilung der Militärdiktatur in der Türkei, die wir in dieser Ausgabe von den Türkei-Informationen veröffentlichten.

Die Veranstaltung endete mit einer folkloristischen Darbietung der Volkstanzgruppe des Türkischen Volkshauses in Frankfurt. Die Arbeit des Solidaritätskomitees, das diese Veranstaltung organisierte, soll fortgesetzt werden.







Podiumsdiskussion: Einstellung der „Türkei-Hilfe“ gefordert

**Einstellung der Finanzhilfe für die reaktionären Kräfte in der Türkei  
Verbot der faschistischen Türk-Föderation in der BRD  
Politisches Asyl für alle verfolgten Demokraten aus der Türkei**

**ERKLÄRUNG ZUR LAGE DER TÜRKEI FÜR DIE VERANSTALTUNG „WAS IST LOS IN DER TÜRKEI?“ VOM 25.10.1980**

Die GEW begrüßt die Veranstaltung „Was ist los in der Türkei?“ als einen ersten Schritt zur Aufklärung der Bevölkerung über die Verhältnisse in der Türkei und zur Einleitung von Maßnahmen gegen das Militäregime.

Wir wissen: Der Militärputsch vom 12. September 1980 ist ein schwerer Schlag für die türkische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Der Streik von über 50 000 Arbeitern mußte abgebrochen werden. Aktive Gewerkschafter, gewerkschaftliche Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre mußten sich unmittelbar nach dem Putsch bei der Polizei melden: Einige zogen es vor unterzutauchen, andere meldeten sich und wurden zu Tausenden für längere oder kürzere Zeit, z.T. aber bis heute gefangen gesetzt. Daß Gefängnis in der Türkei aber Folter und

Mord bedeuten kann, weiß man spätestens seit dem Bericht von Amnesty International vom Juni 1979.

Der Gewerkschaftsdachverband DISK (Konföderation Revolutionärer Arbeitergewerkschaften), dessen Einzelgewerkschaften 500 000 Arbeiter organisieren, wurde aufgelöst.

Sämtliche demokratischen und linken Organisationen sind verboten, die elementarsten demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte sind abgeschafft.

Die Regierung der BRD hat noch am Tage des Putsches versichert, sie werde die Türkei auch unter der Herrschaft der Militärs mit Krediten und Militärhilfe unterstützen.

Die Gewerkschaften des DGB, die seit einiger Zeit einen Kampf gegen rechtsradikale konfessionelle Verbände führen, die bislang in der BRD nahezu ungehindert agieren konnten, haben eine besondere Verantwortung für die Verteidigung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Türkei.

Die GEW fordert deshalb den DGB auf, eine offizielle gewerkschaftliche Delegation in die Türkei zu entsenden, um sich an Ort und Stelle nach verschwundenen und verhafteten Gewerkschaftern, Arbeitern und Linken zu erkundigen und nach der Reise öffentlich Bericht zu erstatten.

Die GEW fordert:

- Keine finanzielle Hilfe für das türkische Militäregime, weder als Militär- noch als Wirtschafts- oder Finanzhilfe!
- Verbot der Grauen Wölfe und aller Organisationen der türkischen Faschisten in der BRD!

Die GEW bittet die Anwesenden, sich diesen Forderungen anzuschließen und insbesondere den Vorschlag einer offiziellen DGB-Delegation ernsthaft zu überprüfen und zu befürworten.

**BESCHLUSS DES BEZIRKSVORSTANDES FRANKFURT DER GEW VOM 21.10.1980**



Am 5. September, genau eine Woche vor dem Putsch, erzwang das türkische Parlament in einer Kampf Abstimmung den Rücktritt des „klar prowestlich orientierten Außenministers“ Erkmen. Diese nach allen Regeln des Parlamentarismus und im Einklang mit der türkischen Verfassung gefällte souveräne Entscheidung beunruhigte die US-hörigen Kreise in der Türkei und die NATO-Generalität in Brüssel. Auch in der Bundesrepublik kommentierten die Sprachrohre der Reaktion dieses Ereignis als ein „Alarmsignal“ und historischen Markierungspunkt.

Das Mißtrauensvotum des Parlaments am 5.9.80 ist tatsächlich beachtenswert. Allein die Tatsache, daß in der langen Geschichte der türkischen Republik zum ersten Mal die außenpolitische Linie einer Regierung von einer Parlamentsmehrheit abgelehnt wurde, rechtfertigt unser Interesse. Doch für unsere deutschen Leser sind die Aussagen einiger „renommierten“ Kommentatoren und der dabei sichtbar werdende Grad der Demokratiefeindlichkeit von vielleicht größerer Bedeutung.

Am 9.9.80 bestätigt das „Handelsblatt“ unter der bezeichnenden Überschrift „Strapazierte Geduld“, daß das Mißtrauensvotum des Parlaments „vor allem bei den NATO-Generälen neue Unruhe hervorrufen“ werde. Es ist zwar nicht ausdrücklich gesagt, um wessen Geduld es sich handelt, doch geht es aus dem Zusammenhang eindeutig hervor, daß die Geduld der „westlichen Länder“ und der NATO-Generäle gemeint ist.

## Versteckte Drohungen vor dem Putsch

Damit macht das Handelsblatt ein bemerkenswertes Eingeständnis seiner Auffassungen von nationaler Souveränität und Demokratie. Die Entscheidung des Parlaments in einem Bereich, der zum Kern der klassischen parlamentarischen Befugnisse zählt, wird nicht etwa respektiert, sondern höchstens „geduldet“! Die Drohung, die in diesen Worten liegt, basiert nicht etwa auf einer unglücklichen Formulierung.

Die Frankfurter Allgemeine meldet sich bereits am 8.9.80 zu Wort. Die Berichterstattung auf der ersten Seite trägt die Überschrift „Der Westen nach dem Rücktritt Erkmens beunruhigt“ und unterstreicht die Bedeutung, die dem „Fall“ beigemessen wird. In einem Kurzkommunikat unter der Überschrift „Alarm aus Ankara“ sind die gleichen bedrohlichen Untertöne, wenn auch geschickter verhüllt, zu vernehmen. Es ist dort von „starken Kräften“ die Rede, die eine „Abkehr vom Westen erzwingen“ wollen. Man beachte: Ein nach allen Regeln des Parlamentarismus voll gültiges Votum wird als Nötigung hingestellt und kriminalisiert.

Im „Sanierungsprogramm“ des OECD die Militärdiktatur mit einkalkuliert

## Der Militärputsch im Spiegel der rechten Presse

Die versteckte Drohung wird deutlicher, wenn die FAZ die Möglichkeit einer ähnlich „unvernünftigen“ Haltung wie im Iran voraussagt: „Die Türkei steht am Scheideweg. Es sieht so aus, als wolle sie eines Tages sich vernünftigen Argumenten ebenso entziehen wie der Iran.“

Die Gleichsetzung von demokratischen, aber dem sogenannten „Westen“ nicht genehmen Entscheidungen mit Gewalt und Terror ist ein beliebtes Mittel. Herr Ewald Stein schreibt in dem oben zitierten Handelsblatt-Kommentar vom „wachsenden innenpolitischen Streit, der sich in immer stärkeren Maße in Form von politischen Terror auf die Straße verlagert...“ Hier wird versucht, die Identität derjenigen, die den „prowestlichen Außenminister“ abgewählt haben, d.h. die Identität derjenigen, die die Opfer des Terrors waren und denen kein einziger Fall von Terrorismus nachgesagt werden kann, mit den Organisatoren des Terrors zu suggerieren.

Wohlgemerkt, dies alles war noch vor dem erwarteten Putsch und diente zweifellos zu dessen publizistischer Vorbereitung. Nicht ohne Grund schrieb die Welt in ihrer Ausgabe vom 13./14. September: „Militärbeobachter in der belgischen Hauptstadt“ (gemeint ist das Hauptquartier der NATO) „hatten den Machtwechsel (!) seit Monaten erwartet.“

### „Was vernünftig ist, bestimmen wir“

Nach dem Putsch, am 17.9.80, nimmt das Handelsblatt unter der beschwichtigenden Überschrift „Türkei: Der wirtschaftliche Kurs wird beibehalten“ das Thema der „Geduld“ wieder auf, diesmal um den Putsch zu rechtfertigen: „Der lange strapazierte Geduldsfaden der Militärs riß wohl, als der Vorsitzende der islamischen Heilspartei, der Professor Erbakan, gegen die Zusage, ihn im Parlament zu stützen, den Regierungschef Demirel erpreßte und den Rücktritt des prowestlichen Außenministers Erkmen vor einer Woche erzwang.“ Zunächst wird die Wahrheit skrupellos verfälscht: Im Widerspruch zu der eigenen Berichterstattung vor einer Woche wird jetzt das parlamentarische Mißtrauensvotum als Erpressung dargestellt. Zum anderen sind es nun die

türkischen Militärs, deren Geduldsfaden gerissen ist. Unverändert bleibt auch hier die offenbar als größte Selbstverständlichkeit betrachtete Einstellung: Nicht das Parlament, die zentrale Institution der bürgerlichen Demokratie, die diese Herren sonst ständig zu verteidigen vorgeben, wenn sie Berufsverbote erlassen, wenn sie gegen sogenannte „Radikale“ vorgehen, sondern die Militärs sind plötzlich die oberste Instanz, die eingreifen dürfen, wenn ihre Geduld reißt.

Wo bleibt die Verfassung? Wo bleibt „das Bekenntnis zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“? Und wo bleibt „die Achtung vor dem Volkswillen“? Es ist offensichtlich: Das alles sind für diese Herren leere Phrasen, die nur solange im Munde geführt werden, solange die Profitinteressen und die strategischen Belange derer, die sie vertreten, nicht gefährdet sind. Doch wehe, wenn einige „Radikale“, oder ein Parlament, oder gar ein ganzes Volk „unvernünftig“ genug sind, um diese Interessen zu verletzen. Dann „reißt der Geduldsfaden“ und dann greifen „intakte staatstragende Gruppen“ (in diesem Fall die Armee) ein.

Mit der gleichen Gesinnung stellt die Welt fest, daß dieser von der NATO abgesegnete Putsch im Grunde ein Präventivschlag gegen das Parlament und die Opposition war: „Der nächste Schritt wäre der Sturz Demirels gewesen – das hatten der Sozialdemokrat Ecevit und der Islamist Erbakan bereits angekündigt.“

Angesichts dieser eindeutigen Haltung der hiesigen Reaktion kann man die Parteinahme für die Demokraten aus der Türkei nicht nur als einen Akt der Hilfe für bedrängte Freunde betrachten. Vielmehr drängt sich folgende Frage auf: Würden diejenigen, die 1967 in Griechenland die Gewaltherrschaft der Obristen installierten und heute eine reaktionäre Militärdiktatur in der Türkei in den Sattel hievt, davor zurückschrecken, auch in der BRD ein gleiches zu tun?

Daher unterstreichen wir: Das aktive Eintreten gegen die Putschisten in der Türkei ist die Sache aller demokratisch gesinnter Menschen. Die Entlarung der hiesigen Freunde der Diktatoren und der Folterer ist auch ein gewichtiger Beitrag zur Stärkung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland!



„Die kürzlich aus Ankara eingetroffene Meldung vom erzwungenen Rücktritt des klar prowestlich orientierten Außenministers Erkmen nährt eher zusätzliche Zweifel. Die damit verbundene Furcht vor einem eskalierenden Nationalismus in der Türkei mit starken islamischen Akzenten wird vor allem bei den NATO-Generälen neue Unruhe hervorrufen.“ (Handelsblatt, 9.9.1980)

„Der lange strapazierte Geduldssaden der Militärs riß wohl, als der Vorsitzende der islamischen Heilspartei, der Professor Erbakan, gegen die Zusicherung, ihn im Parlament zu stützen, den Regierungschef Demirel erpreßte und den Rücktritt des prowestlichen Außenministers Erkmen vor einer Woche erzwang.“ (Handelsblatt, 17.9.1980)

„Vor zehn Tagen aber fand sich eine Mehrheit im Parlament, um den Außenminister Erkmen zu stürzen. Er wolle die Türkei an Europa verkaufen, lautete die Hauptanklage. Dies dürfte das letzte Alarmsignal für die Armee gewesen sein, die sich dem Testament Kemal Atatürks, des Vaters einer dem Westen zugewandten modernen Türkei verpflichtet fühlt. Mit mehr als 2000 Kilometern gemeinsamer Grenze zum Iran, zu Irak und Syrien und mit über 90 Prozent muslimischer Bevölkerung steht die Option Atatürks für die westliche Zivilisation auf dem Spiel.“ (Handelsblatt, 15.9.1980)

„Es ist kein Zufall, daß die ranghöchsten Offiziere ausgerechnet jetzt eingegriffen haben. Die Ereignisse der letzten Tage hat das Faß zum Überlaufen gebracht. Fanatische Politiker brachten den Außenminister Erkmen zum Sturz und stellten hiermit die prowestliche Politik der Minderheitsregierung Demirel in Frage. Der nächste Schritt wäre der Sturz Demirels gewesen – das hatten der Sozialdemokrat Ecevit und der Islamist Erbakan bereits angekündigt.“ (Die Welt, 12./14.9.1980)

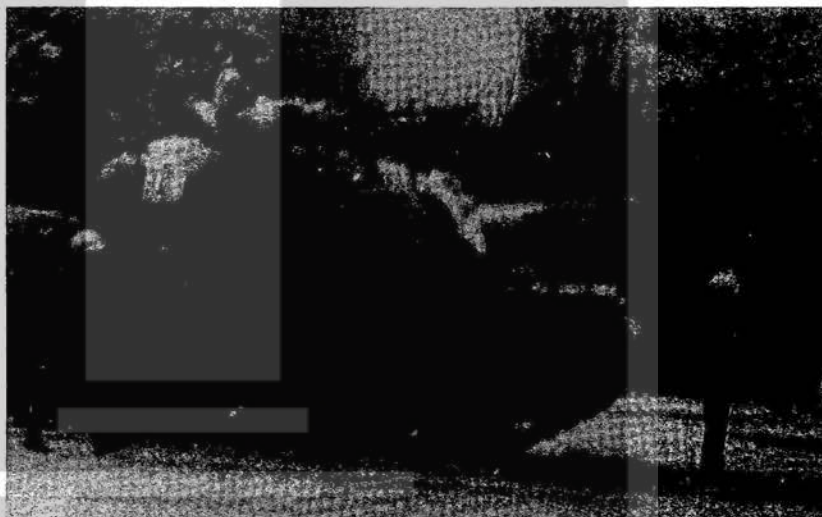
„Doch muß er“ (gemeint ist der deutsche Steuerzahler) „verwundert sein, daß nun in der Türkei der Außenminister, der die Beziehungen mit dem Westen pflegt, vom Parlament mit antiwestlichen Begründungen gestürzt wird. Da wird etwas, das lange schon im Gange ist, historisch maskiert. Starke Kräfte in der Türkei, für die die Gründer der Republik gewollte Europäisierung oder gar europäische Integration „Kolonialismus“ ist, wollen die Abkehr im Westen erzwingen.“

„... die scheinbar parlamentarische Türkei ... war immer ein Lehen, das die Parteipolitiker von den Militärs hatten.“ (Frankfurter Allgemeine, 13.9.1980)

„Die Militärs haben nun ihre offensichtlich mit der NATO abgestimmte Antwort erteilt.“ (Tages-Anzeiger, 15.9.1980)

„Und Schmidt ist, trotz Haushaltssorgen in eigenen Lande, bereit, Leistungen der neuen, uniformierten Machthaber im nächsten Jahr durch höhere Zahlungen zu honorieren. Ein Kanzlerberater: „Wenn die das ordentlich machen, können die Türken mehr bekommen als vorher.““ (Wirtschaftswoche, 19.9.1980)

„Die westliche Wirtschaftshilfe in Höhe von mehreren Milliarden Mark ist nach Ansicht von Beobachtern für die neuen Machthaber unter Generalstabschef Kenan Evren lebenswichtig...“ (Handelsblatt, 15.9.1980)



Auf den Straßen: Panzer und schwerbewaffnete Soldaten beherrschen das Bild

„Die NATO-Treue des türkischen Offizierkorps gilt in Brüssel als ‚beispielhaft‘, auch die westlichen Basen sind dort nun sicher...“ (Wehrtechnik, Oktober 1980, S. 12)

„Die Generäle werden gemahnt, die Führer der demokratischen Parteien in der Türkei mit Kritik bedacht.“ (Frankfurter Allgemeine, 15.9.1980)

„Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD) hat nach dem Bekanntwerden des Militärputsches in der Türkei gesagt, er hoffe nun auf einen heilsamen Schock, aus dem ein Arrangement hervorgehe, an dem sowohl die demokratischen Kräfte als auch die Armee beteiligt seien. Diese Einstellung, die als die eigentliche Haltung hinter der offiziellen Zurückhaltung der Bundesregierung zu stehen scheint, ist für die Türkei besonders wichtig, denn die Bundesrepublik ist für sie ein wirtschaftlich und militärisch bedeutender Part-

ner.“ (Frankfurter Allgemeine, 13.9.1980)

„Die gegebene Begründung für die Aktion des Militärs – ein gefährliches Abgleiten in die Anarchie und die Gefährdung der türkischen Republik – muß als gerechtfertigt angesehen werden.“ (Handelsblatt, 17.9.1980)

„Von dem Westen, den Verbündeten erwartet die Türkei Verständnis und Vertrauen. Kenner der Verhältnisse meinen, sie sei sogar kreditwürdiger geworden, obwohl sich an der wirtschaftlichen Misere und den finanziellen Schwierigkeiten durch den Putsch kaum etwas geändert habe. Es bestehe jetzt aber die Aussicht auf eine Wiederherstellung der Ordnung.“ (Handelsblatt, 17.9.1980)

„Die Generäle sind die einzige Ordnungsmacht im Staat, und sie sind für die NATO.“ (Frankfurter Allgemeine, 27.6.1980)

„Uluşu erklärte, er wolle vor allem ‚unkontrollierte Freiheiten‘ beseitigen, die den Zusammenbruch der türkischen Gesellschaft ausgelöst hätten.“ (Handelsblatt, 29.9.1980)

„Zum militärischen Bereich sagte Uluşu in seiner Erklärung, die Kampfkraft der türkischen Armee werde auf einem Höchststand gehalten. Die Türkei werde um enge Bindungen zur NATO und ihren Mitgliedsstaaten – insbesondere zu den USA, bemüht sein. Zugleich sei geplant, einen Anlauf zu machen, eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen.“ (Handelsblatt, 29.9.1980)

„Militärbeobachter in der belgischen Hauptstadt hatten den Machtwechsel seit Monaten erwartet.“ (Die Welt, 13./14.9.1980)



„Özal ist auch der Architekt des wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramms, das im Januar von der Regierung Demirel auf den Weg gebracht wurde. Dieser Versuch, die türkische Wirtschaft aus dem Chaos herauszuführen, war die Voraussetzung für die Gewährung der internationalen Hilfe. In Bonn wird erwartet, es werde bei diesem Stabilisierungskurs bleiben. Dabei wird auch daran erinnert, daß vor allem die Hilfe, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gewährt wird, an die Einhaltung dieses Programms gebunden ist.“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 17.9.1980)

„Denn unweigerlich stärkt Weiterzahlen die Generäle, ebenso wie Nichtweiterzahlen sie schwächen müsste.“ (Frankfurter Allgemeine, 15.9.1980)

„Eines kann man allerdings sicher sein: Bei ihrer Amtsführung, die bereits mit rigorosen Maßnahmen gegen die Politiker und die demokratischen Bürgerrechte einleiteten, wird die türkische Generalität nicht zimperlich sein. Eine Radikalkur ohne radikale Maßnahmen hätte keinen Sinn.“ (Die Welt, 13./14.9.1980)

„Die Türkei ist die östliche Stütze der Allianz, ihr Vorposten in einem kritischen, dem Westen immer stärker entweichenden Gebiet.“ (Die Welt, 13./14.9.1980)

„Es ist kein Zufall, daß die ranghöchsten Offiziere ausgerechnet jetzt eingegriffen haben. Die Ereignisse der letzten Tage haben das Faß zum Überlaufen gebracht. Fanatische Politiker brachten den Außenminister Erkmén zum Sturz und stellten hiermit die prowestliche Politik der Minderheitsregierung Demirel in Frage. Der nächste Schritt wäre der Sturz Demirels gewesen – das hatten der Sozialdemokrat Ecevit und der Islamist Erbakan bereits angekündigt.“ (Die Welt, 13./14.9.1980)

„Die gestürzte Regierung war den ausländischen Wünschen mit ihrem Stabilisierungsprogramm, insbesondere aber mit einer Liberalisierung des Bankwesens entgegengekommen. Die neue Wirtschaftspolitik soll die Privatwirtschaft stärken und die Investitionen des öffentlichen Sektors stark einschränken. . . .

Mehr Marktwirtschaft, weniger Staatswirtschaft – das setzt auch einen Abbau an Bürokratie und die Aufhebung von Gesetzen voraus, die wie zur Gängelung des freien Unternehmertums geschaffen scheinen. Insbesondere das noch gültige ‚Gesetz zur Förderung ausländischer Kapitalinvestitionen‘ hat sich eher als ein Gesetz zur Verhinderung von Kapitalinvestitionen erwiesen.“ (Capital, Oktober 1980, S. 332)

## Neuer Beitrag zur Integration oder unmenschliche Schikane:

# Kein Visumszwang für unsere Familienangehörigen!

Mit einer am 5. Oktober in Kraft getretenen Regelung führte die Bundesrepublik als erstes europäisches Land den Visumszwang für Einreisende aus der Türkei ein, der mittlerweile in allen westeuropäischen Staaten besteht, in denen die Arbeiter aus der Türkei beschäftigt sind.

Mit dieser „vorbeugenden Maßnahme“, die vordergründig zur „Eindämmung des Asylantenstroms“ dienen soll, wurde einerseits den politisch Verfolgten des Terrorregimes in der Türkei der letzte Ausweg gesperrt, sich in die Bundesrepublik zu retten. Andererseits wurden Millionen von Angehörigen der in der Bundesrepublik und im übrigen Ausland tätigen Arbeiter die Einreise bzw. die Familienzusammenführung in unzulässiger Weise erschwert, wenn einem großen Teil von ihnen nicht gar unmöglich gemacht.

Der von dem Visumszwang betroffene Personenkreis wird in dem Erlaß in drei Gruppen aufgeteilt:

1. Erwerbstätige und Gewerbetreibende in der Türkei,
2. Studenten und Schüler,
3. Die in der Bundesrepublik beschäftigten Arbeiter und ihre Angehörigen.

Während die Unternehmer als „unabhängig Gewerbetreibende“ ihre Geschäftsbeziehungen zu ihren bundesrepublikanischen Partnern und ihre Firmenzugehörigkeit belegen müssen, werden selbst Kinder und Frauen der hier lebenden Arbeiter gezwungen, ein Einreisevisum zu beantragen. Auch Arbeiter, die über eine gültige Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis in der Bundesrepublik verfügen, aber – aus welchen Gründen auch immer – länger als 6 Monate außerhalb der Bundesrepublik verbracht haben, werden dem Visumszwang unterworfen.

Als Einreisegründe können geltend gemacht werden: „Freundes- und Verwandtschaftsbesuche, Kongress- und Geschäftsreisen, Touristische Reisen und Transitreisen.“

Von den Antragstellern, die ihre Freunde und Verwandte in der Bundesrepublik besuchen wollen, werden folgende Dokumente verlangt: „Eine Verpflichtungserklärung des zu besuchenden Freundes oder des Verwandten, daß er sämtliche Reise- und Aufenthaltskosten des Besuchers bestreiten werde; diese Erklärung muß von einem türkischen Konsulat beglaubigt sein oder ein entsprechendes Schreiben der zuständigen Ausländerbehörde.“

Die Visumserteilung hängt letztlich von der einzuholenden Zustimmung der Ausländerbehörde ab, die zuständig ist für den Bereich der Bundesrepublik, in dem die Freunde oder Verwandte leben.

Es liegt auf der Hand, daß allein diese Regelungen hunderttausenden von Familienangehörigen der in der Bundesrepublik lebenden Kollegen die Einreise unmöglich macht, weil sie nicht einmal in der Lage sein dürften, die Reise zu den für die Visumserteilung zuständigen bundesrepublikanischen Konsulaten in drei Städten (Istanbul, Ankara und Adana) sowie den vermutlich tagelangen Aufenthalt bis zur eventuellen Visumserteilung zu finanzieren.

Gegen diese diskriminierenden Maßnahme, die allen europäischen und zwischenstaatlichen Vereinbarungen Hohn spricht und die Lippenbekenntnisse der maßgeblichen bundesrepublikanischen Politiker Lügen brennt, ist eine breite Protestwelle entstanden. Türkei-Informationen werden über die diesbezüglichen Entwicklungen in den nächsten Heften ausführlich berichten.

Kurz nach Einführung des Visumszwanges, der in offensichtlicher Übereinstimmung mit den reaktionären Machthabern beschlossen worden war, kamen aus Ankara neben lauen Protesten auch Berichte, die darauf hindeuten, daß die Junta in der Tat entschlossen ist, das Land in eine Festung umzuwandeln, aus der die Flucht unmöglich gemacht werden soll.

Nach dem Ende Oktober bekanntgewordenen Entwurf versagt die Militärjunta allen Personen, gegen die „aus politischen Gründen Ermittlungen eingeleistet worden sind“, also auch dann obwohl sie freigesprochen worden sind, die Ausstellung eines neuen Passes. So meldet „Hürriyet“ am 30. Oktober 1980: „Pässe werden nur für Personen ausgestellt, die nachweisen können, daß gegen sie nicht aus politischen Gründen ermittelt worden ist.“

Das neue Gesetz sieht außerdem vor, daß bei Passverlust fünf Jahre lang kein Ersatz ausgestellt wird. Auch den Bürgern, die ihren Wehrdienst noch nicht abgeleistet haben, wird die Ausreise verweigert.

Der neue Gesetzentwurf der Militärjunta in Verbindung mit dem unmenschlichen Visumszwang deutet auf die Zusammenarbeit in einem wichtigen Bereich hin, in dem Kräfte, die den Interessen der werktätigen Bevölkerung nicht sehr wohl gesonnen sein dürften, sich gegenseitig ergänzen.



# Rechtsextremisten überfallen Asylantenunterkunft in Ennepetal

Die Auswirkungen der Hetzkampagne gegen Ausländer erschöpfen sich nicht mit den bekannten Überfällen in Hamburg und Frankfurt, bei denen zwei Vietnamesen starben. Einen Tag vor den Bundestagswahlen wurde eine Asylantenunterkunft in Voerde bei Ennepetal, in der Asylanten aus der Türkei „wohnen“, überfallen. Es kommen zahlreiche andere Übergriffe vor, die das Leben der Asylanten äußerst erschweren und den Zündstoff für ernstere Vorfälle in sich tragen.

Am Vormittag gegen 10.30 Uhr fielen den Bewohnern der einsam gelegenen Asylantenunterkunft mehrere Personen mit einem Pkw, dessen Kennzeichen uns und der Polizei bekannt ist, und Motorrädern in ihrer Nähe auf. Die fraglichen Personen fuhren zuerst weg und kamen gegen 17.00 Uhr wieder zurück. Um 18.30 Uhr wurden zwei Türken, die sich zu dieser Zeit in der Baracke befanden, durch die Laute vor ihrer Tür auf die Anwesenheit Fremder aufmerksam. Plötzlich drangen fünfzehn Personen in die Holzbude ein.

Sie zertrümmerten die Gegenstände in den Räumen, warfen die Scheiben ein und schlugen die Türe und Holzwände kaputt. Mit Schimpfwörtern wie „Ausländer Raus“, „Scheiß Türken“ bedrohten die mit Totschlägern und Ketten bewaffneten Männer die Asylanten. Während sie den Raum verwüsteten, gelang einem der Türken unter einem Vorwand aus der Bude zu gehen und die Polizei zu benachrichtigen. Daraufhin zogen sich die Rechtsextremisten in den in der unmittelbaren Nähe der Unterkunft befindlichen Wald und bewarfen von dort die Bude mit Steinen und Bierflaschen.

## Verharmlosung durch zuständige Stellen

Die um 19.12 Uhr eingetroffene Polizei forderte die Asylanten auf, sich auszuweisen, machte sich jedoch keine Mühe, die Angreifer zu durchsuchen, gar eine Ausweiskontrolle durchzuführen. Kurz später fuhren die Angreifer mit ihrem Pkw und den Motorrädern fort, worauf sich auch die Polizei vom Ort entfernte. Sie kamen aber gegen 23.00 Uhr wieder. Da die Asylanten

bereits die Türe verriegelten und mit den in den Räumen befindlichen Gegenständen alle Eingänge versperrten, gelang es den Angreifern nicht, erneut in die Baracke einzudringen. Sie hielten sich über Nacht im Wald auf und starteten um 10.00 Uhr am nächsten Morgen einen neuen Überfall, der ergebnislos verlief.

Die Arbeiter aus der Türkei, die ihre Heimat aus Gründen des faschistischen Terrors verließen, blieben auch hier in der Bundesrepublik von dem Terror der rechtsextremistischen Kräfte nicht verschont. Bezeichnend ist je-

Dazu kommt, daß die Angreifer nach Einschätzung der Opfer im nüchternen Zustand handelten und ihren Überfall auf die abgelegene Unterkunft, die man mit einem Auto kaum erreichen kann, schon vorher vorbereitet hatten. Nicht ohne Gründe hatten sie die Baracke vor dem Angriff um 18.30 Uhr zwei Mal beobachtet.

Die FIDEF-Arbeitsgruppe in Ennepetal verteilte am nächsten Wochenende Flugblätter in zwei Sprachen an die Bevölkerung, in denen aufgefordert wurde, daß die Asylsuchenden in sichere und bewohnte Gebiete umgesiedelt werden sollten. Die Arbeitsgruppe rief auch zu einer Versammlung bezüglich der Vorfälle am 4. Oktober auf. Für diese Veranstaltung stellte die Stadt keine Räume zur Verfügung und begründete diese Maßnahme damit, daß die Arbeiter aus der Türkei keinen „Träger“ hinter sich hätten. Dennoch führte die Arbeitsgruppe die Zusammenkunft in einer Gaststätte durch, an der zahlreiche Arbeiter und Asylanten teilnahmen. Die Anwesenden sprachen ihre Empörung über der Verhalten der Polizei während des Überfalls und über die Ermittlung nur wegen Sachbeschä-



am Waldrand in Voerde: Asylantenbaracke, ausgelagert aus der Ortschaft

doch das Verhalten der Polizei. Sie unternahm nichts für den Schutz der gefährdeten Personen und führte bei den Opfern eine Ausweiskontrolle durch anstelle bei den Angreifern. Mit großer Mühe versuchte die Polizei, politische Motive zu verstecken und führte den Überfall auf die Trunkenheit der Angreifer zurück. Man fragt sich hier mit Recht, ob die Polizei neuerdings betrunkene Personen ans Steuer setzen und fortfahren läßt, und ob es üblich ist, daß man in betrunkenem Zustand Häuser und Personen überfällt.

digung aus. Sie forderten die Behörden und Politiker auf, endlich grundlegende Maßnahmen für den Schutz der ausländischen Arbeiter und Asylanten gegen die Angriffe rechtsextremistischer Kräfte zu unternehmen. Als Gast zu dieser Veranstaltung war auch der Beauftragte des FIDEF-Bundesvorstandes für Asylfragen eingeladen, der die Vorfälle in Voerde verurteilte und darauf aufmerksam machte, daß solche Überfälle keine Einzelfälle mehr seien. Er beantwortete auch zahlreiche Fragen der Teilnehmer hinsichtlich der Situation der Asylsuchenden.



Umstände noch ungeklärt

## Zum Tod des Schülers Kemal Çelik

In der September/Okttober-Ausgabe der Türkei-Informationen berichteten wir unter der Rubrik „kurz berichtet“ über den Tod eines türkischen Schuljungen. Bei dieser Meldung beriefen wir uns auf die Tageszeitung Hürriyet. Weil uns der Vorfall, daß ein Schüler im Schulbus Opfer einer Schlägerei wird, nicht wie ein alltägliches Ereignis erschien, gingen wir der Sache nach. Wir unterhielten uns u.a. mit dem Vater des getöteten Kemal Celik, studierten die Akten der Staatsanwaltschaft und berieten uns mit Fachleuten aus dem Schulwesen und der Justiz.

Dabei haben wir erfahren, daß im Gegensatz der Presseberichten nicht mehrere deutsche Jugendliche an den Vorfall in dem Schulbus verwickelt waren, sondern lediglich ein deutscher Schüler Kemal Celik attackierte, der schon früher mit ihm heftige Auseinandersetzungen gehabt hatte. Die Tatsache, daß der deutsche Jugendliche, dessen Namen die Polizei nicht bekannt gab, weil sie eine „Rache“ durch den Vater befürchtet, nicht wie alle anderen Kinder ausgestiegen ist, sondern Celik aufforderte, ihm seinen Platz zu überlassen, zeigt, daß er einen Streit mit ihm suchte. Nach Aussagen der anderen Schüler soll der 13 jährige Celik den deutschen Jungen weggestoßen haben. In dem Bericht der Staatsanwaltschaft heißt es u.a.:

„Die Obduzenten haben erfahren, daß dieser Junge am 1.9.1980, um 14.15 Uhr, mit seinen Schulkameraden in einem Schulbus fuhr. Dort entstand eine Rangelei, bei der mehrere Schläge vor Kopf, Brust und Bauch verteilt worden seien. Der Junge hat dann auf einem Sitz gesessen und ist plötzlich in sich zusammengefallen und nach vorn seitlich rechts zu Boden gefallen“ (91 UJs 1401/80(L)). Dennoch stellt die Staatsanwaltschaft in dem Bericht weiter fest, daß der Junge mit großer Wahrscheinlichkeit eines natürlichen Todes gestorben sei: Ein Virusinfekt mit einer begleitenden Herzmuskelentzündung. Demgegenüber erklärt der Vater, daß sein Sohn nicht an Herzbeschwerden gelitten und der Hausarzt auch nichts dergleichen diagnostiziert hätte.

Die offizielle Benennung der Todesursache steht noch aus, obwohl inzwischen mehr als zwei Monate vergangen sind und Kemal Celik in seinem Heimalort in Adiyaman in der Osttürkei begraben wurde. Die verantwortlichen Stellen bei der Uniklinik in Frankfurt, wohin die Leiche zuletzt für die Autopsie gebracht wurde, schweigen dem Vater gegenüber und stellen nichts

30 Schriftliches zur Verfügung

Der von dem Vater, Mustafa Celik, beauftragte Rechtsanwaltsbüro in Siegburg stellte am 4. September eine Strafanzeige gegen Unbekannt. Sonderbarerweise ist bis heute nichts über das Ergebnis oder zumindest den Stand der Ermittlungen zu erfahren. Hier läßt sich eine Verschleppung durch die Ermittlungsbehörden vermuten, weil die bisher zusammengestellten Akten weder dem Vater noch dem Rechtsanwalt zugänglich gemacht worden sind. Auch die Frage der Kosten ist für die Familie Celik ungelöst, denn die Kosten der Überführung der Leiche, das Begräbnis, die Reisekosten und der Verdienstausfall betragen insgesamt über 7.000,- DM. Der Vater erhielt von der Betriebskrankenkasse der Transformatorenwerke Boge bei Eitorf ganze 1.202,- DM. Den Restbetrag konnte er nur durch Spenden seiner Kollegen bezahlen.

### Situation in Schulbussen fördert Aggressionen

Ob die Ausländerfeindlichkeit bei dem Vorfall eine Rolle gespielt hat, ist nicht klar. Es ist jedoch besonders wichtig, daß die Schüler vor der Hetze der reaktionären Kräfte geschützt werden. Es ist kaum vorstellbar, daß die Kampagnen wie „Ausländerstopp“, „Ausländer Raus“ spurlos an den Kindern vorbeigehen. Aber auch die Frage der Schulbusse ist ein weithin ungelöstes Problem. Zu dem Streß in der Schule kommt der Streß im Schulbus. Ausnahmslos alle Lehrer, mit denen wir über dieses Thema gesprochen haben, beklagten sich über die Situation in den Schulbussen. Sie kritisierten, daß vonseiten der Schulbehörden kaum etwas für die Entlastung der überfüllten Busse unternommen wird. Die Lehrer berichteten auch, daß die Auseinandersetzungen mit erheblichen Verletzungen ein tag-tägliches Problem sind. Inzwischen würden viele Eltern ihre Kinder nicht mehr mit den Schulbussen fahren lassen, sondern sie selbst zur Schule bringen und dann wieder abholen.

Es ist durchaus vorstellbar, daß die Aggression der Kinder in einem Schulbus wie in dem obigen Fall, in dem nur ca. 40 Kinder von 66 Platz erhalten können und sie eine sehr kurvenreiche Strecke von Roßbach nach Eitorf fahren müssen, größer werden. Immerhin fühlten sich die Schulbehörden veranlaßt, den Schülern Platzkarten für die Schulbusse auszuteilen. Doch leider wird so letztlich der Mangel auch nur verteilt.

FIDEF-Vorstand:  
Solidarisch mit  
Hoesch-Arbeitern

„Stahlwerk jetzt!“ Unter dieser Überschrift veröffentlichte der FIDEF-Bundesvorstand eine Erklärung, aus der wir folgende Auszüge abdrucken:

Die Stahlbosse der Hoesch-AG wollen zehntausende Arbeitsplätze vernichten! Damit beweisen die Herren wieder einmal, daß sie bereit sind, um ihrer Profitsucht willen, die Arbeiter auf die Straße zu setzen.

Die europäischen Stahlkonzerne haben durch ihre bisherige Produktionspolitik, die allein durch ihre Profitinteressen bestimmt ist, diese neue Stahlkrise verursacht. Durch diese Krise werden sie auch in anderen Wirtschaftszweigen weitere Krisen erzeugen.

Jedoch schon jetzt bereiten sich Konzernherren darauf vor, die Lasten der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Ihre Absichten bei Hoesch sind nur ein Anfang. Noch viele weitere Arbeitsplätze werden vernichtet werden, die ausländischen Arbeiter werden dabei mit als erste zur Arbeitslosigkeit verurteilt sein.

### Pläne der Stahlbarone durchkreuzen!

Die Hoesch-Arbeiter verteidigen entschlossen ihre Arbeitsplätze. Sie protestieren mit Massenversammlungen und Aktionen gegen die Absichten der Stahlbarone. Sie werden den Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze mit ihrer Einheitsgewerkschaft erfolgreich fortsetzen.





## Die dunklen Beziehungen des Türkes-Freundes Kemal Ilicak

### Hinter den Kulissen von "Tercüman"

Arbeiter aus der Türkei!

Die Monopolherren versuchen, um dadurch ohne große Widerstände ihre Pläne zur Arbeitsplatzvernichtung durchsetzen zu können, auch uns zu spalten. Sie teilen uns in einheimische und ausländische Arbeiter und schüren weiterhin die Ausländerfeindlichkeit.

Doch die Arbeiter aller Nationalitäten haben sich im Winter 1978 gemeinsam am Stahlarbeiterstreik beteiligt. In Schnee und Eis haben wir Schulter an Schulter Streikposten gestanden. Am Band, beim Streik und bei Demonstrationen haben wir gelernt gemeinsam zu kämpfen. Aus welchem Land wir Arbeiter auch kamen, wir haben uns einheitlich gezeigt. Gegen die Angriffe in der heutigen Zeit werden wir uns genauso vereint wehren. Dadurch werden wir die Vernichtung der Stahlarbeitsplätze, dadurch werden wir das Durchsetzen der Profitinteressen der Stahlbosse verhindern.

FIDEF ruft alle Arbeiter aus der Türkei dazu auf, gemeinsam mit den deutschen und anderen ausländischen Kolleginnen und Kollegen in ihren DGB-Gewerkschaften aktiv zu werden. Wir rufen dazu auf, sich mit den Hoesch-Arbeitern zu solidarisieren. Dieser gemeinsame Kampf gegen die Vernichtungspläne der Arbeitsplätze bei Hoesch kann

so auch ein sehr starker Beitrag im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit werden!

Düsseldorf, den 6. November 1980  
FIDEF-Bundesvorstand

Die Absicht der Ter-Druckerei, in der die reaktionäre „Tercüman“ gedruckt wird, im April 1979 die bestreikte Times zu drucken, löste bei allen Gewerkschaftern in der Bundesrepublik heftige Reaktionen aus. Mit dem Erscheinen der Times sollte der Widerstand der 3000 ausgesperrten englischen Kollegen gebrochen werden. National Graphical Association (NGA) rief IG Druck und Papier zur Solidarität auf. Deutsche und türkische Gewerkschafter, die in der IG Druck und Papier organisiert sind, riefen daraufhin einen Objektstreik bei der Ter-Druckerei aus. Während des zweitägigen Streiks der IG Druck und Papier ließ sich das Management der Ter-Druckerei durch den Rechtsberater des hessischen Druckunternehmerverbandes, Gebhard Ohnesorge, beraten. Trotz aller Provokationen gelang es der Ter-Druckerei nicht, die Times zu drucken. Diese schwer verdauliche Niederlage soll nun zumindest juristisch ausgeglichen werden. Deshalb klagt die Ter-Druckerei gegen die Gewerkschaftskollegen Manfred Balder, Hans Georg Fritz und Heinz Werner Wurstius und ihre Gewerkschaft IG Druck und Papier. Mit diesem Angriff versucht die Ter-Druckerei Hand in Hand mit dem Landesverband Druck Gewerkschaften zu kriminalisieren und gewerkschaftliche Aktionen als strafbare Delikte hinzustellen.

#### Ständige Gäste bei Faschisten

Daß ein solcher Angriff ausgerechnet von der Ter-Druckerei gestartet wird, wundert uns nicht im geringsten. Denn die Ter-Druckerei in Zeppelinheim bei Frankfurt ist eine Tochtergesellschaft der „Tercüman“ in der Türkei, die als Sprachrohr der türkischen Reaktion und der „Grauen Wölfe“ gilt. Ein Beispiel für die Verbundenheit „Tercüman's“ mit den Faschisten ist, daß ihr Redakteur Kabakli des öfteren in die Bundesrepublik kam und bei der „Türk-Föderation“ der „Grauen Wölfe“ und ihren angeschlossenen Vereinen referierte. So zum Beispiel sprach er am 23.11.1978 beim „Großen Ideal-Verein Berlin“ und am 28.11.1978

beim „Türken-Hort Hamburg“. Ebenfalls stellt er sich am 4.12.1978 in Paris bei einem Seminar des „Idealistischen Arbeitervereine Paris“ als Referent zur Verfügung.

#### Verbindungen zum Drogen- und Waffenschmuggel

Der Name von dem Tercüman-Boss Ilicak ist auch in Rauschgifthandel verwickelt. Ugur Mumcu veröffentlichte am 13. Oktober 1980 in der Zeitung „Cumhuriyet“ die Aussage des Waffenschmugglers Ibrahim Telemen, der 1972 vor der Militärstaatsanwaltschaft interessante Erklärungen über Waffenschmuggler machte und später auf verdächtige Weise von einem Hotelzimmer in den Tod stürzte. In seiner Aussage gab Telemen folgendes zu Protokoll:

„Die wichtigste Person, die den oben genannten Waffenschmugglern aus Europa die Waffen besorgte, ist ein in der Schweiz lebender Türke namens Mehmet Zeki. Dieser Mehmet Zeki kandidierte bei den Wahlen 1969 für die Partei der Nationalistischen Bewegung in Istanbul und wurde als ein türkischer Geschäftsmann, der in der Schweiz ein Privatflugzeug hat, präsentiert. Er wurde jedoch nicht gewählt. Er beschaffte die Waffen für Mehmet Kürekcı . . . sie schmuggeln zusammen mit dem Besitzer der Zeitung „Tercüman“, Kemal Ilicak, Heroin ins Ausland. Der aufgrund des Vorfalls um den MHP-Senator aus Nigde verhaftete Haci Aman, Mehmet Kürekcı und Mehmet Zeki arbeiteten lange Zeit zusammen. Mehmet Zeki arbeitet mit Kemal Ilicak zusammen. Über diese Ereignisse weiß der jetzige Polizeipräsident von Izmir sehr gut Bescheid. Denn er war längere Zeit Dezernatleiter für Finanzdelikte sowie stellvertretender Polizeipräsident in Istanbul und sah und hörte in diesen 8-9 Jahren sehr viel“.

Sicherlich könnte man über „Tercüman“ und ihren Besitzer ein umfangreiches Buch schreiben; das alles sind Fakten, die wir in einer sehr kurzen Zeit zusammenstellen konnten, wir werden gelegentlich noch mehr darüber berichten.





Wiederum ein Redakteur der „Tercüman“, Rauf Tamer, schrieb regelmäßig Artikel in dem MHP-Blatt „Hergün“. Umgekehrt ist auch der 2. Vorsitzende der MHP, Agah Oktay Güner, ein freier Mitarbeiter beim „Tercüman“ und schreibt einmal wöchentlich einen Leitartikel.

Mit ihren Artikeln und Romanen schürt „Tercüman“ ständig Hetze gegen andere Völker. Stellvertretend für zahlreiche solche Inhalte kann man die Comic-Serie „Hauptmann Volkan“ nennen. Darin wird Kriegshetze getrieben und das griechische Volk als „feige Hunde“ beschimpft. Mit Sätzen wie „Mein Vater ist in Korea gefallen und ich bin jetzt auf Zypern“ wird die Intervention der türkischen Armee auf Zypern bejubelt.

Die internationale Finanzzeitschrift „Fortune“ stellt den Besitzer von „Tercüman“, Kemal Ilicak, wie folgt dar: „Er kontrolliert 42 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 95 Millionen Dollar. Diese Unternehmen produzieren alles; angefangen von Autoachsen über künstliche Düngemittel bis hin zu den Textilien. Der geschäftstüchtige Ilicak ist der Besitzer der Zeitung „Tercüman“, die bei seinem Aufkauf eine Auflage von 13000 hatte und heute über eine halbe Million verkauft. Tercüman verfügt, außer den vier Druckereien in der Türkei, auch über eine Druckerei in Frankfurt, die für die türkischen Arbeiter publiziert.“ (5.11.79)

Der Redakteur der Tageszeitung „Cumhuriyet“, Ugur Mumcu, veröffentlichte einige interessante Fakten über „Tercüman“:

„Tercüman ist das Medium zur Verbreitung der faschistischen Ideologie in der Türkei. Das Unternehmen „Tercüman“ beschränkt sich nicht auf die Zeitung „Tercüman“, sondern verfügt über zahlreiche Tochtergesellschaften. Eine dieser Tochterfirmen ist die „MIS-TAS“, die wiederum Vertreter der dem ITT-Konzern gehörenden LMT in der Türkei ist. K. Ilicak bekleidet einen Vorstandsposten bei LMT.

Die ITT, die direkt an dem faschistischen Putsch in Chile beteiligt war, unterstützte die Zeitung „Mezkuria“, um die Regierung Allende zu stürzen. Finanzielle Unterstützung erhält auch „Tercüman“ mit dem gleichen Ziel.

Nach Erklärungen im Jahre 1978 arbeitet „Tercüman“ mit Verlust. „Tercüman“, die ihren Lesern durch Preisausschreiben Eigentumswohnungen, Grundstücke, Lastwagen verschenkt, macht Verluste“ (Aus der Rede auf dem 3. FIDEF-Kongreß).

Die Mutter „Tercüman“ hat 1978 eine Tochter geboren: Die Wochenzeitung Anadolu. Ahmet Kabakli schreibt am

8.12.1978 in „Tercüman“: „Anadolu“ erscheint für die Türken in Deutschland und in Europa als ihre Wochenzeitung. Sie ist nationalistisch und konservativ . . . Der Herausgeber der Anadolu ist unser Freund Erdogan Olcayto, der ein Mitarbeiter von „Tercüman“ ist.“

## Die Beschützer der MHP-Mörder müssen genannt werden

Wir hatten in Türkei-Informationen bereits vor Monaten auf die Tatsache hingewiesen, dass die faschistische Türk-Föderation (Zentrale in Frankfurt/M, Gutleutstr. 173) die Tarnorganisation der MHP im Ausland darstellt. Es ist inzwischen eine allgemein anerkannte Tatsache, dass die faschistische MHP mit Hilfe dieser Tarnorganisation ihre von „Spendensammlungen“ bis zu Waffen- und Heroinhandel reichenden Aktivitäten tätigt. Die Auslandsorganisation der MHP dient aber auch den in der Türkei wegen zahlreicher Mordtaten steckbrieflich gesuchten „Grauen Wölfen“ als Schlupfwinkel.

Schon allein in in den letzten Jahren deutlich gestiegene Agressivität der türkischen Faschisten in der BRD lässt auf eine Verstärkung durch neue Funktionäre aus der Türkei schließen. Auch unsere eigenen Beobachtungen in zahlreichen Städten der BRD weisen auf einen verstärkten Zugang von „Grauen Wölfen“ aus der Türkei in die örtlichen Mitgliedsvereine der Türk-Föderation.

Die Verhaftung des faschistischen Mörders Üzeyir Bayrakli in Mainz Mitte September hat die diesbezüglichen Warnungen der FIDEF bestätigt. Üzeyir Bayrakli wird zur Last gelegt, 1978 den Philosophie-Dozenten Dr. Bedrettin Cömert in Ankara erschossen zu haben. Der junge Wissenschaftler hatte sich die Feindschaft der Faschisten zugezogen, weil er sich bereit erklärte, an einem Disziplinarverfahren gegen „Graue Wölfe“ an der Universität von Hacettepe/Ankara als Mitglied des Disziplinarausschusses mitzuwirken. Seine Ermordung war Teil einer allgemeinen Einschüchterungskampagne gegen die Gegner der Faschisten.

## Mörder leben unter uns

Üzeyir Bayrakli ist der zweite MHP-Mörder, dessen die bundesrepublikanischen Behörden habhaft geworden sind: Im Sommer 1979 war ein weiterer „Grauer Wolf“, der Mörder Nasibullah Türker gefasst und kurzerhand abgeschoben worden. Auch über diesen Fall wurde die Öffentlichkeit kaum informiert.





# MHP-Mörder in der BRD festgenommen

Die Tatsache, dass Ü. Bayrakli mit einem falschen Pass in Mainz lebte und bei der örtlichen „Grauen Wölfe“ – Organisation kräftig mitmischte, müßte den zuständigen Behörden seit längerer Zeit bekannt sein. Die Häufung der Übergriffe durch die „Grauen Wölfe“ in Mainz und Umgebung war nicht zu übersehen.

Im Oktober berichtete die türkische Presse über die Anwesenheit weiterer faschistischer Mörder. So schrieb die Tageszeitung „Günaydin“ am 20.10.,

dass der mehrfache Mörder Ali Agca (siehe TÜRKEI-INFORMATION, September/Oktober, S. 6) der wegen Mordes an dem bekannten Journalisten Abdi Ipekci in der Türkei bereits zum Tode verurteilt worden ist, sich ebenfalls in der BRD befindet. Nach übereinstimmenden Berichten der türkisch-sprachigen Sendungen des WDR soll Ali Agca eine deutsche Staatsbürgerin geheiratet haben, um sich einer Auslieferung an die Türkei zu entziehen. ER befindet sich höchst wahrscheinlich im Raum Frankfurt.

Auf der Pressekonferenz der Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ am 12.11.80 in Bonn nannte der Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing weitere Namen. Er wies darauf hin, daß mindestens acht faschistische Terroristen, unter ihnen auch der mehrfache Mörder Feridun Akkuzu und der im Zusammenhang mit der Ermordung von Dr. B. Cömert gesuchte Rifat Yildirim, sich gegenwärtig in der BRD befinden.

Angesichts dieser Situation drängen sich folgende Fragen auf:

- Da eine Heirat mit falschen Papieren nicht die beabsichtigte „Schutzwirkung“ gehabt hätte, müssen diese Mörder die notwendigen Formalitäten mit ihren wahren Namen erledigt und dabei neben den deutschen Behörden auch die türkischen Konsulate eingeschaltet haben. Wie konnte es kommen, daß sie nicht sofort verhaftet wurden?
- Sind die Namen dieser Mörder in den hießigen Fahndungsbüchern enthalten? Wenn ja, wann erfolgte die Eintragung?
- Die betreffenden Personen können kein Deutsch. Wer hat ihnen geholfen, eine Bleibe zu finden und die notwendigen Behördengänge usw. zu erledigen?
- Wenn es zutrifft, daß sie geheiratet haben: Wie haben sie ihre „Bräute“ gefunden?
- Warum werden sie immer noch nicht verhaftet?
- Mit welchen türkischen und deutschen Organisationen haben sie zu tun gehabt?

Die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik verlangt unbedingt die Beantwortung dieser Fragen von den zuständigen Stellen des Bundes und der Länder. Die Aufklärung dieser Punkte wird sicherlich ein wichtiger Beitrag zur Aufdeckung der Hintergründe des internationalen Terrorismus sein.

## Haftbefehl gegen Vorsitzenden der Türk-Föderation

Der Militärstaatsanwalt in Ankara hat gegen 89 MHP-Anhänger Haftbefehl wegen Bildung bewaffneter Banden, wegen Ausrüstung dieser Banden mit Waffen und Munition sowie Versorgung mit Geld, wegen Anstiftung zum Massenmord und Beteiligung an Massenmord erstellt. Nach übereinstimmenden Meldungen in der türkischen Presse befinden sich auch hohe Funktionäre der faschistischen Türk-Föderation, wie z.B. der Vorsitzende Serdar Celebi und das Vorstandsmitglied Sami Bal unter den gesuchten. (Siehe z.B. „Milliyet“ vom 14.11.80).

Es ist in diesem Zusammenhang wissenswert, daß die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse für Serdar Celebi, der von der MHP eigens für die Tätigkeit als Vorsitzender der Türk-Föderation in die BRD geschickt wurde, von einem CDU Politiker besorgt wurden: Ebenso wie Lokman Kundakci, ein weiteres Vorstandsmitglied der Türk-Föderation, fungiert Serdar Celebi nach offizieller Lesart als „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ eines fiktiven Türkei-Instituts, das dem CDU-Stadtverordneten in Schwalmstadt, Dr. H.E. Kannapin, gehört.



Mehmet A. Ali Agca: wegen mehrfachen Mordes verurteilt, lebt in Frankfurt

Auch der mehrfache Mörder (bereits rechtskräftig zu Tode verurteilt) Isa Armagan, dessen Komplize Mustafa Pehlivanoglu bereits hingerichtet worden ist, soll sich nach diesen Berichten in der BRD aufhalten und soll ebenfalls eine deutsche Frau geheiratet haben.

Schon am 5.9. schrieb die Tageszeitung „Milliyet“: „Der Drahtzieher bei der Ermordung vom angesehenen Journalisten Abdi Ipekci, Mehmet Sener, beantragte unmittelbar nach dem Mord, am 14.2.79 bei der Ausländerpolizei in Ludwigsburg, mit dem türkischen Reisepaß Nr. TR-D 813456 Aufenthaltserlaubnis und ersuchte politisches Asyl.“



# MBSE: Abstellgleis für ausländische Jugendliche

„Maßnahmen“ werden immer dann ergriffen, wenn ein Problem erkannt wurde, man es aber nicht lösen kann oder will. Das Problem „arbeitslose ausländische Jugendliche“ ist nicht erst seit gestern bekannt und folgerichtig gibt es auch schon eine Menge „Maßnahmen“, Projekte: BVJ, BGJ und AFG-Förderkurse sind zwar nicht nur für ausländische Jugendliche konzipiert, schließlich betrifft die Arbeitslosigkeit auch deutsche Jugendliche, aber entsprechend der Segregation in den allgemeinbildenden Schulen gibt es in allen diesen Angeboten auch „Sonderangebote“ nur für Ausländer.

Als Gigant unter allen „Maßnahmen“ entwickeln sich inzwischen jedoch die MBSE, die „Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung“ diesmal exklusiv konzipiert nur für Ausländer. 15.000 sollen im Kursjahr 1980/81 teilnehmen, in zwei Jahren sollen es sogar 20.000 sein.

## MBSE statt Schule?

Problem erkannt? Seit Jahren wurden zuständige Behörden aufgefordert, die Bildung und Ausbildung ausländischer Kinder und Jugendlicher ernst zu nehmen, wurden sie gewarnt vor den möglichen Konsequenzen, die die Versäumnisse mit sich bringen. Bis heute gibt es jedoch besonders im Berufsschulbereich noch keine adäquate Lehreraus- oder -fortbildung, in diesem Bereich ist nicht einmal die Erfüllung der Berufsschulpflicht durchzusetzen. Würden nämlich alle ausländischen Jugendliche dieser Pflicht nachkommen, der Unterricht müßte zusammenbrechen.

Hier soll nun MBSE Abhilfe schaffen. Zunächst bereitet man die Berufsschulen nicht auf die Erfüllung ihrer Aufgaben vor, dann wird festgestellt, daß die Berufsschulen nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen und bastelt eine Maßnahme zurecht, damit die Jugendlichen wenigstens nicht auf der Straße auffallen. Innerhalb dieser

auf MBSE ermöglicht, daß die Berufsschulen weiter alles beim alten lassen, das Problem wird weiter verschleppt. Konsequenterweise schließt sich die Hauptschule dieser Entwicklung schon an: In einigen Bundesländern können ausländische Schüler ab 14 Jahre für MBSE von der Schulpflicht befreit werden!

„Die Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung“ – der Name deutet es an – sollen vor allem auf einen Beruf vorbereiten. 75% der 325.000.000 Mark, die für das laufende Kursjahr veranschlagt wurden, bezahlt die Bundesanstalt für Arbeit, die nur bezahlen darf, wenn es *nicht* allgemeinbildendes Wissen ist, was vermittelt werden soll (Den Rest teilen sich Bund und Länder in der Finanzierung). Diese Summe hört sich zwar recht hoch an, und auf Fragen, was denn für ausländische Jugendliche getan werde, wird sie gerne zitiert; bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, daß die Maßnahmen nicht nur geeignet sind, die Schulprobleme der ausländischen Kinder weiterhin zu vertagen, sie sind zudem noch billig: Pro Teilnehmer und Jahr sollen 10.000,- DM gezahlt werden, umgerechnet 100,- DM pro Unterrichtsstunde und 15 Teilnehmer. Davon sollen die Gehälter der Lehrer, Mieten und Reinigung der Räume, die Verwaltung, Materialien etc. bezahlt werden. – Vergleichsrechnungen im öffentlichen Schulbereich würden ein Vielfaches dieser Summe ergeben.

Als Träger dieser Maßnahmen fungieren vor allem die Wohlfahrtsverbände und Volkshochschulen. Zunehmend werden aber auch Anträge von Arbeitgeberverbänden und einzelnen Betrieben gestellt – und genehmigt. „Da diese (Betriebe) besonders auf die Anforderungen der Arbeitswelt eingehen können, bieten sie sich auch als Partner für solche Einrichtungen an, die vornehmlich Sprache und Allgemeinbildung vermitteln.“ (Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeit vom November 1979)

## Kostenlose Probezeit für Firmen

In einigen Städten wird gemunkelt, daß über 50% der genehmigten Anträge auf Unternehmerseite angesiedelt sind. Sie hat hier tatsächlich eine hervorragende Möglichkeit, in dem einen Jahr Werkstattunterricht aus den zahlreichen Arbeitslosen diejenigen herauszupicken, die sich am besten bewährt haben: Ein Jahr Probezeit gratis, in der auf die Erfordernisse des Betriebes hin zugeschnittenes Wissen vermittelt wird. Möglicherweise wird auch Deutschunterricht erteilt, werden sozialpädagogische Begleitprogramme angeboten, wie es die Rahmenvorstellungen von MBSE vorschreiben. Nur, solange die Aufsicht über die Einhaltung bei den dafür nicht ausgestatteten Arbeitsämtern liegt, wird niemand offiziell wissen, was tatsächlich im Unterricht passiert, wird niemand wissen, ob die „Ausrichtung auf 3 Berufsfelder“ eingehalten wird.

Bleibt noch das, was trotz Kenntnis dieser Tatsachen von einigen als positiv genannt wird. Für Jugendliche, die als Familienangehörige erst vor kurzem in die Bundesrepublik eingereist sind, die auch nicht der allgemeinen Schulpflicht unterliegen, sei dies das einzige bestehende Angebot. Abgesehen davon, daß dieses Argument nur erneut von den Aufgaben bestehender Institutionen ablenkt, stellt sich abermals die Frage nach der Kontrolle. Im übrigen wird zumindest in einem Faltblatt des Bundesministeriums für Arbeit den Betrieben die Auswahl der Teilnehmer überlassen: „Der Betrieb entscheidet, wen er aufnimmt.“ (FR, 11.9.80) So wird man de facto weiterhin in manchen MBSE-Kursen Abiturienten mit erst kurzem Aufenthalt in der BRD antreffen zusammen mit Jugendlichen, die in deutschen Schulen zu „Analphabeten in zwei Sprachen“ wurden, zusammen auch mit solchen, die einen qualifizierten Haupt-





schulabschluß haben, aber keine Ausbildungsstelle finden konnten.

Ob die Jugendlichen in einen MBSE-Kurs oder in einem Volkshochschulkurs mit der Möglichkeit des Erwerbs des Hauptschulabschlusses oder an einem „normalen“ Berufsförderkursus des Arbeitsamtes – oder ob sie nichts dergleichen machen, weil in ihrer Stadt keine dieser Maßnahmen durchgeführt wird – scheint letztlich nur durch den Zufall und der augenblicklichen Arbeitsmarktlage in der Stadt, in der er lebt, entschieden worden zu sein. Bei dieser Sachlage erübrigt sich zu fragen, welche Berechtigung am Ende von MBSE steht: Keine.

### Lehrer und Schüler — kunterbunt gemischt

Und welche Voraussetzungen bestehen für die Einstellung von MBSE-Lehrern? Die „Ausbilder“ sollen mindestens Fachgehilfen sein, für 3 Kurse soll ein Sozialpädagoge zur Verfügung stehen; über die Qualifikation der Sprachlehrer wird nicht einmal solch eine vage Aussage getroffen. Allerdings werden die Kurse „fachlich begleitet“ vom Sprachverband, der 14-tägige Einweisungsseminare für die Lehrer organisiert. Zum Vergleich: Lehrer im öffentlichen Dienst haben ein mindestens 6-semesteriges Studium und ein anschließendes Referendariat.

Und trotzdem: Gerade die Lehrer können zu allerletzt verantwortl

gemacht werden für die Qualität der ganzen Maßnahme. Oft sind ihre Arbeitsbedingungen – Honorarverträge, Zeitverträge, ohne soziale Sicherung und die ständige Bedrohung, wegen Mangel an Schülern arbeitslos zu werden – denkbar ungeeignet, um kontinuierliche Perspektiven für die Arbeit zu entwickeln. Dennoch ist es einzig dem Engagement einzelner Lehrer zu verdanken, daß wenigstens einige ausländische Schüler in den Vorläuferkursen von MBSE – den MSBE-Kursen – für ihre weitere Entwicklung profitierten.

Obwohl die MBSE-Bedingungen die geforderte Qualifikation der Lehrer nicht definieren, ist aufgrund der hohen Lehrerarbeitslosigkeit ein beträchtlicher Anteil an examinierten Lehrern beim Kollegium von MBSE anzutreffen. Die Bundesanstalt für Arbeit hat diesbezüglich noch einen besonderen Wunsch in eigener Sache angemeldet, so nachzulesen in den „Hinweisen zu den Rahmenvorstellungen“ an ihre Arbeitsämter: „Bei der Gewinnung von Lehrkräften ist den Maßnahmeträgern nahezu legen, soweit möglich, arbeitslose Lehrer zu berücksichtigen.“ Dem wäre noch hinzuzufügen: Da die Arbeitsbedingungen in den Kursen dermaßen schlecht sind, daß eigentlich jedes Arbeitsangebot nur besser sein kann, qualifizieren sich in MBSE einige Lehrer und verlassen mit dieser besseren Qualifikation die Kurse. Ein neuer Berufsanfänger muß sich dann wieder einarbeiten.

Muß noch erwähnt werden, daß für MBSE keine spezifischen Lehrmittel entwickelt wurden, daß keine Lehrpläne existieren? Daß durch das Übergewicht der Berufsvorbereitung im Unterricht gegenüber dem Sprachunterricht und der Allgemeinbildung die Jugendlichen nach Beendigung des Kurses nicht einmal wesentlich informierter über ihre Rechte, über die sozialen Strukturen in der BRD sein werden? Daß die Praxis, die „Berufsvorbereitung“ auf gewerbliche Berufe zu konzentrieren, ausländische Mädchen selbst von dieser Maßnahme ausschließt, für diese also nicht einmal diese Scheinlösung existiert? Daß die 20.000 Plätze, die anvisiert werden, bundesweit nicht ausreichend sind, um alle in Frage kommenden ausländischen Jugendlichen in dieser „Sonderberufsschule“ unterzubringen?

Im Detail ließe sich noch einiges zu MBSE und der zu Grunde liegenden Bildungspolitik der BRD sagen, und es ist zu begrüßen, daß dies auch in Fachkreisen und zunehmend in der GEW geschieht, wobei die kritischen Stimmen immer weniger zu überhören sind. Immer deutlicher auch werden die zuständigen Behörden aufgefordert, statt die Probleme ständig weiter zu „vermaßen“, nun endlich eine Politik zu betreiben, die das Recht auf Bildung und Ausbildung der ausländischen Jugendlichen gewährleistet.



## Rückschlag für Arbeiterkinder

Von der Initiativgruppe griechischer Eltern, Essen, erhielten wir einen Aufruf, den wir im Folgenden im Wortlaut wiedergeben. Nach unserer Meinung erhält der Vorfall für das gesamte Bundesgebiet Bedeutung, weil deutlich gezeigt wird, wie wenig man Politiker und zuständige Behörden beim Wort nehmen kann, die immer wieder versprechen, daß alles unternommen werde, um die Schulsituation ausländischer Kinder zu verbessern. Hier passiert nun genau das Gegenteil: Ansätze von Verbesserung des Unterrichts mit ausländischen Schülern, von Eltern und Wissenschaftlern anerkannt, werden zunichte gemacht, indem man ihnen die Möglichkeiten zur weiteren Arbeit nimmt.

Wie wir inzwischen erfahren haben, schließen sich dem Protest an diesem Geschehen inzwischen auch in anderen Städten von NRW ausländische Eltern, Pädagogen und Wissenschaftler an.

In den letzten Jahren ist die Öffentlichkeit in zunehmendem Maße auf die Schulprobleme der ausländischen Arbeiterkinder aufmerksam geworden. Inzwischen ist es offensichtlich, daß ohne eine Lösung dieser Probleme auch für die deutschen Kinder auf die Dauer keine qualifizierende Schulbildung mehr garantiert werden kann. In dieser Situation wächst die Bereitschaft, etwas für die Überwindung der Schulschwierigkeiten ausländischer Kinder zu tun.

Am Fachbereich 3 (Sprache und Literatur) der Universität Essen/Gesamthochschule wird seit 1972 an dieser Problematik gearbeitet. Zunächst war es ein mit Landesmitteln gefördertes Forschungsprojekt zur Zweisprachigkeit Jugoslawischer Schüler, dann folgten zwei von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekte: zu türkischen Schülern (1974-1980) und zu griechischen Schülern (1976-1979). Der Schwerpunkt der Arbeit verlagerte sich dabei immer mehr auf die Frage: „Wie muß man unterrichten, um einen optimalen Schulerfolg für die ausländischen Kinder abzusichern?“. Die Mitarbeiter der Projekte beschränkten sich jedoch nicht auf die Untersuchung dieser Fragestellung. Sie führten vielmehr in großem Umfang Veranstaltungen zur Aus- und Fortbildung von Lehrern für Ausländerkinder durch, entwickelten Unterrichtsmaterialien und Sprachkurse, bauten ein umfangreiches System von gezieltem Förderunterricht aus und kooperierten mit Schulen, Schulamt, Sozialamt, VHS, Gesamtseminar und anderen interessierten Stellen. All diese Tätigkeiten werden auch nach Abschluß der Projekte z.Zt. noch fortgesetzt, da 4 ehemalige Projektmitarbeiter mit ABM-Stellen Hilfskraftgeldern und ähnlichen kurzfristigen Zwischenlösungen bis zum Jahresende weiterfinanziert werden konnten. Das bedeutet z.B. für den Bereich „Türkisch“, daß über 100 Lehrer und Lehrerstudenten im WS 80/81 mit einem „Problemorientierten Türkischkurs“ beginnen konnten, in dem sie zugleich mit dem Türkischen auch vieles über

den Deutschunterricht für türkische Schüler lernen. Gleichzeitig werden mehr als 80 türkische Arbeiterkinder an Essener Gymnasien gefördert. In entsprechender Weise wird auch im Bereich „Griechisch“ gearbeitet.

All dies wird zu Beginn 1981 zusammenbrechen, wenn die Mitarbeiter nicht in den Landeshaushalt übernommen werden. Bereits für 1980 waren hierfür vom Essener Abgeordneten Gorlas 6 Stellen BAT IIa beantragt worden. Sie wurden jedoch im Finanzausschuß gestrichen und sind für 1981 unverständlicherweise vom Wissenschaftsministerium nicht wieder in den Haushaltsentwurf aufgenommen worden. Falls dies nicht korrigiert wird, bedeutet es praktisch: die Essener Arbeiten werden abgebrochen. Was in jahrelanger mühevoller Arbeit aufgebaut wurde, wird abgeräumt. Hierüber herrscht unter denen, die die Essener Arbeiten kennen, allgemeines Entsetzen. Ein Abbruch der Arbeiten am Fachbereich 3 der Universität Essen würde erheblichen Schaden für das Land Nordrhein-Westfalen, besonders für die ausländischen Schüler und ihre deutschen und ausländischen Lehrer mit sich bringen.

Es wird deshalb an den Landtag appelliert, die für die Fortführung der Essener Arbeiten notwendige Ergänzung in den Landeshaushalt für 1981 einzubringen. Benötigt werden 6 Stellen, mit denen die Bereiche: *türkische, griechische* und *serbokroatische* Schüler abgedeckt werden sollen.

(Fortsetzung von S 20)

treffen wurde in Bezug auf die Türkei ein Beschluß gefaßt, wonach am 1. Oktober eine Sonder Sitzung über die Türkei stattfinden soll.“

Zur gleichen Zeit sprach ein französischer Abgeordneter im Plenarsaal über die Unterdrückung durch die Junta in der Türkei und protestierte gegen das Eingreifen der Polizei. Er sagte: „Die Arbeiter aus diesem Land demonstrie-

ren draußen. Sie protestieren gegen die Unterdrückung und Maßnahmen in ihrem Land. Wir müssen die Reaktion der Polizei dagegen verurteilen. Davor hatten Zyprioten und Griechen verschiedene Aktionen durchgeführt, wurden jedoch nicht mit solchen Maßnahmen konfrontiert. Diese werden jetzt nur gegen die Menschen aus der Türkei angewandt.“ Später wurde bekannt, daß die französischen Parlamentarier

wegen des Verhaltens der Polizei eine Anfrage eingreicht und dem Europarat eine Protesterklärung vorgeschlagen hätten.

Nach ihrer Besprechung mit dem Vizepräsidenten übergab die Delegation der Arbeiter aus der Türkei einen offenen Brief an alle Parlamentarier und die Presse.



Fortschrittliche Traditionen der Volksmusik für die demokratische Zukunft

## "...doch ich höre nicht auf:" RUHI SU

Jahrelange Verfolgung, Repressionen und Drohungen; eine langjährige Haftstrafe, Berufs- und Auftrittsverbote: Diese für viele Demokraten in der Türkei fast „typischen“ Erfahrungen haben sein sozialkritisches Engagement nicht brechen können: Ruhi Su, für viele Musikkritiker des Landes der größte Interpret anatolischer Volksmusik, gilt gleichzeitig als engagierter Dichter, der sein Wirken dem Kampf seines Volkes für Frieden und Demokratie gewidmet hat. Seine Bedeutung für die authentische Volksmusik Anatoliens wird oft mit dem Wirken von Atahualpa Yupanki für Lateinamerika verglichen.

Ein beachtlicher bedeutender Teil seiner jüngsten Werke, die neben Interpretation von traditionellen Volksmusikarten wie *türkü*, *semah* und *kosma* auch Vertonung von moderner Lyrik einschließt, setzt sich mit den Problemen der Arbeitsemigranten auseinander, die er bei seinen zahlreichen Besuchen in der Bundesrepublik aus erster Hand erfahren konnte: Nach Aufhebung des Ausreiseverbots ist er in den letzten Jahren immer wieder gefeierter Gast auf Kulturveranstaltungen der FIDEF und anderer demokratischer Organisationen in der Bundesrepublik gewesen. Das Interview wurde im Oktober 1980 geführt.

**Türkei-Informationen – Ihre Interpretationen haben unseren traditionellen Volksliedern Zugang zur zeitgenössischen Musik verschafft. Sie bekamen eine neue, bleibende Dimension. Welche Faktoren, welche Vorbereitungen, haben Ihrer Meinung nach diesen Prozess bestimmt?**

Ruhi Su – Meine Ansichten über meine Kunst habe ich in verschiedenen Zeitschriftenartikeln veröffentlicht. Ich will eine Zusammenfassung versuchen: Ich habe eine westliche Musikerziehung erhalten. Diese Erziehung half mir, sowohl die Musik überhaupt als auch unsere Musik, aber auch die Möglichkeiten meiner eigenen Stimme genauer kennenzulernen. Mit Erfahrungen aus meinem eigenen Leben und durch die Entwicklung meiner eigenen Weltanschauung wuchs mein Verständnis für die Bedingungen, in denen unsere Volkslieder (*türkü*) gesungen werden, und warum sie gesungen werden. Ich sah, daß unser Volk alles, was es mitteilen wollte, durch diese Lieder zum Ausdruck brachte. Ja, ich könnte fast sagen, ich und diese *türküler*, wir haben uns schon immer gegenseitig gewarnt, damit wir nichts falsch machten! So versuchte ich im Laufe der Zeit unsere *türküler* aus den teilweise verfälsch-



„Ich wurde 1912 geboren. Meine Eltern habe ich nie gesehen. Während des I. Weltkrieges verbrachte ich meine Kindheit bei einer armen Familie in Adana. Wegen des Krieges ging ich erst spät zur Schule. Während meiner gesamten Schulzeit, auch schon in der Volksschule, war ich Internatsschüler. 1936 absolvierte ich die Pädagogische Schule für Musik in Ankara. Anschließend studierte ich an dem Staatlichen Konservatorium in Ankara, Opernabteilung und machte 1942 meinen Abschluß. Bis zum Jahre 1952 spielte ich in verschiedenen Opern an der Staatlichen Oper in Ankara. Ich wurde 1952 verhaftet. Die Haft dauerte fünf Jahre. Nach meiner Entlassung widmete ich mich unseren Volksliedern. Bis jetzt wurden 10 Langspielplatten und 16 Singleplatten von mir veröffentlicht. Das ist meine kurzgefaßte Biographie ...“



ten Klischees herauszuholen und sie mit einer ihrem Inhalt entsprechenden Interpretation zu singen. Ich meine, jetzt singe ich nicht nur *türküler*, ich singe auch die „Lieder“ (hier gebraucht er das deutsche Wort) unserer künftigen Volksmusik.



**Türkei-Informationen** – Sowohl die von Ihnen interpretierten Lieder wie auch Ihre eigenen Kompositionen weisen, was die gesellschaftliche Funktion der Musik angeht, sehr deutliche Merkmale auf. Wie bewerten Sie diese Funktion?

Ruhi Su – Auch jedes gesprochene Wort erfährt eine eigene Interpretation, eine Form. Wenn das Wort vertont ist, und die Musik mit dem Sinn übereinstimmt, bekommt die Interpretation ein stärkeres Gewicht. Damit wächst auch die Bedeutung der Musik in dem gesamtgesellschaftlichen Kontext. Sie kann eine aufklärerische Wirkung erzielen. Oder aber das Gegenteil natürlich.



**Türkei-Informationen** – In Ihren Werken interpretieren Sie unsere *türküler* in Begleitung unseres traditionellen Saiteninstrumentes, *saz*. Zeitweise arbeiten Sie auch mit einem Chor zusammen. Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten, mit *saz* zu musizieren?

Ruhi Su – Indem ich unsere *türküler* mit der ihnen eigenen *saz* interpretierte, konnte ich die Bevölkerung eher er-

reichen. Andererseits habe ich mit der *saz* auch ein Instrument, das ich jederzeit spielen kann. Verglichen mit anderen traditionellen Instrumenten hat *saz* in seinem historischen Entwicklungsprozess eine besondere, ja respektable Stellung erreicht, in dem sie die Lebenskraft unseres Volkes erhöhte und uns ihre Sehnsüchte übertrug. Wie Mandoline und Gitarre, ist auch *saz* ein volkstümliches Instrument. Unsere Musik könnte auch zu einem Orchester passen; aber ein Orchester für unsere entwickelte, polyphone Musik würde sicherlich auch aus anderen Instrumenten bestehen.



**Türkei-Informationen** – Neben Interpretationen von *türküler* und anderen Formen wie *semahlar* vertonen sie auch Werke von Nazim Hikmet und ihre eigenen Gedichte. Wie gehen sie dabei vor?

Ruhi Su – Neben unseren *türküler* vertonte ich auch mehrere Werke von unseren Dichtern, wie von Nazim. Ich bin immer von der gleichen Motivation und ästhetischer Einstellung ausgegangen. Ich versuchte, mich in die Lage eines Komponisten zu versetzen und herauszufinden, wie ich diese Gedichte aufsagen würde.



**Türkei-Informationen** – Bevor Sie auch durch Interpretationen traditioneller Lieder bekannt wurden, hatten Sie als Opernsänger gearbeitet. Welchen Einfluß hatte Ihre musikalische

**Erziehung im westlichen Sinne / nach westlicher Kultur über Ihre heutige Situation?**

Ruhi Su – Die westliche Musik ist mit ihren Regeln und mit ihrer Technik sowohl in der Theorie wie auch in der Praxis systematisiert. Die Möglichkeiten und die Lehre eines jeden Instruments ist klar festgelegt. Bevor man zu singen anfängt, wird einem auch beigebracht, wie die Stimme entsteht, wie sie sich im Rachenraum entwickelt, wie man atmet. Sowie die Kenntnisse über ein Instrument entwickelt werden, lernt man auch seine Stimme kennen. Ich habe mir das angeeignet. Dann begann ich „Lieder“ zu singen und Rollen in den Opern zu übernehmen. Ich habe gelernt, wie das Wort je nach Themenstellung mit der Musik harmonisieren soll. Ich glaube, der Musiker muß diesen Lernprozess durchmachen, damit seine Musik von bleibendem Wert ist.



**Türkei-Informationen** – Wegen Ihrer Gesinnung, wegen Ihrer Kunst und Ihrer politischen Einstellung mußten Sie zu verschiedenen Zeiten verschiedene Repressionen erleiden. Können Sie uns etwas dazu sagen?

Ruhi Su – Als ich die zu interpretierenden *türküler* aussuchte, versuchte ich solche zu finden, die den Gefühlen des Volkes am ehesten entsprechen. So erfuhr ich, was unser Volk über alles gedacht, gesagt hat, von Brot bis zur



## Ausstellung in Essen



Zur Zeit findet in Essen eine Kunstausstellung des türkischen Künstlervereins SAN-DER statt. Ausgestellt werden Ölgemälde, Radierungen und Plastiken, die den Alltag und die Probleme der Arbeiter aus der Türkei beschreiben. SAN-DER wurde 1979 von den Schriftstellern, Malern und Bildhauern aus der Türkei in dem Raum NRW gegründet. Sie führten bereits mehrere Ausstellungen und Autorenlesungen durch. SAN-DER beabsichtigt mit seiner Tätigkeit, die Künstler zu fördern und die künstlerisch begabten Laien unter den Arbeitern aus der Türkei zu motivieren.

Ferner kündigte SAN-DER eine Fotoausstellung von Mehmet Ünal an, die vom 15. November bis 4. Dezember in dem türkischen Zentrum in Essen stattfindet. Die Ausstellung ist geöffnet täglich von 13 bis 21 Uhr. Für unsere Leser, die an der Arbeit des SAN-DER interessiert sind, die Anschrift von SAN-DER: Friedrich-Ebert-Str. 37, 4300 Essen. Tel. 0201/22 36 62



Liebe. Ich erfuhr aber auch, in welcher Lage es sich befindet. Dementsprechend, als ich diese türküler interpretierte, setzte auch bei den Zuhörern ein Erkenntnisprozess ein. Damit finden die ersten Anschuldigungen an; hat erreichen können, daß ich zu singen aufhörte. Repressalien und Verbote haben allerdings auch nicht aufgehört . . .

Dann folgten die Verbote. Aber nichts

**Türkei-Informationen – Welche Auswirkungen hat Ihrer Meinung nach die nunmehr über hundertjährige Abhängigkeit unseres Landes vom Imperialismus auf unsere Kultur?**

Ruhi Su – Infolge der fortwährenden Abhängigkeit vom Imperialismus hat sich im Überbau unserer Gesellschaft eine Kultur entwickelt, die schwankend, inhaltsleer und kosmopolit ist. Entsprechend der Montage-Industrie an der Basis, vielleicht . . .

**Türkei-Informationen – Sie haben nun zum wiederholten Male die Bundesrepublik und West Berlin bereist und sind mit unseren Kollegen hier zusammengekommen. Was möchten Sie unseren Kollegen mitteilen, die hier im Ausland leben?**

Ruhi Su – Die Bevölkerungsgruppen, die in der Minderheit sind, sind meist extrem traditionsbewußt und der eigenen Kultur verbunden. Nur so, glauben sie wahrscheinlich ihre eigene Identität bewahren zu können. Unseren Landsleuten im Ausland, bald 2 Mio. an der Zahl, möchte ich sagen, daß sie eine lebendige Beziehung zu unserer Folklore, zu unseren *türküler*, aufrecht erhalten sollen – auch zu unseren Gesprächen, und zum Meinungsaustausch, die dazugehören. Der Gefahr, die von den reaktionären Kräften kommt, kann so begegnet werden. Unsere Kollegen müssen die Entwicklungen in der Heimat, in der ganzen Welt, genau verfolgen.

Den Kindern, die hier geboren werden, müssen wir unsere Sprache beibringen, den Genuß, den man mit ihr erzielen kann. Und ich meine, sie sollten die Behörden hier dazu bewegen, ein entsprechendes Bildungssystem zu schaffen. Durch Konzerte, Seminare, Filme, Bücher sollten Beziehungen zur heimatischen Kultur geschaffen und fortgesetzt werden. Bei ihrer Rückkehr sollten sie in der Lage sein, in jeder Hinsicht beispielhaft zu wirken für alles, was nützlich und fortschrittlich ist.

**Türkei-Informationen – Was sind Ihre Pläne für die nächste Zeit?**

Ruhi Su – Wir haben jetzt viel mehr Arbeit zu bewerkstelligen. Ich werde versuchen, unsere Lieder zu interpretieren und ein Album über Volksklassiker zu vollenden.

(Fortsetzung von S. 5)

- Am 8.10. meldet die Tageszeitung „Cumhuriyet“, daß auch der politische Häftling Hasan Asker Özmen am 6.10. in der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums von Ankara zu Tode gekommen sei. Abermals wird ein Polizist des Mordes beschuldigt.
- Am 11.10. wurde bekannt, daß der renommierte fortschrittliche Verleger İlhan Erdost wenige Tage nach seiner Festnahme durch Zertrümmerung des Schädels mit einem Gewehrkolben ermordet worden ist. E. Erdost wurde in einem Armeelastwagen erschlagen, der ihn zu dem berüchtigten Militärgefängnis Mamak bringen sollte.

**Istanbul**

- Am 19.10. verlautet aus dem Polizeipräsidium von Istanbul, daß Ahmet Kirlangic – er wurde des Mordes an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Nihat Erim verdächtigt – Selbstmord verübt habe. Als Todesursache gibt die Polizei an, daß der Häftling *selbst* mehrere Male seinen Kopf gegen die Wand gestoßen habe.
- Am 12.11. berichtet die Zeitung „Hürriyet“, daß der Gefangene Bekir Bag, der die Ermordung von 4 Personen „zugegeben“ habe, in seiner Zelle Selbstmord begangen habe.

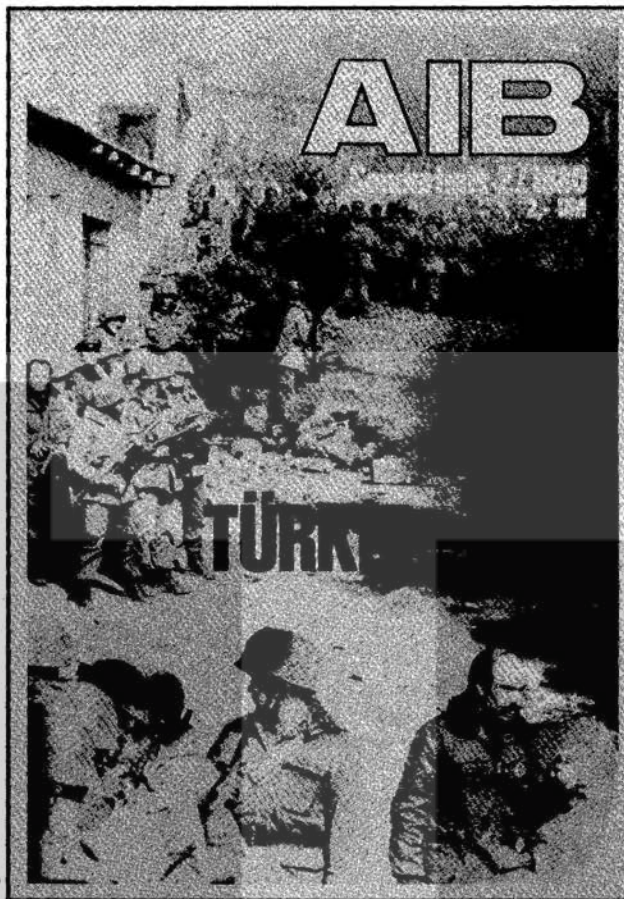
# Stoppt

## die Finanzierung

## der Putschisten

## durch Bonn!





**Zu den Hintergründen des Militärputsches und zur Rolle der Westmächte ist soeben das Sonderheft 2/1980 erschienen:**

## **DIE TÜRKEI NACH DEM MILITÄRPUTSCH**

**Beiträge:**

– Militärs als Retter der Demokratie? – Türkei-Länderübersicht – Die Türkeihilfe Bonns und der Westmächte – Die Türkei als Vorposten der NATO – Bonner Umgang mit den „Grauen Wölfen“ – Folterungen aus Versehen? – Stand der Asylrechtsdiskussion in der BRD – Erklärung der FIDEF: Nein zur Militärdiktatur!

Einzelpreise (20 Seiten) 2,- DM, zuzüglich Porto; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. AIB-Jahresabo 20,- DM inklusive Porto

Ich bestelle AIB-Sonderheft 2/1980.

Ich abonniere das AIB für mindestens ein Jahr ab Nr. ....

Name: .....

Adresse: .....

Datum und Unterschrift: .....

**Bitte ausfüllen und einsenden an:**

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/24672

FI



(Fortsetzung von der 2. Umschlagseite)

Die Zahl der Verhafteten in der Türkei geht mittlerweile in die Zehntausende. Unter ihnen befinden sich Gewerkschafter und Parlamentarier, Lehrer, Rechtsanwälte und Mitglieder demokratischer Organisationen. In den Gefängnissen wird gefoltert. Bei den Verhören sterben Menschen.

Diese Entwicklung kann uns nicht gleichgültig lassen. Denn die Regierung unseres Landes und die Regierung anderer NATO-Staaten tragen ein erhebliches Maß von Mitschuld an dem Drama der Bevölkerung in der Türkei. Unter der Federführung der Bundesregierung wurden die Demirel-Regierung und die türkischen Militärs mit Beträgen in Höhe vieler hundert Millionen Mark aufgepäppelt. Vergebens wartete man dagegen am 12. September auf eine Stimme des Protestes aus Bonn. Im Gegenteil: die Militär- und Wirtschaftshilfe soll auch nach dem Putsch fortgesetzt werden. Es muß uns alarmieren, wie schnell Regierende und Massenmedien unseres Landes bereit sind, die Zerstörung der Demokratie in einem verbündeten Land hinzunehmen und zur Tagesordnung überzugehen.

Die Entwicklung in der Türkei berührt uns umso mehr, als unter uns 1,2 Millionen Menschen dieses Landes leben und arbeiten. Es sind unsere Kolleginnen und Kollegen mit ihren Familien aus der Türkei. Auch sie sehen sich wachsenden Problemen gegenüber.

Türkische und kurdische Demokraten wurden auch in unserem Land bereits zu Opfern faschistischer Mordanschläge. Doch Terrororganisationen, wie die „Grauen Wölfe“, die ihre Landsleute drangsalieren, werden von den Behörden verharmlost und dadurch in ihrem Treiben ermutigt. Organisationen der Arbeiter aus der Türkei dagegen werden mit Verboten, ihre Mitglieder mit Ausweisung bedroht. Hinzu kommt, daß sich die eingeschränkte Handhabung des politischen Asylrechts insbesondere gegen die große Zahl von Flüchtlingen aus der Türkei auswirkt.

Viele sind dadurch unmittelbar an Leib und Leben gefährdet.

Unübersehbar sind die Anzeichen einer zunehmenden Ausländerfeindlichkeit in unserem Land. Strafflos dürfen neonazistische Kräfte sogar im Wahlkampf den Ausländerhaß schüren, wobei sie Schützenhilfe von einigen Massenmedien erhalten. Diesen Anfängen gilt es mit Entschiedenheit zu wehren! Es darf nicht gesehen, daß unsere ausländischen Mitbürger angesichts wachsender Krisenerscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu Sündenböcken gestempelt werden!

Solidarität tut not! Solidarität und antifaschistischen Kräften in der Türkei. Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei in Schule und Betrieb.

Dazu wollen wir beitragen. Durch Informationen über die Situation in der Türkei, durch Aufklärung der Öffentlichkeit über die Probleme unserer türkischen und kurdischen Demokraten, durch praktische Solidarität und gemeinsame Aktionen. Wir rufen auf, unsere Arbeit zu unterstützen und aktiv zu werden für folgende Forderungen:

- Wir fordern die Achtung der Menschenrechte in der Türkei und die Herstellung demokratischer Freiheiten! Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung des Kriegsrechts!
- Wir fordern von der Bundesregierung die Einstellung von Militär- und Wirtschaftshilfe an die Putschisten!
- Wir fordern das Verbot der faschistischen türkischen Terrororganisation der „Grauen Wölfe“ in der Bundesrepublik!
- Wir fordern die Bundesregierung auf, den politischen Flüchtlingen aus der Türkei großzügig Asyl zu gewähren. Die eingeschränkte Handhabung des politischen Asylrechts zurückzunehmen!

**Wir rufen auf zu Spenden für die Opfer der Unterdrückung in der Türkei  
auf das Konto der Stadtparkasse Duisburg, Pfarrer Michael Höhn,  
Kto.-Nr. 210 - 003240.**



# TÜRKEI

## Informationen

„Mit der Türkei besitzt der Westen eine geopolitisch-strategische Schlüsselstellung für das Gleichgewicht im östlichen Mittelmeer und im gesamten Nahen Osten.

Die bisher immer noch gegebene Orientierung der Türkei zum westlichen Bündnis erlaubt es beispielsweise den USA, einen Teil ihrer Streitkräfte auf vorgeschobenen Basen in Kleinasien zu stationieren. Dies betrifft insbesondere nationale amerikanische Aufklärungsmittel, etwa die Luftaufklärung, die Fernmelde und Radaraufklärung, die Beobachtungsanlagen für den Abschluß von Raketen und die Ortung von Satelliten, also einen wichtigen Teil des weltumspannenden Netzes der amerikanischen Fernaufklärung gegenüber der Sowjetunion und dem Mittleren Osten.

Für den Westen ist die Türkei schon wegen ihrer geographischen Lage von erheblichem strategischen Wert. Eine Abwendung der Türkei vom westlichen Bündnis würde die NATO-Verteidigung an der Südflanke empfindlich treffen, die Kontrolle der strategisch wichtigen Meerengen – Bosporus und Dardanellen – durch die westliche Allianz nicht mehr erlauben und die Aktionsmöglichkeiten der westlichen See- und Luftstreitkräfte z.B. in einem militärischen Nahost-Konflikt erheblich einschränken. Allein das Ausscheren dieses Staates aus dem westlichen Verteidigungsdispositiv würde die strategische Situation fundamental verändern. Und ein Bündnis etwa zwischen der Sowjetunion und der Türkei würde gar für die westliche Sicherheit und die Unabhängigkeit der Länder des Nahen und Mittleren Ostens eine kritische Lage herbeiführen.

Schließlich darf – neben der geostrategischen Position – das türkische Militärpotential nicht außer acht gelassen werden. Dies gilt für dessen Funktion zur Sicherung gegen Angriffe von außen und zugleich für die Rolle des Militärs als innenpolitische Ordnungsmacht.“ (Europäische Wehrkunde, August 1980, S. 379)